

54997

1985

**ACTA UNIVERSITATIS SZEGEDIENSIS
DE ATTILA JÓZSEF NOMINATAE**

SECTIO SCIENTIAE SOCIALISMI

1985

TUDOMÁNYOS SZOCIALIZMUS

НАУЧНЫЙ СОЦИАЛИЗМ

WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS

TOMUS XX.



**SZEGED
1985**



**ACTA UNIVERSITATIS SZEGEDIENSIS
DE ATTILA JÓZSEF NOMINATAE**

SECTIO SCIENTIAE SOCIALISMI

TUDOMÁNYOS SZOCIALIZMUS

НАУЧНЫЙ СОЦИАЛИЗМ

WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS

TOMUS XX.

**SZEGED
1985**

Szerkeszti:

DR. J. NAGY LÁSZLÓ

*tanszékvezető egyetemi docens
a történelemtudomány kandidátusa*

Technikai szerkesztő:

DR. FÁBIÁN GYÖRGY

adjunktus

ISSN 0 230—3558

ISSN 0 563—0657

JÓZSEF GÉCZI

EINIGE FRAGEN DER VERÄNDERUNG UND DER
ENTWICKLUNG DER SOZIALISMUSAUFFASSUNG IM SPIEGEL
DER UNGARISCHEN PARTEIDOKUMENTE

1. Einleitung

In Ungarn wandten sich die Wissenschaft, die Politik und die Ideologie, ja selbst die breitere öffentliche Meinung seit Ende der 70er Jahre mit erneutem Interesse der Theorie und der Realität des Sozialismus zu. Unter anderem auch auf Anregungen durch die Politik, und man kann sagen, tief aus der „Blüte“ der Theorie der 60er Jahre schöpfend begannen weitgefächerte wissenschaftliche Untersuchungen.¹ Sie setzten sich die Aufzeichnung (der Elemente und Zusammenhänge) eines realitätsnäheren „Sozialismusbildes“ zum Ziel, das auch auf die neu entstandenen Fragen Antwort zu geben vermochte.

Es ist vielleicht für den deutschen Leser ebenfalls von Interesse, wenn kurz auf einige Teilgebiete der theoretischen Arbeiten hingewiesen wird.

Zahlreiche Autoren setzten die in den 60er Jahren begonnene Rekonstruktion des Sozialismusbegriffs der Klassiker des Marxismus-Leninismus fort und bereicherten ihn mit neuen Annäherungsmethoden. Sie haben festgestellt, daß die Sozialismusauffassung von Marx, Engels und Lenin während ihrer Tätigkeit auf Anregung der historischen Erfahrungen mehrere Formveränderungen erfuhr. Man kann sie nur durch die Analyse ihres Lebenswerkes begreifen, denn sie läßt sich weder als eine endliche Menge kategorischer Sätze noch unter Beschränkung auf einige Feststellungen der einzelnen Schriften dieser Autoren beschreiben.²

Das Interesse führte von hier aus direkt zum Studium der Sozialismuskonzeption der Zeitgenossen, die auf die Ansichten der Klassiker einwirkten und sie zu theoretisierenden Diskussionen anregten. Welches Bild zeichnete sich über den Sozialismus als die Gesellschaft der Zukunft in der utopischen oder „kleinbürgerlichen“ Literatur des 19. Jahrhunderts, bzw. in den auch theoretischen Anspruch erhebenden Dokumenten der — in erster Linie deutschen — sozialdemokratischen Bewegung der Jahr-

¹ Mit den Werken 1 (bis 6) gebe ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ja nicht einmal auf Repräsentativität einige — auch für den nichtungarischen Leser nicht uninteressante — Werke an: Ferenc Tókei gelangte im Zusammenhang mit der Frage der asiatischen Produktionsweise zu Problemen der Formationstheorie bzw. zur Untersuchung des geschichtlichen Platzes der bestehenden sozialistischen Gesellschaften: „Zu Fragen der asiatischen Produktionsweise“, Budapest 1960, 1975; „Zur Theorie der Gesellschaftsformen“, Budapest 1968, 1971; „Zur Dialektik des Sozialismus“, Budapest 1970

² Péter Gedeon: „Einige Zusammenhänge der Analyse des Warenverhältnisses und der Gesellschaftsform in der Marxschen Theorie“ (Társadalomtudományi Közlemények, 1983/2); László Tütő—Tamás Krausz: „Lenin über die Epoche des politischen Übergangs in den Sozialismus“ (Társadalmi Szemle 1984/7, 8); Iván Berend T.: „Das Marxsche sozialistische Wirtschaftsbild und unser Reformprozeß“ (Mozgó Világ 1984/3); Tibor Görög: „Die Selbsterkenntnis des Sozialismus — Theorie und Wirklichkeit“ (Tájékoztató 1984/4)

hundertwende ab; welche Wirkung hatten diese auf die Voraussetzungen der Bolschewiki im Zusammenhang mit dem Sozialismus und auf deren spätere Entwicklung.³

Die Untersuchung der jeweiligen Beurteilung des Überganges vom Sieg der proletarischen Gesellschaft zur Entfaltung der sozialistischen Verhältnisse erwies sich ebenfalls als wichtig. Einige gelangten auf der Suche nach den objektiven Kriterien des entwickelten Sozialismus zu einer Annäherung auf philosophischer Ebene, zur Untersuchung des historischen Platzes des Sozialismus und in ihm der heutigen, als „existent“ bezeichneten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Formation. (Dabei suchten sie zugleich auch die marxistische Theorie der gesellschaftlichen Formationen zu bereichern.⁴)

Es wurde auch genauer untersucht, welches Bild sich die bürgerliche Theorie und Ideologie im jeweiligen Zeitalter und in der jeweiligen Strömung über den Marxismus und den Sozialismus gemacht hatte und mit welchem Erfolg es ihr gelang, dies der öffentlichen Meinung nahe zu bringen, wie sich die Anschauung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Struktur auf der Ebene der Theorie, der Ideologie und des alltäglichen Denkens, d.h. in den verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Bewußtseins formierte und gestaltete. Die soziologischen Forschungen erschlossen die Formveränderungen des Gleichheits — Ungleichheits — Bewußtseins und untersuchten die Problematik der gesellschaftlichen Chancengleichheit, die konkreten Funktionsmechanismen der Verteilungs- und Entscheidungsprozesse sowie die formellen und aformellen Bewegungen innerhalb des Organisationssystems.⁵

Auch andere Gebiete wurden in die Forschungen hineinbezogen, und so wurde in unseren Tagen fast jedes Moment aller Fachbereiche und des Lebens zum Objekt der Untersuchungen.⁶ Welche Sozialismuskonzeption wirkte auf die Presse, auf die Lehrbücher, auf die Kunst und die Kunstpolitik einer Epoche ein? Es entstanden Studie über die ideologischen Argumentationsmethoden der Gerichtsbeschlüsse, der behördlichen Verfahren und Schriften und über sonstige Themen.

Die vorliegende Studie behandelt nur einen einzigen Aspekt des obigen Themenkreises. Einige Beziehungen des Sozialismusbildes, dem die wichtigeren Dokumente der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (1948—1956 die Partei der Ungarischen Werktätigen), unter ihnen vor allem die Dokumente der Parteitage zugrunde liegen, sollen analysiert werden. In erster Linie ist die Frage von Interesse, was von den einzelnen Dokumenten zeitbedingt für das wichtigste Ergebnis der Entwicklung, was für die Quelle der Unzulänglichkeiten bzw. für Hemmungsfaktoren des Fortschrittes angesehen werden. *Wie verhielten sich die Dokumente zu den im Laufe des Aufbaus des Sozialismus immer wieder entstehenden Widersprüchen, was betrachteten sie als die „letzten“ gesellschaftlichen Wurzeln dieser Widersprüche und mit welchen Mitteln gedachten sie sie zu bekämpfen?! Wenn auch nur flüchtig, aber es soll doch*

³ István Herédi: „Die ursprüngliche, veränderte und neue Auffassung der institutionellen Einrichtung der sozialistischen Wirtschaft“ (Gazdaság és Jogtudomány, 1979/XII 3, 4); László Szamuely: Die ersten sozialistischen Wirtschaftsmechanismen. Prinzipien und Theorien. Budapest 1971; Emese Égető: „Das Monopol, der Wettbewerb und der Sozialismus“ (Közgazdasági Szemle, 1984/12)

⁴ István Balogh: „Thesen zur Erörterung des geschichtlichen Platzes des Sozialismus“ (Társadalomtudományi Közlemények, 1979/3), „Formationstheoretische Probleme“ (Ebenda, 1983/2)

⁵ Tamás Kolosi: Struktur und Ungleichheit, Budapest 1983; Gábor Vági: Wettstreit um die Entwicklungsquellen, Budapest 1982; István Gábor R—Péter Galasi: Die „zweite“ Wirtschaft, Budapest 1981. Eine Grundlagenarbeit zu den Funktionsmechanismen der Wirtschaft sind: János Kornai: Der Mangel, Budapest 1982 und Tamás Bauer: Planwirtschaft, Investition, Zyklen. Budapest 1981

⁶ Márton Szabó: „Gesellschaftliches Ideal — gesellschaftliche Realität“ (Mozgó Világ, 1984/4); Gyula Belényi: „Freiwillig ausgetreten“ (Kritika, 1984/3, S. 14—17)

auch auf das in den Dokumenten mittelbar oder unmittelbar feststellbare Zukunftsbild eingegangen werden. Das Sozialismusbild, das die Dokumente geben, ist selbstverständlich nicht mit der Sozialismusauffassung der Gesellschaft der gegebenen Periode identisch.⁷ Es bedeutet vielmehr ihre besondere Projektion, deren hervorragende Wichtigkeit sich aus der führenden Rolle der Partei ergibt. Ein Parteidokument setzt sich immer aus den Ergebnissen verschiedener bewußter oder unbewußter Kompromisse zusammen. Es hängt auch von den politischen Erwägungen und von der Durchsetzung der Interessen ab, welche von den in der ideologischen Sphäre bereits bewußt gewordenen Kriterien in einen programmgebenden oder analysierenden Parteibeschuß (oder in eine Erklärung ähnlichen Wertes) hineinkommen, und welche weggelassen werden.

Im Besitz der wissenschaftlichen Ergebnisse der letzten Jahrzehnte ist es für uns heute schon völlig klar, daß die sozialistische Gesellschaft nicht einfach ein episodentartiges, unmittelbares Vorspiel des Kommunismus ist, sondern eine historische Periode, die heute noch nicht genau absehbar ist und sich nicht mit einem konkreten „Termin“ abgrenzen läßt. Sie zeichnet sich durch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen, die sich aus den durch das Niveau der Produktivkräfte, der Kultur bestimmten gesellschaftlich — wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen der Arbeitsverteilung ergeben, sowie durch die aus diesen Situationen entspringenden Ungleichheiten, „besonderen“ und individuellen Interessen aus. Das gesamtgesellschaftliche Interesse kann sich nur als (offensichtlich durch die Politik orientiertes) Resultat mannigfaltiger Interessenbewegungen, nicht aber automatisch und als etwas von vornherein Bestimmbares herausbilden. Aus objektiven Gründen kann die Verfügung über die gesellschaftliche Reproduktion auch nicht unmittelbar verwirklicht werden. Die Regelung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist auch nur durch (auch die Unter- und Überordnungsverhältnisse und andere Beschränkungen enthaltende) *vermittelnde Mechanismen* möglich.

Auch auf dem Boden des Sozialismus entstehen, heben sich auf und entstehen erneut Widersprüche, die sich nicht auf die überlieferte Zurückgebliebenheit, auf die Überreste des Bewußtseins der Vergangenheit oder auf die kapitalistische Umgebung zurückführen lassen, und die sich im Falle einer unangemessenen „Behandlung“ auch anhäufen können. Vielmehr können gerade diese Widersprüche (und die sich hinter ihnen verbergenden Disproportionen), genauer gesagt die durch diese inspirierten verschiedenen *Bemühungen, die sich auf die Durchsetzung von Interessen richten*, im Falle eines entsprechenden Bewegungsfeldes, einer Selektion und Integration *eine Treibkraft der Entwicklung des Sozialismus bilden*. Die Erkenntnis, die Kenntnisnahme und die bewußte Berücksichtigung dieser grundlegenden gesellschaftlichen Tatsachen ist nicht nur einfach das Ergebnis einer theoretischen Entwicklung oder irgendeiner „Erleuchtung“. Ihre Wahrheit wurde durch die politische Praxis, durch die Suche nach dem Wege, durch die Irrtümer, mitunter sogar Sünden, durch die Mißerfolge und die bittere Atognose der vor uns tätigen Revolutionäre, d. h. durch die Geschichte selbst erkämpft.

⁷ Im gegebenen Rahmen analysiere ich auch das Verhältnis der beiden nicht ausführlich, so wie ich auch nicht auf die internationalen Zusammenhänge, die von entscheidender Wichtigkeit sind, eingehe. (Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Bei der Entstehung des Korrektionsparteiesschlusses vom Juni 1953 hatte die Initiative der KPdSU eine wesentlich größere Rolle als der innere Beschluß.)

2. Das Verhältnis der Parteidokumente zu den während des Aufbaus des Sozialismus entstehenden Widersprüchen

Vom harmonischen Gesellschaftsbegriff zum Voluntarismus, zur „Gegnersuche“

Zu Beginn der behandelten Periode, im Jahre 1948 war der Wiederaufbau nach dem Kriege, die Stabilisierung und die erfolgreiche Beendigung der die gesellschaftliche Basis der Kapitalisten endgültig beseitigenden Verstaatlichungen das Hauptziel, und zwar so, daß dabei die Voraussetzungen einer zukünftigen sozialistischen Entwicklung geschaffen werden: „in der ... sich die Unterschiede zwischen den verbündeten werktätigen Klassen verwischen, der Dienst des Allgemeininteresses den Weg des individuellen Glücks darstellt, und die Entwicklung zum Kommunismus führt“. Zur Zeit der Parteivereinigung, die den endgültigen Sieg der Proletardiktatur bedeutete, verfügten die kapitalistischen und im allgemeinen die bürgerlichen Kräfte noch über einen bedeutenden wirtschaftlichen Einfluß. Darin, bzw. *in den Überresten der alten Gesellschaft, in der ererbten Zurückgebliebenheit* sah man die Wurzeln der noch vorhandenen Widersprüche und Unzulänglichkeiten. Auf ideologischem Gebiet konnte das Problem der auf dem Boden des Sozialismus entstehenden Widersprüche in einer solchen historischen Situation gar nicht aufgeworfen werden. Das zitierte Programm der Partei der Ungarischen Werktätigen betont neben der Entwicklung der Schwerindustrie die Entwicklung einer „qualitativen Industrie“, die gut auf den Gegebenheiten des Landes aufgebaut werden kann, und die Steigerung der Rentabilität der verstaatlichten Betriebe. Es verspricht dem bäuerlichen Kleinbesitz Unterstützung sowie Schutz den Kleinproduzenten, die sich nach den Interessen der Volksdemokratie richten. Es drängt auf eine „von allen Zwängen freie, auf völliger Freiwilligkeit beruhende genossenschaftliche Bewegung“ und hält die Einfügung des Privatsektors in die Planwirtschaft für wünschenswert. *Das Programm ist durchdrungen von dem Glauben an die nahe Schaffung einer harmonischen Gesellschaft ohne Klassen bzw. an eine schnelle Entwicklung in dieser Richtung.*

Aus zahlreichen Ausdrücken, die oft nur verstreut zwischen die Sätze gefügt sind, sind schon einige potentielle Anschauungsquellen der späteren Verzerrungen ablesbar. Das Dokument stellt fest, daß das friedliche Hineinwachsen der kapitalistischen Elemente in den Sozialismus unmöglich ist und setzt dann wie folgt fort: „die Einschränkung ... die Aufhebung ... der Ausbeuter forciert ihren Widerstand, verschärft also den Klassenkampf“. „Je mehr sie ... ihre wirtschaftlichen Kraftquellen, ihren gesellschaftlichen und politischen Rückhalt verlieren, desto mehr greifen sie zu den Mitteln der Sabotage, der Spionage und der Verschwörung im Untergrund.“⁸ Das Dokument geht jedoch nicht darauf ein, wie die ehemaligen Kapitalisten, sich auf die erwähnten Instrumente im Klassenkampf stützend, immer gefährlicher werden können, wenn ihre Positionen auf jedem anderen Gebiet programmgemäß binnen einer kurzen Zeit völlig vernichtet werden. Diese Ansicht flößt den Gedanken ein, daß, wenn im Laufe der Entwicklung doch noch Widersprüche entstehen sollten, sich diese nur aus den äußeren Quellen ernähren können.

Innerhalb einiger Jahre wurden die Verstaatlichungen zu Ende geführt und zwar in einem solchen Maße, daß nicht nur die Klasse der Kapitalisten, sondern auch

⁸ Die Beschlüsse der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei 1944—48, Budapest 1967, S. 587—605. Die Programmdeklaration der Partei der Ungarischen Werktätigen (12.—14. Juni 1948), S. 605, S. 597—599 und S. 595—596

der Privatsektor der nicht selten nur sich selbst beschäftigenden Kleinindustrie und des Kleinhandels fast völlig verschwand. Parallel zu der auch auf den anderen Gebieten zur Geltung kommenden Beschleunigung und der einseitigen und immer mehr zum Selbstzweck werdenden Entwicklung der Schwerindustrie wurden Widersprüche und Spannungen nicht kleiner, ganz im Gegenteil, sie entstanden immer wieder auf einer anderen Ebene neu. Bevor die damaligen Reaktionen, die „ursachensuchenden“ und die „ursachenerklärenden“ Prozesse kurz analysiert werden, soll eine sehr wichtige historische Lehre zitiert werden:

Soweit auf dem — als gerade Linie gedachten — Weg zum als widerspruchsfrei vorausgesetzten Sozialismus eine Anhäufung der Probleme und eine Komplizierung der wirtschaftlichen Lage spürbar wird und die Partei- in den bereits vorhandenen Instrumentensystem und in der Betrachtungsweise befangen — vor der Aufdeckung der tiefer liegenden Ursachen zurückschreckt, kann sie die Richtigkeit der bisherigen Politik und Ideologie nur „nachweisen“, indem sie ausschließlich dem Sozialismus fremde — bzw. damit mittelbar identische subjektive — Faktoren als die Quelle der Probleme bezeichnet. Nach der harmonischen Gesellschaftsauffassung bilden die Theorie und der die Planmäßigkeit verkörpernde zentrale Wille eine einzige homogene Einheit mit der Gesellschaft, sind fast automatisch Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Interesses. Da das individuelle Interesse damit völlig übereinstimmt, ist die Erkenntnis seine Aufgabe, und sein Tätigkeitsfeld ist die Identifizierung. Die Erkenntnis selbst ist schließlich lediglich vom Selbstbewußtsein, von der Bildung sowie der auf diese Faktoren wirkenden Erziehung und Mobilisierung abhängig. Wenn die offizielle Ideologie im Laufe des Aufbaus beharrlich an diesem — in der revolutionären Periode im übrigen als positive Treibkraft beim Sturz der alten Gesellschaft wirkenden — ydealbild festhält, dann kann sie durch diese subjektive Betrachtungsweise immer mehr von den Realitäten abgetrieben werden. Die innere Logik der Ereignisse veranlaßt sie unvermeidlich dazu, sowohl die Realität als auch das Bewußtsein ihrer deklarierten Qualität anzupassen zu versuchen. Wenn dan schließlich die einfacheren subjektiven Faktoren (Fehlen des Bewußtseins usw.) und auch die objektiven äußeren Ursachen sich für die Erklärung der Widersprüche als unzureichend erweisen, wird die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf künstliche Spannungsquellen und unheimliche Phantome gelenkt.

Einige konstruierte Prozesse „geringer Tragkraft“ leiteten den im September 1949 geführten Konzeptionsprozeß gegen einen der populärsten Führer der Partei, László Rajk und seine Genossen ein. Von da an bis 1953 steht die Aufdeckung und Bekämpfung des gegnerischen Einflusses im Mittelpunkt der Ideologie und der Propaganda. *Jetzt bilden nicht mehr einfach die dem Sozialismus fremden Faktoren den Existenzgrund der Widersprüche. An die erste Stelle gelangte der sich dem Sozialismus heimtückisch und bewußt widersetzende teuflische Gegner, dessen potentieller Verbündeter jede nachsichtige, nicht genügend wachsame oder eben nicht genügend „selbstbewußte“, in der Produktion nachlassende staatsbürgerliche Haltung ist.* Die übrigen Spannungsquellen wurden ebenfalls um diesen Themenkreis gruppiert bzw. bewußt verschwiegen (oder gar nicht erkannt). *Die Gegnersuche bzw. der damit ideologisierte administrative Druck wurde zum „ordentlichen“ und beinahe wichtigsten Instrument der Behandlung der vorhandenen (und potentialen!) Spannungen.* Auf Grund der mit der überstürzten Industrialisierung einhergehenden gewaltigen gesellschaftlichen Bewegungen, organisatorischen Schwierigkeiten sowie der Vernachlässigung des materiellen Interesses, lockerte sich die Arbeitsdisziplin. Dafür trifft die Verantwortung zu einem bedeutenden Teil die Gewerkschaften — stellte der Beschluß des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen vom Juli 1950 fest. „Indem sie dem konterrevolutionären rechten sozialdemokratischen Einfluß“ Raum schufen, „haben sie nicht

einmal hinter den schweren Mangelhaftigkeiten, (die sich auf einigen Gebieten der Produktion abzeichneten), die Hand des Gegners gesucht.“⁹ Die lockeren Normen, die Lohn- und Normbetrüge wurden als Manöver des Imperialismus gewertet, obwohl vorwiegend nur von einer Reaktion der Unternehmer die Rede war, die unter den gegebenen Umständen für typisch angesehen werden konnte.

Die Kollektivisierung der Landwirtschaft schritt nur langsam voran, die Produktion fiel zurück. Laut dem einschlägigen Dokument war der Widerstand und die zerstörerische Aktivität des Kulakentums der wichtigste, ja fast schon der einzige Grund dafür.¹⁰ Als ihre Hauptstütze galt dabei die klerikale Reaktion und die hetzerische Haltung der Imperialisten. „Der Hauptgrund der sich auf dem Gebiet der Volksbildung offenbarende Zurückgebliebenheit“ (Wie hätte es auch im zweiten Jahr des Sozialismus bereits keine Rückständigkeit geben können?! — J. G.) ist geradewegs „die schädliche Sabotagetätigkeit des Gegners und seine unterminierende Tätigkeit gegen die Volksdemokratie“, stellte ein anderer Beschluß fest.¹¹ Die Beschlüsse geißelten zugleich nicht selten die Vernachlässigung der Wachsamkeit und die im Verlaufe des Kampfes gegen den „Feind“ auftretenden Übertreibungen. Die entlassenen Beschlüsse lassen die Fragen unabgeschlossen — damit lassen sie die weitere Gegnersuche vermuten.¹² Das alles führte offensichtlich zur völligen Verunsicherung der Massen, der Parteimitglieder und des Parteiapparates und zu ihrer Dressierung zu einem folgsamen, ängstlichen Instrument.

Auf dem 2. Parteitag der Partei der Ungarischen Werktätigen im Februar 1951, wo die sowieso schon hohen Planzahlen des ersten Fünfjahrplanes auf „abenteuerliche“¹³ Weise erhöht wurden, wurde ein großer Schritt nach vorn, „zur Entfernung von der schöpferischen Anwendung des Marxismus — Leninismus“ getan.¹⁴ Die schwere Lage des Landes war der Parteileitung im großen und ganzen bekannt. Das bewegte sie jedoch nicht zur Mäßigung und zum Neuüberdenken der Ziele, sondern zur Vernebelung der Ursachen. Der Beschluß neigt beinahe schon zur Parodie, die wenig Grund zur Freude gibt, als er feststellt, daß „es gelungen ist, den Klassenfeind immer besser zu isolieren“, trotzdem kommt der Beschluß immer wieder auf die Verschärfung des Klassenkampfes, auf die Steigerung der Wachsamkeit, auf die Stärkung der Organe der Staatsicherheit, auf den Kampf gegen die Laxheit, den Liberalismus und auf die zum Feinde nachsichtigen Haltung zurück. *In der Bekämpfung der Dispro-*

⁹ Wichtigere Beschlüsse des ZK, des Politkomitees und des Organisationskomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen. Budapest 1951, S. 143 (Beschluß des Politkomitees der Partei der Ungarischen Werktätigen über einige Fragen der Gewerkschafts-: Arbeit)

¹⁰ Ebenda: S. 163 (Beschluß des ZK über den Kampf gegen die klerikale Reaktion, 1. Juni 1950)

¹¹ Ebenda: S. 176—177 (Beschluß des ZK über die Arbeit des Ministeriums für Religion und Volksbildung, April 1950)

¹² Der Beschluß vom September 1949, der den Beginn der kampagneartigen und institutionalisierten Gegnersuche bedeutete („über die Entlarvung der trotzkistischen Spioniergruppe“, d. h. László Rajk und „seine Genossen“) heißt z. B. die bisherige Tätigkeit der oberen Parteiorgane (d. h. die gesetzwidrigen Konzeptionsprozesse — J. G.) gut und „ermächtigt die Organe, IN ZUKUNFT (!) im Namen des ZK alle Maßnahmen zu treffen, die in unsere Partei eingedrungenen (!) gegnerischen Kräfte aufzufinden und zu beseitigen. Aus dem zitierten Werk, S. 162. (Hervorhebung vom Verfasser).

¹³ „Es war eine sektenartige Politik, die die sozialistische Industrialisierung als Selbstzweck betrachtete und die Interessen der Arbeiterklasse vernachlässigte. Darin ... zeigte sich auch ein Größenwahn, und dies trägt ... in sich Elemente der Abenteuerpolitik.“, lautet die harte Kritik nach zwei Jahren im Zentralbeschluß des ZK vom Juni 1953. Siehe dazu: *Bálint Szabó*: „Der Beginn der Politik der neuen Periode. Von der Sitzung des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen im Juni 1953 bis zum Oktoberplenium.“ (Párttörténeti Közlemények, 1983/2, S. 97)

¹⁴ Der Wortgebrauch *Sándor Rákos's*. Párttörténeti Közlemények 1984/2, S. 71: „Der 2. Parteitag der Partei der Ungarische Werktätigen über die gesellschaftliche Wirtschaftsentwicklung“

portionen („unserer Verpflegungs- (!) und Rohstoffschwierigkeiten“) sah man die Beiseitigung des nichtsozialistischen Sektors, die Kollektivierung der Landwirtschaft als das wichtigste und fast einzige Mittel an.¹⁵ Dabei standen auch die schon funktionierenden Großbetriebe infolge der Vernachlässigung der wirtschaftlichen Investitionen, des Fehlens des industriellen Hintergrundes, des auch die gemeinsamen Wirtschaften hart treffenden Entzugs großen Ausmaßes und infolge der Pflichtablieferungen sowie des Desinteresses an der Produktion sowieso auf außerordentlich schwachen Füßen.

Da im weiteren auf den „Gegnerfaktor“ nicht noch einmal zurückgekommen wird, werden hier zwei Schlußbemerkungen gemacht:

In der Periode zwischen 1953 und 1956 wurde zwar bei der Erörterung der Wurzeln der Probleme der Hinweis auf den Gegner und die Wichtigkeit der Wachsamkeit in den Hintergrund gedrängt, dieser taucht jedoch slangartig und als Folge der früheren Betrachtungsweise wie ein unentbehrliches Requisite des öfteren immer wieder auf. (Ohne die wirklich antisozialistischen Kräfte ernsthaft zu beachten!) Außerdem haben die tragischen Ereignisse im Oktober 1956 mit bestürzender Kraft jene Erfahrung bestätigt, daß, wenn eine Partei infolge inneren Krise, ihrer Fraktionskämpfe, ihrer Bemühungen um die Stabilität im schlechten Sinne (es ist die Unveränderlichkeit gemeint) unfähig ist, die dringenden konzeptionellen Maßnahmen zu treffen, eine offene gesellschaftliche und politische Krise ausbrechen kann, in der dann auch nicht mehr die kreierte, sondern die sehr realen feindlichen Kräfte sogar eine dominante Rolle spielen können.

Dramatischer Weg von der harten und doch erfolglosen Selbstkritik zu Teilkorrekturen

Der Beschluß der Zentralleitung vom Juni 1953 kritisierte umfassend und scharf die Fehler der bisherigen Politik, die Entfernung von den Realitäten, die Abwertung der Massen und das Überwiegen der ihnen gegenüber angewandten administrativen Methoden. Als die größte Mangelhaftigkeit bezeichnete er den schwerwiegenden Zerfall der Proportionen in der Volkswirtschaft und die sektierische Politik. *Unter den Ursachen erwähnt er an erster Stelle subjektive Faktoren* — unter ihnen solche von besonderer Wichtigkeit — *die fehlerhaften Entscheidungen, die falschen Anschauungen und Haltungen der obersten Führung, namentlich der obersten Führer der Partei.* Die zentrale Politik selbst wird einer scharfen Kritik unterzogen, was etwas ganz anderes bedeutet — und hauptsächlich weiterwirkende Konsequenzen zur Folge hat — als die in den dogmatischsten Perioden andauernd wiederkehrende Geißelung des Mangels an Bewußtsein, Disziplin, Begeisterung, Kritik und Selbstkritik usw. Dramatisch — und setzen wir hinzu: ohne entsprechende Vorbereitung — wurde die bis dahin verkündete Unfehlbarkeit der Parteiführung und die Allmächtigkeit des zentralen Wissens auch offiziell in Frage gestellt. Der Beschluß schuf — wenn auch nicht absichtlich — eine Voraussetzung für den Beginn die Ursachen und die Mittel suchenden Prozesses.

Die persönlichen Konsequenzen der Überprüfung wurden nicht entsprechend gezogen, so behinderten das hin und her und die Uneinigkeit innerhalb der Parteiführung auch die Entfaltung. Der Beschluß des 3. Parteitages der Partei der Ungarischen Werktätigen begnügte sich z. B. damit, den Inhalt der ersten beiden Vorlagen zur Tagesordnung (Mátyás Rákosi: „Bericht der Zentralleitung der Partei der Ungarischen Werktätigen und die Aufgaben der Partei“ sowie Imre Nagy: „Die Aufgaben

¹⁵ Auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus. Aus dem Material des 2. Parteitage der Partei der Ungarischen Werktätigen. Budapest 1956, S. 332—338

der Staatsverwaltung und der Räte“) in je einem Satz als die weitere Tätigkeit der Partei bestimmende Prinzipien gutzubeißen, obwohl die beiden Berichte hinsichtlich der Analyse und des daraus resultierenden Programms auffällig voneinander abwichen.¹⁶

Mit dem Ziel der Wiederherstellung der *Proportionen in der Volkswirtschaft* und der Erhöhung des Lebensniveaus bemühte man sich, die Investitionen und die Ausgaben des Staatshaushaltsplanes zurückzuhalten. Man unternahm Kräfteanstrengungen zur *Sparsamkeit*, zur *Senkung der Selbstkosten* und zur *Steigerung der Arbeitsproduktivität*. So wurde die Aufmerksamkeit auf den *Bürokratismus*, auf das Problem der sich im Geflecht der Bürokratie verlierenden *Verantwortung* gelenkt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die *materielle Interessiertheit*, die Selbsttätigkeit auch wegen der *Überzentralisierung der Volkswirtschaft* nicht der „Hebel“ der Entwicklung sein kann. *Das Programm der Proportionalisierung wurde im Frühjahr 1954 zu einem Programm der Rationalisierung, der Vereinfachung der Wirtschaft sowie der Staatsführung und Staatsverwaltung und der Demokratisierung des Staatslebens*. Allerdings stellte es sich bald heraus, daß durch einen einfachen Abbau, durch die Senkung der Belegschaftsstärke und durch organisatorische Maßnahmen nicht viel wesentliche Erfolge zu erzielen sind.

*Die Aufmerksamkeit wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 auf den „Mechanismus“ selbst, auf das Institutionssystem gelenkt.*¹⁷ Die diskutierenden Seiten begannen auf die bestimmte Ermunterung durch die Partei auf diesem Gebiet die Quelle der Widersprüche und Spannungen zu suchen. Ein Teil der entworfenen Vorstellungen wollte den verschiedenen Vermittlern und Automatismen eine gewisse Rolle beimessen, indem sie das bisherige System radikal verändern, dabei aber im großen und ganzen innerhalb des Rahmens der planmäßigen, zentralen Führung bleiben. Sie wollten die Selbständigkeit und den Bewegungsraum einzelner Elemente des Systems vergrößern oder wenigstens die unübersichtliche Menge der naturellen Kennwerte reduzieren und umformen. Es wurde auch der Gedanke formuliert, daß die führende Rolle der Partei nicht die Ausschließlichkeit der Partei im öffentlichen Leben bedeuten kann. Für die Erweiterung der Basis der Bündnispolitik hielten sie die Verstärkung der Selbsttätigkeit der Volksfrontorganisationen für unentbehrlich. All dies deutet darauf hin, daß man begann, auch die gesellschaftlich — politischen Verhältnisse und die vermittelnden Mechanismen über die wirtschaftliche Sphäre hinaus in die Analyse hineinzubeziehen. Zum Teil auch durch äußere Faktoren und durch die Verschärfung der internationalen Lage wurde der Berichtigungsprozeß zur Jahreswende 1954/55 im wesentlichen unterbrochen. *So konnten die Ergebnisse der Diskussionen nicht in die programmatischen Dokumente der Partei aufgenommen werden*. Erneut wurde „die Verkürzung der Übergangsperiode“, die schnelle Ausbreitung des sozialistischen Sektors in den Vordergrund gestellt. *An erster Stelle wurden wiederum subjektive Faktoren, „der Liberalismus“, die „opportunistische Nachsicht“, die Disziplinlosigkeit usw. als Ursachen der Fehler bezeichnet*. „... Es wurde für ein Zeichen der rechtsge-

¹⁶ Das gekürzte Protokoll des 3. Parteitages der Partei der Ungarischen Werktätigen. (24.—30. Mai 1954) Budapest 1954, S. 350—351 bzw. S. 13—103 (Rákosi) sowie S. 210—297 (Nagy)

¹⁷ Bei der Analyse der Periode zwischen 1953 und 1956 stützte ich mich weitgehend auf die Studie von *György Földes*, da nämlich die entsprechenden Dokumente nur teilweise zur Verfügung standen. („Vereinfachung, Mechanismus und Industrieleitung“ (1953—56) — *Párttörténeti Közlemények* 1984/2, S. 72—108). (Siehe auch *Bálint Szabó*: „Die Politik der Partei der Ungarischen Werktätigen in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 und die Wende im März 1955“, *Párttörténeti Közlemények* 1984/3, S. 37—90; *László Szamuely*: „Die erste Welle des Mechanismus in Ungarn 1954—57“, *Valóság*, 1982/7, S. 17—31)

(Auf die sehr reiche Literatur der späteren Periode berufe ich mich aus Platzgründen nicht.)

richteten Gesinnung angesehen, wenn sich jemand mit den 'Mechanismen, befaßte.'¹⁸ Das bedeutet aber nicht, daß man auf allen Gebieten zur voluntaristischen Wirtschaftspolitik der Jahre vor 1953 zurückgekehrt wäre. Die Suche nach den Leitungs- und Organisationsinstrumenten sowie deren Erprobung lief in einem engeren Kreise weiter. Während jedoch die sich in der Theorie und Ideologie offenbarende „rechte Orientierung“ als die „Hauptgefahr“ betrachtet wurde, wurde man nicht genügend dessen gewahr, daß sich der Schwerpunkt der Widersprüche immer mehr von der Wirtschaft auf die gesellschaftlich — politische Sphäre verlagerte.

Auf die Wirkung des 20. Parteitages der KPdSU hin machte sich die Partei erneut daran, mit den sektiererisch — voluntaristischen Fehlern abzurechnen. Die Position der für die alte Politik verantwortlichen dogmatistischen Gruppe — an ihrer Spitze der an die Stelle von Mátyás Rákosi geratene Ernő Gerő — war allerdings noch außerordentlich stark, so schritt die Klärung und Neuwertung besonders im Vergleich zur Beschleunigung der der Hand der Partei immer mehr entgleitenden gesellschaftlich — politischen Bewegungen nur schleppend voran. Es stellt sich aus dem Beschluß der Sitzung des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen im Juli 1956 heraus, daß die Partei neben der Aufrechterhaltung des zentralisierten Systems der Planung die Berichtigung der Wirtschaftspolitik — und in ihr nicht zuletzt die der Lebensniveaupolitik — beschleunigen wollte.¹⁹ Als mindestens genauso wichtig wurde die Verbesserung des Verhältnisses von Partei, Staat und Volk und die konsequente Wiederherstellung der Gesetzlichkeit beurteilt. Im Verhältnis zu den beschleunigten Ereignissen erwiesen sich jedoch die anfangs zaghaften und inkonsequenten und dann im September/Oktober in Kopflosigkeit umschlagenden Schritte der Politik als ungenügend.

Die Wochen der Krise, des Durcheinanders waren für das theoretische Weiterdenken nicht gerade günstig, aber es scheint, daß der die nationale Tragödie auswertende Beschluß vom Dezember 1956 schon wieder die auswegsuchenden Bemühungen ermutigt. Indem dieser Beschluß die Ausarbeitung einer der neuen Situation entsprechenden Wirtschaftspolitik als notwendig beurteilt, wird folgendes über die Planung ausgesagt: „Sie ist nicht weniger wichtig geworden, aber ihr Aufgabenkreis muß sich ändern, und man muß die Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Feststellung der wichtigsten Proportionen der Volkswirtschaft und des Entwicklungsanteiles lenken.“²⁰ Im gegebenen Zeitraum stand natürlich die Analyse der Krise und die Zurückgewinnung des Vertrauens der Massen d. h. der Erfolg der Konsolidierung im Vordergrund. Der Beschluß löste viele Diskussionen aus, indem er bei der Untersuchung der Ursachen der Krise an erster Stelle die sektiererisch — dogmatische Politik analysierte. Heute sieht man schon klar, daß ohne die linksradikalen Verzerrungen weder die „rechten Abweichungen“ innerhalb der Partei noch die inneren und äußeren konterrevolutionären Aktivitäten zur Explosion am 23. Oktober 1956 geführt hätten. Nach der außerordentlich schnellen Bekämpfung des offenen konterrevolutionären Einflusses wurde der gleichzeitige Kampf gegen die sektiererisch — dogmatischen bzw. revisionistischen Abweichungen zu einem bis heute lebendigen zentralen Leitprinzip der Politik. Die jeweilige politische Lage und die ideologische Betrachtungsweise beeinflusste die Kriterien und Bezugspunkte des Zweifrontenkampfes, in seiner

¹⁸ Földes: A. a. O. 91.

¹⁹ Der Beschluß des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen „Mit der Parteieinheit für die sozialistische Demokratie“, Szabad Nép 23. Juli 1956. Siehe auch: Von Juli bis Juni 1956—57. Budapest 1981, S. 66—92

²⁰ Die Beschlüsse und Dokumente der USAP (im weiteren mit DOK abgekürzt) 1956—62, Budapest 1973

Tendenz ist es aber gelungen, eine bedeutende Beständigkeit und Konsequenz geltend zu machen. *Die Kritik der rechten und der linken Übertreibungen und Verzerrungen wurde zum organischen Bestandteil der Behandlung der Widersprüche und der gesellschaftlichen Probleme.* Die als dogmatisch und revisionistisch bezeichneten Einseitigkeiten spielen z. T. als die Ursachen der Widersprüche, in erster Linie jedoch als die für deren Behandlung ungeeigneten Instrumente und Haltungen eine Rolle in den Dokumenten. *Ihre Rolle wird in der „subjektiven Betrachtungsweise“, in der, „Verwertung der marxistischen Erkenntnistheorie“ gesehen. Deren Wurzel und gesellschaftliche Basis ist nach den Dokumenten in den außerhalb der sozialistischen Verhältnisse stehenden Faktoren, in den Überresten der kleinbürgerlichen Existenz und des kleinbürgerlichen Bewußtseins zu suchen.* Während der Überprüfung der Wirtschaftspolitik wurden Mitte 1957 auf Initiative des Wirtschaftskomitees der Regierung die ersten Vorstellungen über eine umfassende Reform des Mechanismus formuliert. Die Problemstellungen und die theoretischen Ergebnisse der Diskussionen 1956/57 spiegeln sich in den Parteidokumenten jener Zeit nicht unmittelbar wieder.

In den Geplänkeln der politisch — ideologischen Sphäre erlitten die theoretischen Konzeptionen der „reformerischen“ Ökonomen zum großen Teil eine Niederlage.^{20/B} Als stärker erwiesen sich jene, nach deren Ansicht durch eine umfassende Reform des damaligen Modells der Planwirtschaft die zentrale Rolle des Staates, ja sogar der Sozialismus negiert wird. Im Sommer 1957 reagierten die Parteidokumente nicht auf die in den Diskussionen aufgeworfenen Hauptfragen, sondern sie schlossen die Diskussion selbst ab, indem sie die „anarchistischen“, „gegen die unentbehrliche zentrale Führung auftretenden“ Bestrebungen zurückwies. Dieselben Dokumente²¹ kritisierten jedoch auch den bürokratischen Standpunkt. Sie hielten eine bedeutende Korrektur des Mechanismus, die Beseitigung der übertriebenen Zentralisierung und der „bürokratischen Schranken“ für notwendig. Innerhalb des Systems der auf Planvorschriften beruhenden Wirtschaftsführung konnte also die Suche nach wirksamen Mitteln, die Aufdeckung der entwicklungshemmenden Widersprüche fortgesetzt werden. Andererseits lehnte János Kádár fast gleichzeitig auf der Landesberatung der USAP im Juni entschieden alle „linken“ Versuche ab, die gestürzte sektiererische Führung teilweise zu rehabilitieren.²²

Es erscheint als notwendig, einige jener Faktoren zu erwähnen, die jene politische Entscheidung motiviert haben können, die eine Umgestaltung der Funktionsmechanismen der Wirtschaft in größerem Maßstab ablehnte:

— In Folge des beinahe unerwartet schnellen Erfolges der Konsolidierung ließ der Druck in Richtung einer Änderung der Strategie nach. (Gleichzeitig damit wurden

^{20/B} Etwas nuancierter ist das Bild in der Landwirtschaft, wo man das System des obligatorischen Einlieferungssolls mit rückwirkender Kraft abgeschafft hat (25. 10. 1956), und die weiteren Formen der direkten Leitung, der unmittelbaren Eingriffe und Einschränkungen größtenteils liquidiert wurden. Von Anfang des Jahres 1958 haben sich zwar die direkten Methoden in erneuerter Form wieder verstärkt, aber der zwangsmäßige politische Schritt hat doch schwerlich umkehrbare Veränderungen in der Agrarpolitik, im Wirkungsmechanismus der landwirtschaftlichen Sphäre sowie in den theoretisch — ideologischen Einstellungen hervorgerufen. Siehe darüber: András Gyenes: Einige wichtigere Charakterzüge der Agrarpolitik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in der Periode 1957—1960. (In: „Gazdaságpolitikánk tapasztalatai és tanulságai“ 1957—1960. Budapest, 1976, S. 223—44.)

²¹ Protokoll des Landeskongresses der USAP (27.—29. Juni 1957) Budapest 1957, S. 270; DOK. 56—62: S. 99—100 (Beschluß des Politbüros des ZK der USAP vom 30. Juli 1957). Zur Analyse der Reformdiskussion siehe z. B. Iván Berend T.: Wirtschaftliche Wegsuche 1956—65. Budapest 1983, S. 33—122

²² „... die Flagge der gestürzten Führung ... ist zerbrochen und liegt auf der Erde ... und wird nie mehr flattern.“ Protokoll, S. 214

auch die sektiererische Ungeduld und die Basis der Übertreibung der administrativen Methoden schwächer.)

— Ein Teil derer, die die Notwendigkeit der Wirtschaftsreform aussprachen, ging auf die Seite der die Zusammenarbeit mit der Regierung ablehnenden Kräfte über.

— Ein Teil der Intelligenz, die auf die Reformen drängte, stellte irrealer politische Reformen in der gegebenen Periode in den Vordergrund und betrachtete die USAP als Fortsetzerin der sektiererischen Linie der Partei der Ungarischen Werktätigen.

— Die vor dem 23. Oktober 1956 auch von der offiziellen Politik veranlaßten Arbeiterräte, die wichtige Organe der betrieblichen Selbständigkeit hätten sein können, schoben sich Ende Oktober nach recht ab und wurden nach dem 4. November zum Mittelpunkt der der Partei gegenüber stehenden Kräfte.

— In den sozialistischen Ländern wurde der Kampf gegen den Revisionismus, bald darauf die Beschleunigung der Entwicklung und das Programm „des Aufbaus des Kommunismus in mehreren Ländern“ in den Vordergrund gestellt.

— Die vom 20. Parteitag der KPdSU veranlaßte theoretische Erneuerung und die Rekonstruktion der theoretischen Hinterlassenschaft von Marx und Lenin, die die für die Reformvorstellungen notwendigen theoretisch — ideologischen Grundlagen hätten sein können, begannen sich gerade erst zu entfalten.

— Zum Schluß soll noch der in der ungarischen Fachliteratur oft analysierte Widerstand des an die Überzentralisierung gebundenen Apparates bzw. sein Trägheitsmoment erwähnt werden, das sich aus der objektiven Existenz des überzentralisierten Organisationssystems ergab.

Beschleunigung, Entwicklungsoptimismus, Realitätsempfinden, Mittelorientierung

Ab 1958/59 hat man die baldige Beendigung der „Schaffung der Grundlagen“ wieder in den Vordergrund gestellt. *Eine der wichtigsten Wurzeln der Widersprüche wurde wiederum im nichtsozialistischen Sektor gesehen.* Die Dokumente des 7. und des 8. Parteitages der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sind *vom Glauben an die schnelle Entwicklung, an die historisch nicht allzu ferne technisch — materielle Grundlegung des Kommunismus*, an das Vordringen des Sozialismus im Weltmaßstab durch den verkündeten *wirtschaftlichen Wettbewerb durchdrungen. Die Beschlüsse haben allerdings noch eine andere Seite: die Konzentrierung auf die Aufgaben der Gegenwart und auf die Art und Weise des Vorwärtkommens und auf die Mittelorientierung.* Die in der Periode des Personenkultes eingewurzelten Vereinfachungen des Sozialismusbildes halten die Anschauung oft noch gebunden, aber die Gegenwart ist bei weitem nicht mehr so mechanisch der Zukunft, genauer gesagt einem bestimmten Zukunftsbild untergeordnet wie vor 1953. Die Vorsicht gegenüber jedem Vorsprechen soll mit einem Zitat aus dem Schlußwort des Parteitages 1959 illustriert werden: „Im Mai begannen dann Diskussionen 'philosophischen' Charakters (im Zusammenhang mit dem Erfolg der Kollektivisierung — J. G.), ob die Entwicklung ein Schritt oder ein Sprung war.“ „... Wir können nur nach unseren Umständen vorwärtsgehen, und wenn unsere Kraft nur für einen Schritt ausreicht, können wir nicht Sprünge machen, weil wir leicht in die Mitte des Grabens fallen können.“²³ Der 8. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sprach die Schaffung der Grundlagen

²³ Protokoll des 7. Parteitages der USAP_Budapest 1960 (Schlußwort János Kádár), S. 457—458

aus: „Die sozialistische Revolution hat im gesellschaftlich — wirtschaftlichen Leben gesiegt, da die sozialistischen Produktionsverhältnisse in jedem Zweig der Volkswirtschaft herrschend geworden sind.“²⁴ Einer der früher für grundlegend gehaltenen Widersprüche war verschwunden. *Der primäre Grund für die Widersprüche war in den Dokumenten dieser Periode die relative Zurückgebliebenheit der Wirtschaft und der Kultur. Hieran knüpfen sich die Hinweise auf die subjektiven Faktoren wie die Kleinbürgerlichkeit, der Nationalismus, der Individualismus, die Gleichgültigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Interessen.*

Der 7. Parteitag stellte *die Fachmäßigkeit* nicht nur bei der Erhöhung des wirtschaftlichen Führungsniveaus, sondern auch bei der Parteiführung der Wirtschaft an die erste Stelle.²⁵ Der 8. Parteitag betrachtete *die Kluft zwischen den Mitteln und den Aufgaben, den Rückstand des Leitungsniveaus, des Leitungsorganismus als einen der brennendsten Widersprüche.*²⁶ Um 1964 hat die Partei erkannt, daß die Teilkorrekturen nicht zum notwendigen Ergebnis geführt hatten: „Das Zentralkomitee hält eine umfassende, kritische Überprüfung und eine der Lage entsprechende Veränderung des derzeitigen Mechanismus der Wirtschaftsführung für notwendig.“²⁷

Die umfassende, an das Modell der Planvorschriften gebundene Kritik der auf dem Boden des Sozialismus entstehenden Widersprüche und die Reform

Es differenziert sich die Anschauung im Zusammenhang mit der Interessenstruktur der sozialistischen Gesellschaft. Die Richtlinien des ZK vom März 1965 halten die Existenz von Interessenunterschieden auf der Basis der Gleichheit der „grundlegenden“ Interessen für natürlich, sie stellen sogar fest, daß die sozialistische Demokratie nicht ohne die Selbständigkeit eigener örtlicher Interessen bestehen kann.²⁸ Der Durchsetzung der individuellen Interessen muß Raum gewährt werden, indem das gesamtgesellschaftliche Interesse befriedigt und gleichzeitig des sozialistische Bewußtsein gestärkt wird. In den Parteidokumenten vom November 1965 und Mai 1966²⁹ können wir die bis dahin umfassendste und um Komplexität bemühte Analyse der Entstehung und Reproduktion sowie der gesellschaftlich — wirtschaftlichen (und bewußtseinsmäßigen) Auswirkungen der Widersprüche, die auf dem Boden des Sozialismus möglich sind, finden. Die beiden Richtlinien sehen die Hauptquelle der Widersprüche in erster Linie nicht in den subjektiven Faktoren, in den Überresten des Kapitalismus, sondern im bisherigen Modell der Wirtschaftsführung, der Planwirtschaft (sowie in

²⁴ Protokoll des 8. Parteitages der USAP. Budapest 1963. S. 430. (Ebenda: S. 447: „Die Steigerung der Arbeitsproduktivität, ... die Erhöhung der Produktion ist heute die Hauptfront, an der in unserer Heimat der Kampf um den vollständigen Aufbau des Sozialismus stattfindet. Auch in Weltmaßstab wird an dieser Front die Schlacht des Sozialismus mit dem Kapitalismus entschieden.“ Demnach ist die Überbewertung und vereinfachte Auffassung der Möglichkeiten und Mittel des wirtschaftliche Wettbewerbs und überhaupt der übertriebene Entwicklungsoptimismus, der in dieser Etappe in den sozialistischen Ländern herrschte, auch hier zu spüren. Ungarn vermied zum Glück die manchmal lawinenartig auftretenden voluntären Aufschwünge und „große Sprünge.“)

²⁵ Protokoll, S. 583

²⁶ Protokoll, S. 448: „Das System der materiellen Stimulierung entwickeln wir so, daß nur der Dienst an den volkswirtschaftlichen Interessen der Weg der Erhöhung der betrieblichen Rentabilität sein kann.“ „... Voraussetzung unseres Fortschritts ist die Verbesserung der Wirtschaftsführung.“

²⁷ DOK 1963—66, Budapest 1968, S. 107

²⁸ DOK S. 137 („Einige zeitgemäße ideologische Aufgaben der USAP“)

²⁹ DOK S. 232—264 (Die Anfangsdirektiven der USAP für die Reform der Wirtschaftsführung, 18.—20. November 1965); DOK S. 301—450 (Die Direktiven des ZK der USAP zur Reform des Wirtschaftsmechanismus, Mai 1966); DOK S. 451—481 (Beschluß darüber)

den sich dabei reproduzierenden individuellen und betrieblichen Haltungen)! „Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ... ist in Widerspruch zur Wirtschaftspolitik geraten“ „... fördert nicht den optimalen Gleichklang des individuellen, betrieblichen (örtlichen) und gesellschaftlichen Interesses ...“ „... das System der Planaufschlüsselung ist nicht die Quelle der Planmäßigkeit, sondern gerade im Gegenteil, es ist eine Quelle der Unplanmäßigkeit“ „... der Apparat kann die Möglichkeiten der Betriebe nicht ausreichend beurteilen ...“ (deren) „... Risikobereitschaft und Verantwortung verschwindend gering ist ...“ „Das System der Planaufschlüsselung wirkt sich ungünstig auf das Bewußtsein der Menschen aus: einerseits gewöhnt es ihnen die selbständige Wegesuche, ... die Risikobereitschaft ab, andererseits bestärkt es das politisch schädliche Bewußtsein, daß die höheren Organe für jeden Fehler verantwortlich sind“ — so heißt es in den „Ausgangsrichtlinien“ vom November.³⁰

Der Reformentwurf enthielt die auf die indirekte Regelung des ganzen Systems der Wirtschaftsführung ausgerichtete und dem Prinzip der betrieblichen Selbständigkeit entsprechende Umgestaltung. Sie stellte die Auswirkungen über die wirtschaftliche Sphäre hinaus sowie die notwendigen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse in Rechnung. „... das politische Ziel ist es, durch die Reform günstigere Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie zu schaffen.“ (Des Weiteren): „... die übertriebenen Gebundenheiten, die die individuelle Initiative behindern, zu beseitigen und die bürokratischen Tendenzen zurückzudrängen“ — stellt das Parteidokumentum fest.³¹

Im Stadium der Einführung war die Aufmerksamkeit der staatlichen und politischen Organe von der Inangasetzung des Regelungssystems gebunden. Die Überprüfung und Überwachung der beginnenden wirtschaftlichen Bewegungen verbrauchte mehr Energien als man erwartet hatte. In einer solchen Lage zeigten sich fast natürlicherweise die Erscheinungen *des Wirtschaftszentrismus und der technischen Einseitigkeit*. Die Reform des Organisationssystems als eine die neuen Unsicherheitsfaktoren in sich bergende Entscheidung erlitt in der plastischen Anfangsphase einen Aufschub. Es stellte sich heraus, daß die Welt der Interessen komplizierter und verwickelter ist als die „Dreieinigkeit“ des individuellen, des betrieblichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Interesses. Die Unternehmen, denen man bis dahin durch die Planzahlen und die allgemein gültigen zentralen Vorschriften „die Zügel kurz hielt“, waren, wie die späteren ökonomischen Analysen zeigten, nicht um das durch die Normative vorgegebene Optimum, sondern um die Manövrierung zwischen den Normativen d. h. um eine Art Zufriedenheitsniveau bemüht. (So trat z. B. an die Stelle des „Plangefeilschen“ eine andere Art der Umspielung, das „Normativfeilschen“.) Die „befreiten“ und sichtbarer gewordenen Interessen bewegten sich nicht unbedingt in der Richtung des nach zentraler Beurteilung gesamtgesellschaftlichen Interesses. Die Reaktionen waren dadurch bestimmt, daß die Reformkonzeption selbst von Anfang an durch bedeutende ideologisch — anschauungliche Schranken belastet war. Die Reform wurde vor allem als ein *Instrument* für den Aufbau des Sozialismus betrachtet, das wirksamer als das frühere war. Man erwartete von ihr die dynamische Entwicklung des Lebensniveaus, die Erfüllung des *früheren* Programms des „vollständigen Aufbaus“ des Sozialismus. Der 9. Parteitag, der die Reformentscheidungen sanktionierte, erwartete von der „energischen“ Fortsetzung des Aufbaus, daß die Gesellschaft, in der „die Arbeiterklasse die anderen Schichten der

³⁰ DOK S. 238 und 240

³¹ DOK S. 302

Gesellschaft allmählich auf ihr eigenes Bild formt, immer homogener wird.“³² Das Dokument des 10. Parteitages, der beinahe im Zenit des Reformprozesses einberufen wurde, läßt ersehen, „daß die Elemente der zukünftigen, klassenlosen kommunistischen Gesellschaft im Ergebnis der dynamischen Entwicklung und des sicheren Fortschrittes schon *erschienen sind und wirken*“.³³ Wir wagen die Behauptung, daß *zumindest in bedeutenden politischen Kreisen von der Reform, die auf die Interessen und die Gliederung der Gesellschaft aufbaut, die baldige Aufhebung der Widersprüche d. h. sozusagen die Verwirklichung des früheren harmonischen Sozialismusbildes auf indirektem Weg erwartet wurde.*

Das System der bei dem Aufbau des Sozialismus entstehenden Widersprüche wurde bei der Einführung der Reform an den starren Mechanismus der Planvorschriften gebunden analysiert. Diese Widersprüche reproduzieren sich jedoch auf neuer Ebene und in neuer Form, ja, manchmal sogar sichtbarer als früher auch nach der Abschaffung des Systems der Planaufschlüsselung. Der neue „Mechanismus der Wirtschaftsführung“ hätte nach der Erwartung vieler die systemgebundenen Grundlagen der Widersprüche beseitigen müssen. Andererseits schien die Reproduktion der Widersprüche die Kritik über den früheren — „überzentralisierten“ — Mechanismus zu schwächen, d. h. sie begann die als veraltet bezeichneten Instrumente der zentralen „Einmischung“ zu rehabilitieren.

Die Vielgesichtigkeit der 70er Jahre im Spiegel der Dokumente

Auf die nach dem Start des „neuen Mechanismus der Wirtschaftsführung“ erscheinenden Probleme reagierte man mangels eines schnelle Ergebnisse versprechenden und anerkannten Instrumentensystems nach anfänglichem Schwanken (ja sogar nach längere Zeit dauernder Weigerung der zentralen Organe) mit zentralen Eingriffen. Die Reihe der administrativen Maßnahmen, die Ausnahmen darstellten und direkt nur von Fall zu Fall getroffen wurden, und zu denen auch die Weltwirtschaftskrise praktische Argumente lieferte, verstärkte sich und setzte sich unbemerkt zu einem System zusammen, das praktisch schon die Negierung der Reform bedeutete. Obwohl immer schwächer, so verkündete die Ideologie doch noch weiterhin die Fortsetzung der Reform. Statt dessen (!) wird allerdings nach 1972 schon mehr die „Weiterentwicklung der sozialistischen Planwirtschaft“, die Verstärkung der „Wirtschaftlichen Produktion“, „die Modernisierung der Produktionsstruktur“ zum zentralen Ziel erklärt. Auf die Wirkung der Rezentralisierungsvorgänge, die sich in einem breiten Spektrum der Wirtschaft abspielten, und der stufenweise eingetretenen ideologischen Schwerpunktverschiebungen hin erfolgte 1973/74 eine qualitative Veränderung. Aus dem Sprachschatz der Dokumente verschwand die Reformphraseologie, die Berufung auf den neuen Mechanismus der Wirtschaftsführung bzw. auf die Reformbeschlüsse und die in ihnen enthaltenen Prinzipien. Ein Teil der Politiker und der „Reformökonom“en“, die die Geburt des „neuen Mechanismus“ bemutterten, wurde in den Hintergrund gedrängt, das System der direkten Führung der Jahre vor 1968 wurde jedoch nicht normativ wiederhergestellt. Die Reihe der Zwangsschritte und der an diese gebundenen ideologischen Auffassungen gelangte also an einen bestimm-

³² Protokoll des 9. Parteitages der USAP (28. November bis 3. Dezember 1966) Budapest 1967, S. 454—455

³³ Protokoll des 10. Parteitages der USAP (23.—28. November 1970) Budapest 1971, S. 483

ten „Umschwenkpunkt“, es wäre aber übertrieben, (und ungenau), diesen einen Wendepunkt zu nennen.

Die Dokumente der 70er Jahre zeichnen sich durch eine eigene Vielgesichtigkeit aus. Sie analysieren empfindlich und meist mit dem Anspruch, fachgerecht zu verfahren, einzelne Momente der Realität. Die Beurteilung des ganzen Systems der Zusammenhänge und die Richtung der Aktionsprogramme werden in erster Linie aus dem in seinen Hauptmerkmalen aufgezeichneten Zukunftsbild des entwickelten Sozialismus rückprojizierten Werten abgeleitet. *Die Realität wird in erster Linie unter dem Aspekt untersucht, welche sind in ihr die „neuen Tendenzen der Entwicklung“, welche sind die „verstärkbaren“ und „verallgemeinbaren“, „sich entfaltenden“ sozialistischen Züge, inwiefern können die Werte, die dem Aufbau des entwickelten Sozialismus voranzuhelfen, einbezogen werden bzw. welche Faktoren behindern die Verwirklichung des Programms.*³⁴ Die Politik wollte mit der Beschleunigung des Wachstums, der Steigerung der Wirksamkeit, der Produktivität und der Exportfähigkeit sich dem auch in der Programmklärung niedergelegten Idealbild der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nähern, dabei öffnete sie die Wirtschaft immer mehr und hat sie immer enger an die Weltwirtschaft gebunden. Während die Politik für die Entwicklung in zunehmendem Maße äußere Kraftquellen in Anspruch nahm, verkündete in den ersten zwei, drei Jahren der Weltwirtschaftskrise die Auffassung, daß „sich unsere Volkswirtschaft (infolge der Überlegenheit des Sozialismus und der sozialistischen Integration) im wesentlichen unberührt ... von den Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft und dynamisch entwickelt.“³⁵ Ab 1975 wurde schon der Bedarf nach Anpassung formuliert. Die auf die Veränderung der Voraussetzungen gerichteten Kräfteanstrengungen blieben allerdings innerhalb des Rahmens der gegebenen Wachstumsstrategie. *Die Strategie des schnellen Wachstums hat die Anhäufung der Gleichgewichtsmängel bei unverändertem Mechanismus und Instrumentevorrat sowie die Anhäufung anderer Spannungen weiter beschleunigt, das heißt sie bereitet potentiell die Zwangslage einer künftigen Änderung der Strategie vor.* Die Dokumente der 70er Jahre sahen die Quelle der Unzulänglichkeiten — neben den „zufälligen Faktoren — in der relativen Zurückgebliebenheit der Wirtschaft und des Bewußtseins. Diese Anschauung ist nicht völlig mit der ähnlichen Meinung von 10 Jahre früher identisch. Beim Vergleich mit dem Weltspitzenniveau wird die Wirtschaft in erster Linie nicht an naturellen Kennzahlen oder an den Zahlen des Wachstums gemessen. Die Ideologie scheint sich aus dem Zauber der Zahlen zu befreien. Die Betonung lag auf den *qualitativen Charakteristika der Wirtschaft*, die nicht nur im allgemeinen ange-

³⁴ „... es ist ein Fakt, daß es in der Mitte der 70-er Jahre eine Art Bestrebungen gab, irgendeine Konsistenz zu schaffen zwischen der Ideologie und der konkreten täglichen Praxis.“, sagt darüber *Tamás Kolosi* in dem mit ihm geführten Interview (Mozgó Világ, 1984/11, S. 107). Wir können noch hinzufügen, daß die praktische Aktivität sich niemals in vollem Maße von ihrer eigenen Ideologie unabhängig machen kann, und i. a. bemüht sie sich auch nicht darum. Die „Besonderheit“ der 70-er Jahre bestand vielmehr darin, daß man versuchte, die in der Ideologie formulierten Werte *unmittelbar* in die Praxis des Alltages hineinzutragen. Damit jedoch — wie *István Hermann* schreibt — „benutzte man die Kategorien des Sozialismus, indem man sie von der historischen Situation unabhängig machte und sie davon abtrennte, in Wirklichkeit also zur blinden Selbstbeweihräucherung des Sozialismus.“ (Die 70-er Jahre in der ungarischen Geschichte. Budapest 1980, S. 149)

³⁵ DOK 1971—1975. Budapest 1979, S. 836 (Die Durchdachtheit der Aussage wird dadurch gerettet, daß sie in einem nicht wirtschaftspolitischen Dokument zu finden ist: „Aktuelle Fragen des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus. Stellungnahme der kulturpolitischen Arbeitsgemeinschaft des ZK der USAP“ — September 1974). (Innerhalb der 70-er Jahre sind vielleicht gerade in den Dokumenten des Jahres 1974 die meisten linksidealistischen Formulierungen zu finden; sie behandeln die vereinfacht dargestellten, aus dem „entwickelten sozialistischen“ Zukunftsbild projizierten Ideen stellenweise als außerordentlich nahe Realität.)

geben waren, sie lag in erster Linie auf der *Technologie* und auf der Zurückdrängung der unrentablen Produktion, obwohl man bis 1978 im wesentlichen im Rahmen desselben Mechanismus versucht hatte, den Erfordernissen der oft erwähnten „intensiven Periode“ gerecht zu werden. Neben dem obigen wurde ab 1975/76 die Berufung auf die ungünstigen äußeren Einwirkungen als die primären Hindernisse des Fortschritts in den Vordergrund gestellt. (Erst gegen Ende des Jahrzehnts wurde bewußt, daß die Auswirkungen der Krise und die Verschlechterung der Austauschproportionen die strukturellen Widersprüche unserer Wirtschaft nicht ausgelöst haben, sondern „lediglich“ an die Oberfläche brachten.)

Nach der Programmklärung von 1975 „... wächst die Rolle der *Bewußtseinsfaktoren*“ (im Laufe des Aufbaus des entwickelten Sozialismus) „... ist die schnellere und energischere Änderung der Bewußtseinsverhältnisse eine Schlüsselfrage unserer ganzen Gesellschaft und Entwicklung ...“³⁶ Die ideelle Einwirkung, die Aufklärungsarbeit, die Mobilisierung, das „Erkennenlassen“ der gesellschaftlichen Wichtigkeit der Arbeit usw. tauchen oft in den Dokumenten auf. Die Politik beschränkt sich trotzdem nicht auf die reine Begeisterung und „Einsicht“. Im Vordergrund der Untersuchungen stehen reale Sphären und Mittel der Bewußtseinsformung. Auf den Gebieten des Unterrichtswesens, der Allgemeinbildung, der Freizeitgestaltung, des Zugänglichmachens der Kultur, der Information, der Meinungsforschung, der Wissenschaft, der Kunstpolitik und auf anderen ähnlichen Gebieten erfolgten die Stellungnahmen rasch nacheinander. Als die Verringerung der Klassenunterschiede wie z. B. allmähliche Verschwinden der traditionellen bürgerlichen Lebensweise erkannt wird, verkünden die Dokumente schon seit Ende der 60er Jahre die *Homogenisierung der Gesellschaft* als ein relativ nahes Ziel. So reagiert man fast gereizt — und hauptsächlich mit administrativen Mitteln — auf die erscheinenden Ungleichmäßigkeiten. Insbesondere in den Einkommensunterschieden sieht man die Gefahr, durch die *die Gleichheit* bedroht wird. Lediglich die unbegründeten, nicht auf dem Prinzip der Verteilung nach der Arbeit beruhenden Einkommensunterschiede sollen beseitigt werden, jene Aktivitäten jedoch, mit denen unternehmensartige oder zusätzliche Einkommensquellen erschlossen werden sollen, werden mißtrauisch beobachtet. Den Bezugspunkt bildet die produktive Tätigkeit der Arbeiter der Großindustrie, der offiziell hoher moralischer Wert beigemessen wurde, in Wirklichkeit jedoch nicht genügend angeregt und zudem finanziell unterbewertet wird. Die gleichmachenden, nivellierenden Bestrebungen zeigten 1974/75 ihre negative Wirkung auch in der Versorgung, deshalb begann man von neuem, die Unternehmungslust der Kleinproduzenten anzuspornen.³⁷ In der Praxis verzichtete man also auf das Programm der Annäherung der Einkommen der Familien innerhalb einer kurzen Zeit.

Die auf die Verallgemeinerung und Verbreitung der Werte der sozialistischen Lebensweise gerichtete Kräfteanstrengungen führen zur Untersuchung der Werte und moralischen Normen, die tatsächlich in der Gesellschaft wirken. Bei der Erforschung der Hindernisse der gesellschaftlichen Homogenität *richtet sich die Aufmerksamkeit auf die nicht klassengebundenen gesellschaftlichen Unterschiede*, auf die verdeckte und komplizierte Gegliedertheit der Gesellschaft „über die Klassentruktur hinaus“, auf die Wirkung der Siedlungsverhältnisse, des Schulsystems, der Familie und

³⁶ Protokoll des 11. Parteitages der USAP (17.—22. März 1975) Budapest 1975, S. 512

³⁷ DOK 1975—1980, Budapest 1983, S. 145—150 (Beschluß des Politbüros des ZK der USAP vom 10. Februar 1976 „Über die Lage der individuellen und aushelfenden Wirtschaften und sonstiger Kleinproduktion“) bzw. ebenda S. 281—286 (Sekretärstellungnahme des ZK der USAP über die Neuregulierung der Industriepraxis der Kleinindustriellen, 13. September 1976). Die Differenzierung gelangte auch auf anderen Gebieten in den Vordergrund.

anderer Faktoren, die die gesellschaftlichen Bewegungen und die Mobilisationsschancen beeinflussen.

Zum Schluß soll nun versucht werden, die durch die Veränderungen in der Beurteilung der Arbeiterklasse und der Großbetriebe eingetretene — und in den Dokumenten verfolgbare — widersprüchliche Vielgesichtigkeit der 70er Jahre zu verdeutlichen: Die Großbetriebe konnten den Kampf mit der in den übrigen Sektoren auflebenden Produktions- und Unternehmungslust infolge der Starrheit der Lohnregelung und der inneren Beteiligungsmechanismen nicht aufnehmen, und sie wollten es auch nicht. Ein Teil der Arbeiterklasse war mit seinem Lohnniveau unzufrieden, andererseits schien es ihm, bestärkt von den durch die Zeitungen vermittelten intellektuellen Stimmungen, daß andere gesellschaftliche Gruppen sich ein unbegründetes zusätzliches Einkommen verschaffen. Beide unzufriedenen Kräfte erwarteten von der zentralen Entscheidung eine Abhilfe. (Die Schlüsselfrage der Ideologie ist die führende Rolle der Arbeiterklasse; deshalb kommt die Politik unbedingt in Zugzwang, wenn Meinungen über die relativ nachteilige Lage der Arbeiterklasse stärker werden.) Ab November 1969 bemühte man sich um die Senkung der „nicht erwünschten Arbeitskraftbewegungen“. Im März 1971 wurden teilweise administrative Beschränkungen vorgeschlagen. Die Grundlohneinstufung, die die unteren und die oberen Lohngrenzen festlegt, wurde mit verbindlicher Wirkung auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt. Auf den ZK — Beschluß vom November 1972 hin wurde ein Teil der Großbetriebe im wesentlichen von der Gültigkeit der Normative befreit. Mit der Landestabelle der Fachlöhne wurde das Lohntarifsysteem weiter verhärtet. Man begründete die Lohnerhöhung der Werk tätigen in der staatlichen Industrie und im März 1973 die Entwicklung der betrieblichen Demokratie und die höhere Wertschätzung der Arbeit mit der Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse.³⁸

Ab März 1974 hat man die bevorzugte Behandlung der Arbeiterklasse und der großen Industriebetriebe in erster Linie durch ideologische Argumente unterstützt: „Die in den Großbetrieben vereinigten Arbeiter der Großindustrie bilden den festesten Kern der Arbeiterklasse.“ „Ihre Hochburgen“, die Großunternehmen bedürfen einer besonderen Behandlung.³⁹“ Die Politik begnügt sich jedoch nicht mit dem idealisierten Arbeiterbild, sie versucht es auch zu verwirklichen. Diese Periode ist nicht nur im Prinzip, sondern auch in den praktischen Programmen durch eine Wendung in Richtung der Arbeiter gekennzeichnet. Die Mittel und Ziele entbehren oft der Realität, aber die Entwicklung des Lebensniveaus der Arbeiter, die Erhöhung der in ihren Kreisen geleisteten Erziehungsarbeit geriet in den Mittelpunkt. Ihr Einzug in die Führung, die Verbesserung ihrer Chancen zum Weiterlernen wird als eine Frage der Macht bezeichnet. Der Bewegung der Sozialistischen Brigaden und dem Arbeitswettbewerb wird eine Schlüsselrolle bei der Schaffung der Einheit von Arbeit, Lebens-

³⁸ DOK 1967—1970, Budapest 1974, S. 447; DOK 1971—1975, S. 38—44, 45—49, 50—51, 376, 488 „... ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse in den Großindustrie geriet hauptsächlich gefühlsmäßig mit der Reform in Konflikt“ (d. h. damit, was sie davon berührte — J. G.) „Dies wurde ... später in den Diskussionen über die Arbeiterklasse für jene ein Instrument, die, indem sie die Reform auf sektierischer, dogmatischer Basis in Frage stellten, zu längst überholten Methoden zurückkehren wollten.“ „Abgesehen von den konkreten sozialen Verhältnissen fand eine wahre Glorifizierung der Arbeiterklasse statt ...“, schreibt über diese Periode *Imre Pozsgay* (Tiszatáj 1981/4, S. 82: „Die ungarische Gesellschaft und Kultur in den 70-er Jahren“). Die ideologischen Betonungsverschiebungen (Wende?), die in einigen Beziehungen auch einen Rückfall bedeutete, war jedoch nicht das Produkt irgendeines bewußten dogmatischen Gegenangriffes, sondern erwuchs aus einer Reihe von Zwangsschritten.

³⁹ DOK 1971—75, S. 665—666 („Direktiven des ZK der USAP zur Entwicklung der gesellschaftlichen Rolle und die weitere Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse“)

weise und Bildung beigemessen. Man baut wenig auf die wirkliche Lebensweise und die realen Interessenverhältnisse der Arbeiterklasse auf; diese begann man gerade in den damals gestarteten Untersuchungen aufzudecken. Die Möglichkeiten der Verwirklichung der Interessen der Arbeitnehmer sind aufgrund der immer gebundeneren Regelung ziemlich eng, sie wurden 1977 sogar noch enger gefaßt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die obligatorische Arbeitsvermittlung eingeführt. Die gesellschaftlich begründete Arbeitskraftbewegung gedachte man durch die Einschränkung des Individuums zu fördern: „Auch bei jenen Wertätigen ist es begründet, das individuelle Risiko der Änderung des Arbeitsplatzes zu erhöhen, die ihr Arbeitsverhältnis aus individuellen (!) Gründen durch Kündigung beenden.“⁴⁰

Fast gleichzeitig (im April 1977) wurde — indem man vom Zwang der Priorität der „neuartigen“ Formen (z. B. Sozialistische Brigaden) und der nur scheinbar wirksameren unmittelbaren Formen abließ — ein Beschluß über die Erweiterung der Rechte der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner und über die Erweiterung des auf ihnen aufbauenden Formensystems gefaßt⁴¹. Wie es sich bald herausstellte, konnten die Produktionsleiter entsprechenden Niveaus aufgrund der übertriebenen Zentralisierung innerhalb des Betriebes nicht wirkliche Partner der Vertrauensmänner sein. Die Modernisierung der innerbetrieblichen Entscheidungsmechanismen und die Dezentralisierung der Wirkungskreise und damit des Interesses und der Verantwortung gelangte erneut in den Vordergrund. Inzwischen wurde die Aufmerksamkeit auf die übertriebenen Maße der Betriebe gelenkt, die die Schwerfälligkeit und den Mangel an Elastizität steigerten. Der ZK — Beschluß vom Dezember 1978 wies schließlich darauf hin, daß die organische Verbindung von Plan und Markt, eine reale Lage des Wettbewerbs und solche Betriebe, die darauf zu reagieren vermögen, die Voraussetzung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bilden. Es wurde die Überprüfung und die Umgestaltung des ganzen Systems der Wirtschaftsführung, des Kapitalflusses und der Kreditpolitik beschlossen.⁴²

Im Frühjahr 1984 wurde beschlossen, daß innerhalb des Rahmens der Weiterentwicklung der Wirtschaftsführung gleichzeitig mit der den Leistungszwang auslösenden Umgebung die Eigenständigkeit der Betriebe und die Mitsprache und Beteiligung des Arbeitskollektivs entwickelt werden muß.⁴³ Den Absichten entsprechend kann also die betriebliche Demokratie, die früher in erster Linie aus ideologischen Überlegungen heraus entwickelt wurde, jetzt zu einem organischen Bestandteil der realen gesellschaftlich — wirtschaftlichen Interessenbewegungen werden. Im Rahmen des staatlichen Eigentums wird ein bedeutender Teil der Ausübung der Besitzrechte auf die Arbeitsstellenkollektive, den Betriebsrat bzw. auf den durch diese gewählten ersten Leiter übertragen.

⁴⁰ DOK 1975—1980, S. 452 (Direktiven des ZK der USAP „Über die Aufgaben der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitskräftewirtschaft“)

⁴¹ Zitiertes Werk S. 421 (Beschluß des Politbüros des ZK der USAP „Zur Stärkung der betrieblichen Demokratie, zur Schaffung und Inbetriebnahme von Körperschaften der Vertrauens- und Hauptvertrauensleute“)

⁴² Zitiertes Werk S. 914—928 (Beschluß des ZK der USAP „Über die Direktive des Volkswirtschaftsplans und des Haushaltsplans 1979“) Dieser Beschluß untersucht umfassend die Wirtschaftspolitik der früheren Jahre und bringt eine Wende, die sich tatsächlich auch auf andere Bereiche auswirkt. (Nach den früheren oberflächlichen Korrekturen beginnt ein wahrhaft wëgsuchender Prozeß.): „Gegen Ende 1978 ...“, heißt es im Beschluß, „wurde das äußere Gleichgewicht der Volkswirtschaft kritisch ... die zentrale Partei- und Staatsführung paßte sich nicht genügend den veränderten Voraussetzungen an ... Der Fünfjahrplan stellte in mehreren Hinsichten größere Anforderungen, als sie durch die Maßnahmen der Wirtschaftslenkung fundiert werden konnten und fundiert waren.“ (Zitiertes Werk S. 917—918)

⁴³ Társadalmi Szemle 1984/5

Heute sieht man schon klar, daß die Hegemonie des staatlichen Eigentums an und für sich weder den automatischen Erfolg der Dynamik der Planmäßigkeit noch des gesellschaftlichen Interesses oder der Wirtschaft garantiert. Deshalb richtet man die Aufmerksamkeit auf den konkreten Inhalt der Eigentumsverhältnisse, auf die gemeinsame Entwicklung der Interessen und der gesellschaftlichen Bestimmung (und dadurch des Besitzbewußtseins). Seit Beginn der 80er Jahre verbreitete sich auch auf anderen Gebieten des theoretischen und politischen Denkens die Erkenntnis, daß man die sozialistischen Werte nicht durch mechanische Projektion aus einem abstrakten Zukunftsbild zur Wirklichkeit werden lassen kann.

Indem man aus den Verhältnissen der Gegenwart, von der gesellschaftlich — wirtschaftlichen Struktur der Gegenwart ausgeht und die realen Interessenverhältnisse berücksichtigt, kann man mit realen Chancen die Vervollkommnung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse, die Befreiung und Integration der dynamischen inneren Kräfte anstreben. Wir müssen und dürfen nicht auf die Zielsetzung einer Gesellschaft höherer Ordnung verzichten, die aus dem Heute und Gestern abgeleiteten, nicht selten idealistischen Elementen des Zukunftsbildes dürfen jedoch nicht unmittelbar die Aktivität des Heute binden.

Zusammenfassung

Wie wir gesehen haben, werden die Widersprüche in der Zeit des Sieges der Proletardiktatur — entsprechend dem allgemein akzeptierten Sozialismusbild bzw. dem historisch begründeten revolutionären Optimismus — als „systemfremde“ Faktoren betrachtet, die außerhalb der sozialistischen Verhältnisse liegen, in diesem Sinn also auf äußere Quellen zurückzuführen sind. Diese Betrachtungsweise, motiviert durch äußere und innere Voraussetzungen, gelangt zur Übertreibung und zur Verabsolutierung des Gegnerfaktors. Aufgrund der unangemessenen Behandlung der Widersprüche häufen sich die Spannungen, und es beginnt ein von Rückschlägen unterbrochener Berichtigungsprozeß, der aber immer durch die gesammelten Erfahrungen bereichert wird. Mit Hilfe des ideologischen Argumentensystems, dem die Rückkehr zu den Leninschen Prinzipien zugrunde liegt, bildet sich das Bedürfnis und eine Realpolitik heraus, die gleichzeitig prinzipiell und praxisbezogen ist. Die Berücksichtigung der Realität und die Kenntnisnahme der objektiven Zwänge der Praxis bewegt die Politik zu der Erkenntnis, daß auch auf dem Boden des Sozialismus, auf der Basis der auf keinen Fall mehr kapitalistischen Verhältnisse Isolationsverhältnisse, abweichende Interessen und Widersprüche entstehen, reproduziert werden, ja sogar institutionalisiert und objektiviert werden können. Diese können nicht den einen oder anderen Typ des politischen Systems oder der Wirtschaftsführung zugeordnet werden. Als die nächste Station der Entwicklung gerieten und geraten die systematische Behandlung der Interessengliederung der Gesellschaft, (welche Behandlung um Komplexität bemüht ist), die „Anpassung“ der vermittelnden Mechanismen an die realen gesellschaftlich — wirtschaftlichen Bewegungen und die Befreiung und Einbettung der in der Gesellschaft verborgenen positiven Energien in den Vordergrund.

Selbstverständlich ist auch dies — wie jede Umgestaltung der Gesellschaft — nicht ohne die Beeinträchtigung von Interessen, also nicht ohne Konflikte und Zusammenstöße möglich.

Ein Hauptwiderspruch des seit dem Dezember 1978 vergangenen Jahrfünfts ist es, daß, während sich die erwähnte Wegesuche und ideelle Wallung entfaltete und die Weiterentwicklung der Reform fortschritt, immer mehr erkennbar auch eine

andere Bewegung existiert, die in den geheimnisvollen und vielfältigen Vorgängen der Zentralisierung Gestalt annimmt, die aus den sich — oft mit Recht — auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes berufenden Zwangsmaßnahmen erwachsen. Die Erörterung dieser Problematik — und anderer Widersprüche — ist aber die Aufgabe anderer Analysen.

GÉCZI JÓZSEF:

A szocializmusfelfogás változásának és fejlődésének néhány kérdése a magyar pártdokumentumok tükrében

Rezümé

A hetvenes évtized végétől újra felerősödött az a felismerés, hogy a kor kérdéseire adandó gyakorlati és elméleti-ideológiai válaszok a társadalmi önismeret elmélyítését, az eddig megtett út kritikai újraértékelését igénylik. A politika, a közvélemény és a tudomány újult erővel fordult az addigi szocializmuskép főbb jegyeinek, alakváltozásainak és a valósággal való kölcsönhatásának vizsgálatára. Jelen dolgozat e kérdéskör egyetlen szeptetét tekinti át. Azt elemzi, hogy a fordulat éve és a nyolcvanas évtized eleje által határolt időszak pártdokumentumaiban, hogyan tükröződik az adott kor szocializmusfelfogása? A mindenkori ideológia — pontosabban annak a dokumentumokban való leképeződése — hogyan viszonyul a szocializmus építése során újratermelődő ellentmondásokhoz, mit jelöl meg a fogyatékoságok forrásaként, milyen eszközökkel véli azokat leküzdhetőnek.

Az ellentmondásokat a proletárdiktatúra győzelmekor — az akkor általánosan elfogadott szocializmusképnek, illetve a történelmileg indokolt forradalmi optimizmusnak megfelelően — „rendszeridegen”, a szocialista viszonyokon kívül eső, ilyen értelemben tehát „külsődleges” forrásokra visszavezethető tényezőkné tekintik. Ez a szemlélet külső és belső feltételek által motiválva eljut egy túlhajtásig, az ellenségtényező abszolutizálásáig. Az ellentmondások nem megfelelő kezelése miatt a feszültségek fölhalmozódnak, majd megindul egy visszaesésekkel tarkított, de a megélt tapasztalatokkal gazdagodó korrekciós folyamat. A lenini elvekhez való visszatérésre épülő ideológiai érvrendszer segítségével kialakul egy egyszerre elvi és gyakorlati reálpolitika igénye. A valóságra való odafigyelés, a gyakorlat objektív kényszereinek tudomásulvétele a politikát arra a felismerésre készíti, hogy a szocializmus talaján, a már semmiképpen nem kapitalista viszonyok bázisán is keletkeznek, újratermelődnek, sőt intézményesülhetnek, objektívizálódhatnak elkülönültségi viszonyok, eltérő érdekek, ellentmondások. A hetvenes évtized recentralizációs tendenciákkal, részleges elméleti-ideológiai visszaesséssel és fontos részfelismerésekkel is jellemezhető időszakában világossá vált, hogy ezek nem köthetők mereven a politikai rendszer, a gazdaságirányítás egyik vagy másik típusához. A fejlődés következésként, legalábbis az elméleti-ideológiai felismerések szintjén, előtérbe került a társadalom érdektagságának szisztematikus (komplexitásra törekvő) kezelése, az intézményi viszonyok, a közvetítő mechanizmusok valóságos társadalmi-gazdasági mozgásokhoz való „igazítása”, a társadalomban rejlő pozitív energiák felszabadítása, becsatornázása.

EINIGE PROBLEME DER GESELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG
IN ALGERIEN

Algerien wurde 1962, nach dem die 132 alte Kolonialmacht abschüttelnden, etwa 8 Jahre dauernden Befreiungskampf unabhängig. Die Massenbasis des bewaffneten Kampfes bildeten die *landarmen Bauern*, die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Infolgedessen wurde schon während des Krieges entschieden, die politische Zielstellung formuliert, daß die Interessen dieser Schicht die gesellschaftlichen Verhältnisse des unabhängigen Algeriens bestimmen müssen. Das Programm des 1. Kongresses (August 1956. Souman-Tal) der FLN (Front de libération nationale — Nationale Befreiungsfront) erwähnt als Hauptpunkt die Erfüllung der Forderungen der Bauernschaft. „Die massenhafte Beteiligung der Landarbeiter, der habous und Fellachen an der Revolution, jener entscheidende Teil, den sie in der Zusammensetzung der ALN (Nationale Befreiungsarmee) vertreten, drückt tief seinen Stempel auf den Volkscharakter des algerischen Widerstandes... Die Bauernschaft ist tief überzeugt, daß ihr Landhunger nur durch die Erringung der nationalen Unabhängigkeit gestillt wird. Die wahre Bodenreform, die patriotische Beseitigung des ländlichen Elends ist untrennbar von der völligen Zerstörung des Kolonialsystems.“¹ Aus dem Zitat und aus dem ganzen Program klingt heraus, daß das den Freiheitskampf führende revolutionäre nationalistische Kleinbürgertum den Kampf mit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit nicht als beendet betrachtet, sondern nur als einen Abschnitt auf dem Weg der gesellschaftlichen Revolution. Das Blatt der FLN ‚El Mudzsahid‘ stellte in seinem am Tag der den Krieg abschließenden Evianer Verträge, am 19. März 1962 erschienenen Leitartikel fest: „Der Krieg ist beendet, die Revolution wird fortgesetzt.“ Die FLN hält sich, wenn auch nicht frei von Widersprüchen, inneren Konflikten, Abweichungen, auch noch heute daran. Ihre Politik wird bestimmt von dem Bemühen um die Modernisierung des Landes und die Schaffung der sozialen Gerechtigkeit.

Die Führung der FLN nahm im Juni 1962 auf ihrer Sitzung in Tripolis nach lebhafter Diskussion das Programm des gesellschaftlichen Aufbaus an. Das Programm verwarf den kapitalistischen Weg, stellte eine radikale Bodenreform in Aussicht und plante die Zurückdrängung der nationalen Bourgeoisie. Ihre Ziele wollte sie gestützt auf die Volksmassen verwirklichen. „Die demokratische Revolution — das ist der bewußte Aufbau des Landes im Rahmen der sozialistischen Prinzipien und durch die Macht in den Händen des Volkes.“ — stellte das Dokument fest.²

Die das Wesen der gesellschaftlichen Revolution berührenden Zielstellungen dieses Programmes gewannen Ausdruck in der Charta von Algier von 1964, in der

¹ El Mudzsahid, 4. Ausgabe 1956

² Das Programm von Tripolis in *Annuaire de l'Afrique du Nord*. 1962. Paris 1962. Seiten 689—694

auch auf der Volksabstimmung von 1976 bekräftigten Nationalen Charta sowie auf den folgenden Kongressen der FLN.

Die nationale Bourgeoisie wagte es nicht, dem Programm von Tripolis offen eine kapitalistische Orientierung entgegenzustellen. Stattdessen bemühte sie sich um strenge Einhaltung der Vereinbarungen von Evian. Das Ergebnis jedoch wäre ein neokolonialistischer Kapitalismus gewesen, da die Vereinbarungen Frankreich bedeutenden wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Einfluß sicherten.

In der Armee, deren Basis die landarme Bauernschaft bildete, waren jedoch verständlicherweise die Vertreter der radikalen Lösung, der Zurückweisung des Ausgleiches in der Mehrheit. Deshalb bemühte sich die nationale Bourgeoisie, die Armee von den revolutionären Elementen zu säubern. Im Juli 1962 forderte die Provisorische Regierung der Algerischen Republik, dem Druck der Rechtskräfte nachgebend, einen der radikalsten Vertreter der revolutionären Kräfte, Generalstabchef Bumedien zum Rücktritt auf. Bumedien trat jedoch nicht zurück, stellte hingegen aber bestimmtes militärisches Auftreten gegen die Rechtskräfte in Aussicht, die gezwungen waren, sich zurückzuziehen.

Auch die Bauernbewegung, die sich im Sommer und Herbst 1962 stark entfaltete, stärkte die Position der revolutionären Kräfte. Im Verlaufe des Sommers verließen die europäischen Siedler massenweise das Land. Daraufhin kam es zu spontanen Landbesetzungen: die Fellachen nahmen die verlassenen Felder der Siedler in Besitz. Im Frühjahr 1963 gelangten 1,2 Mio ha in ihre Hände, Anfang 1965 waren es bereits 3 Mio ha. Die Regierung machte im Frühjahr 1963 in den sogenannten Märzdekreten die durch diese spontane Massenbewegung erreichten Ergebnisse rechtskräftig. In den Dekreten wird die Massenbewegung — dabei ihre Spontaneität betonend — selbstregierende Bewegung (autogestion) genannt.³

Die Positionen der Linkskräfte wurden auch dadurch gestärkt, daß auf der Präsidentenwahl 1963 Ben Bella, der Vertreter der Interessen der Fellachen und Arbeiter, zum Landespräsidenten gewählt wurde. Ferhat Abbas bezichtigte sofort nach der Wahl Ben Bellas das Staatsoberhaupt diktatorischer Absichten und trat von seinem Amt als Präsident der Nationalversammlung zurück. Andere Politiker wiederum, die die Interessen der Bourgeoisie verteidigten, schürten den bewaffneten Widerstand in Kabilien. Auch Marokko, dessen Herrscher mit Besorgnis die immer radikaler werdende algerische Revolution beobachtete, führte zu dieser Zeit die Grenzverletzung durch. Die Massendemonstrationen in Algier und anderen Städten, sowie Ben Bellas Unterstützung durch Bumedien und mit ihm durch einen bedeutenden Teil der Armee riefen die Niederlage der Anhänger der kapitalistischen Entwicklung hervor, die sich auf den französischen Neokolonialismus stützten. Die politische Führung gelangte in die Hände des revolutionären nationalistischen Kleinbürgertums. Die Anhänger der kapitalistischen Orientierung erlitten allerdings keine völlige Niederlage: Die wirtschaftliche Macht der Klasse der Bourgeoisie und der Landbesitzer blieb erhalten und auch der wirtschaftliche usw. Einfluß des französischen Imperialismus wurde nicht beseitigt.

Zugleich wurde die Politik der Anhänger der Entwicklung in sozialistischer Richtung stark von Instinktivität und Spontaneität durchdrungen. Trotz der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage richtete die Führung nicht die notwendige Aufmerksamkeit auf die Organisation der Produktion, sondern maß entscheidende Bedeutung dem Selbstverwaltungssektor bei und überbewertete seine politische Bedeutung. Ben Bella (und noch einige Führer) ließen sich im wesentlichen

³ Les étapes de la revolution agraire, *Démocratie nouvelle*, Juni 1965. Seiten 84—87

durch die sich in der Selbstverwaltung entfaltende Massenbewegung ins Schlepptau nehmen und sahen in der Selbstverwaltung schon die Verwirklichung des Sozialismus. Ihr politisches Bewußtsein war der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung voraus und löste sich von der Wirklichkeit. Es erschien die Gefahr des Voluntarismus, was anstelle einer durchdachten Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu Hast und Improvisation führte. Trotz alledem, trotz aller gemachten Fehler Ben Bellas müssen wir jenes Positivum seiner Tätigkeit betonen, daß er die Fragen des gesellschaftlichen Fortschritts mit der aktiven Teilnahme der Volksmassen lösen wollte.

Schließlich führten die im Staatsapparat und im wirtschaftlichen Leben entstandene wirre Lage sowie die zu sehr persönlichen, ja manchmal antidemokratischen, nicht durchdachten Maßnahmen Ben Bellas die der Weiterführung der gesellschaftlichen Revolution verpflichteten revolutionären Nationalisten zur Übernahme bzw. Unterstützung der Macht am 19. Juni 1965.⁴ Die Rechtskräfte unterstützten ebenfalls die Entfernung Ben Bellas, allerdings aus ganz anderen Gründen. Sie hofften, daß mit der Beiseitstellung der Volksmassen die Hindernisse für die Entfaltung der kapitalistischen Orientierung beseitigt werden.

Nach dem Juni 1965 konzentrierte sich die Führung des Landes, der Revolutionäre Rat, der die Macht in seinen Händen hielt, auf die Schaffung der wirtschaftlichen Basis der nationalen Unabhängigkeit. In der zweiten Hälfte der 60-er Jahre wurden im Land straffe wirtschaftliche Programme ausgearbeitet. Den Vorrang genoß dabei die Schaffung der nationalen Großindustrie. Um eine nationale Großindustrie zu schaffen und deren planmäßige Entwicklung zu verwirklichen, mußten auch die industriellen Produktionseinheiten und das Banksystem in staatliche Hände übernommen werden. Die Verstaatlichung geschah nach 1965 nicht auf einmal, sondern stufenweise und wurde 1971 mit der Übernahme der Erdöl- und Erdgasproduktion beendet. Mit dem Vorschreiten der Verstaatlichungen entfaltete sich auch die Planwirtschaft immer entschiedener. Bis zum Ende der 70er Jahre wurden drei Pläne ausgearbeitet und verwirklicht. Der erste war der Dreijahresplan 1967—69, der auch Vorplan genannt wird. Sein Ziel war es in erster Linie, nach den wirren Zuständen der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu ermessen. Diesem folgten zwei Vierjahrespläne: von 1970 bis 73 und von 1973 bis 77. In jedem dieser Pläne genießt die Industrie den Vorrang, insbesondere die Investitionen in der Erdöl- und Erdgasförderung, sowie die Stahlindustrie, die Bauindustrie und die Maschinenproduktion.

Investitionen in den drei Plänen⁵

(in Millionen algerische Dinar)

	1967/69	1970/73	1974/77
Gesamt	9121	27 740	110 210
Davon Industrie	4750 (43%)	12 400 (51%)	48 000 (45%)
Landwirtsch.	1606	4 140	12 005

⁵ M. E. Benissad: *L'économie algérienne contemporaine*. Paris, 1980. S. 20

⁴ Proclamation du conseil de la Revolution du 19. juin. 1965 in *Annuaire de l'Afrique du Nord* 1965. Paris, 1966. Seiten 627—629

Im Falle des Dreijahres- (und in geringem Maße des Vierjahres) planes wurden die Investitionen hauptsächlich und entscheidend durch eigene innere Quellen gedeckt, äußere Geldmittel wurden kaum in Anspruch genommen. Die Ursache dafür waren Einsparungen und die Zurückhaltung des inneren Verbrauchs. Im ersten Vierjahrplan waren die Einnahmen aus Erdöl- und -gas schon bedeutend, im zweiten sozusagen entscheidend. (Dies waren die Jahre der Erdölexplosion.) Nach 1973 wuchs der Wert des exportierten Erdöls und -gases sprunghaft. Die Menge im Falle des Erdöls weniger. Bis zum Ende der 70er Jahre bewegte sie sich zwischen 45—48 Millionen Tonnen. Die Menge des verflüssigten Erdgases jedoch stieg von 2682 Mio m³ im Jahre 1973 stufenweise auf annähernd 11 Mrd. m³ im Jahre 1978. Im selben Jahr ergab sie 60% der Staatseinnahmen, gegenüber 22% vom Jahre 1967.⁶ Diese Daten geben auch dafür Erklärung, wieso der zweite Vierjahrplan derartig ambitiös ist. Im Ergebnis der Pläne erreichte Algerien gegen Ende der 70er Jahre bedeutende Resultate in der Industrialisierung. Der Anteil der Industrie (zusammen mit der Bauindustrie) am nationalen Gesamtprodukt stieg von 13,9% 1963 auf 23% 1978.⁷

Allerdings zeigten sich gleichzeitig auch ernste Probleme. Es wurden zwar schlüsselfertige ultramoderne Technologien gekauft (in erster Linie von der BRD, Japan und Frankreich), das gesteckte Ziel wurde aber auch damit nicht erreicht, da die geschaffene Großindustrie auf die Nationalwirtschaft keine integrierende Wirkung hatte, die Landwirtschaft nicht im notwendigen Maße mit Maschinen ausstattete, außerordentlich kostspielig war, die Schaffung der Arbeitsplätze dagegen sehr teuer. Sie senkte die Abhängigkeit weder in finanzieller noch in technologischer Hinsicht, noch in Hinsicht auf die Versorgung mit Fachkräften. Das Land verfügte für diese straffe Industrialisierung auch gar nicht über eine entsprechende Infrastruktur. Und schließlich: Immer mehr, fast ausschließlich, stützte es sich auf das Einkommen aus Erdöl und -gas, was ebenfalls die Abhängigkeit steigerte.

In der Phase der Beendigung des zweiten Vierjahrplanes wurde man sich der erwähnten Probleme bereits bewußt. Viele wiesen darauf hin, daß die auf den Erdöl- und Erdgasexport und den Aufkauf entwickelster Technologien aufbauende Entwicklungspolitik zu den verkündeten Zielen entgegengesetzten Ergebnissen führen kann: Das Land gelangt in die Netze der multinationalen Unternehmen und wird in solchem Maße in den kapitalistischen Weltmarkt integriert, daß es zur Aufgabe seiner gesellschaftspolitischen Ziele und seiner antiimperialistischen Außenpolitik gezwungen ist.⁸

In der Mitte der 70er Jahre zeigten sich auch in der Agrarwelt politische und wirtschaftliche Probleme. Die politischen hingen mit der Agrarrevolution zusammen, die man als ersten großen Klassenzusammenstoß seit der Erringung der Unabhängigkeit einordnen kann. Die Charta der Agrarrevolution erschien 1971. Sie stellte die Beseitigung der Klasse der Großgrundbesitzer, die Versorgung der Mittel- und Kleinbauern mit Land, die Schaffung von Produktionsgemeinschaften (Genossenschaften) zum Ziel und dies alles im Interesse jenes grundlegenden Prinzips, welches sagt: „Das Land gehöre dem, der es bearbeitet.“⁹ In der ersten Phase seiner Verwirklichung wur-

⁶ V. o. S. 84

⁷ V. o. S. 28

⁸ Auf die Neudurchdenkung der Entwicklungspolitik machte Präsident Bumedien am 30. April 1978, in seiner Botschaft an die Nation, aufmerksam. Später beschäftigten sich zahlreiche Artikel eingehender mit dieser Frage, zB.: *Révolution africaine*, Februar 1979, Nr. 784, Dezember 1979, Nr. 826 usw.

⁹ La charte de la Révolution agraire. Dossiers documentaires Nr. 17 Januar 1972. Edités par la Ministère de l'Information et de la culture. Alger. Préambule.

den die staatlichen und gemeinschaftlichen Felder aufgeteilt. In der zweiten Phase gelangte die Aufteilung des Großgrundbesitzes auf die Tagesordnung. Dabei wurde insgesamt ein Drittel des Bodens des Privatsektors verstaatlicht. In der dritten Phase gelangte die Verstaatlichung der Weiden und die gerechte Aufteilung des Tierbestandes auf die Tagesordnung. Dies verlangsamte sich jedoch gegen Ende der 70er Jahre in außerordentlichem Maße. Zur Zeit gehören mehr als 50% (4 Mio ha) des kultivierbaren Bodens (7,5 Mio ha) zum staatlichen bzw. genossenschaftlichen Sektor, jedoch nur 10% des Tierbestandes.

Aus dem Gesagten wird evident, daß die Klassengegensätze besonders scharf in der zweiten und dritten Phase aufeinanderstießen, daß auch auf dem Lande die politische Polarisation begann. Außer der politischen Spannung, die auch „islamische integrierende“ Erscheinungen an die Oberfläche brachte, zeigten sich auch Produktions- und Organisationsprobleme, die zu Versorgungsschwierigkeiten führten und in den Städten die sozialen Spannungen steigerten.

Insgesamt stieg die landwirtschaftliche Produktion kaum. Sie gestaltete sich wie folgt (Durchschnitt der Jahre 1967/70 = 100)

1973	1976	1977
100	121	106

Ihr Anteil am Nationaleinkommen dagegen fiel bedeutend:¹⁰

1963	1978
17,5% 2,3 Mrd Dinar	7,7% 6,7 Mrd Dinar

Die landwirtschaftliche Produktion deckte 1969 noch zu 70% den inneren Verbrauch, jedoch stufenweise absinkend 10 Jahre später nur noch zu kaum 30%. Das Land war zu immer bedeutenderem Lebensmittelimport, später Getreideimport gezwungen.

Über das schnelle demografische Wachstum und die schlechten klimatischen Verhältnisse hinaus wurden diese Probleme in der Landwirtschaft auch von subjektiven Faktoren hervorgerufen. Die Vernachlässigung bzw. nicht entsprechende Instandhaltung des Bewässerungssystems, die nicht regulierte Urbanisation, die undurchdachte Ansiedlung der Industriebetriebe entzogen der Landwirtschaft nützliche Gebiete. Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion wurde auch dadurch gebremst, daß die industriellen Aufkaufpreise bis zur zweiten Hälfte der 70er Jahre nicht stiegen und dadurch die Produktion — in erster Linie — im staatlichen (Selbstverwaltungs- und Agrarrevolutions-) Sektor nicht stimuliert wurde. Dies führte zum Teil zum Warenmangel, der um 1976/77 ernste Sorgen verursachte. Daraus wiederum profitierte — durch Spekulationen — der Privatsektor. Der staatliche Haushaltsplan wandte bis zu den letzten Jahren — der Industrie die Priorität sichernd — immer weniger für landwirtschaftliche Investitionen auf. Der neue Fünfjahrplan (1980—84) bevorteilte im Bewußtsein der während der Verwirklichung der vorangegangenen Pläne aufgetretenen Probleme schon nicht mehr die extensive Industrieentwicklung, sondern die intensivere Ausnutzung der vorhandenen industriellen Basis, die Entwicklung der Landwirtschaft und die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Be-

¹⁰ M. E. Benissard: ebenda, S. 51

völkerung, innerhalb dessen in erster Linie die Lösung des Wohnungsproblems. Auf dem 4. (außerordentlichen) Kongreß der FLN, auf dem der Plan bestätigt wurde, wurde die Kritik der Entwicklungspolitik der vorangegangenen Phase in Zurückweisung jener Konzeption formuliert, nach der „die Entwicklung aufkaufbar ist.“¹¹ Die bisherigen vier Jahre des Planes kann man als erfolgreich bezeichnen.: Es sanken die Schulden im Ausland, die Importausgaben wurden von 16% auf 6% gesenkt, die Produktivität der Betriebe stieg von 30% im Jahre 1979 auf 65%¹²

Die Probleme des wirtschaftlichen Lebens und die sich daraus ergebende Verschlechterung der sozialen Lage erhöhte die politisch-ideologische Rolle des Islam: Bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung zeigten sich Zeichen einer Wendung in Richtung der traditionellen arabisch-islamischen Werte. Die Führung der FLN weist eine Veränderung der politischen Orientierung (option socialiste) zurück, verweigert aber gleichzeitig auch den Islam nicht, sondern bemüht sich gemeinsam mit den Massen vorwärtsstrebend, bestimmte Elemente des Islam im Interesse der Verwirklichung des ursprünglichen Zieles auszunutzen. Der Islam ist in einem muslimanischen Land — so auch in Algerien — im Gegensatz zu der Wahnidee, die die katholische Kirche in der Zeit des Kampfes gegen die Reconquistes und Türken in Europa verbreitete, nicht nur eine Religion, eine Privatfrage des Gewissens, sondern gesellschaftliche Realität, die das gesamte Lebensgebiet umfaßt, jene nationale Besonderheit, in deren Rahmen sich die gesellschaftliche Revolution abspielt. In Algerien nahm 1976 in der Diskussion um die Annahme der Nationalen Charta die Rolle des Islam beim sozialistischen Aufbau einen wichtigen Platz ein. Großen Raum gewann die Meinung, daß der Islam mit dem Sozialismus unvereinbar ist, d. h. daß man ihn in Algerien nicht anwenden könne. Wenn es doch zu seiner Anwendung kommen sollte, so wäre dies ein „spezifisch algerischer“ oder „islamischer“ oder „arabischer“ Sozialismus. Die Führung der FLN wies diese Meinungen zurück, gleichzeitig rechnete sie aber realistisch damit, daß diese den Standpunkt eines Teils der Massen widerspiegeln, also eine politische Kraft verkörpern, gab also in bestimmten Beziehungen nach. So gelangte z.B. in den ursprünglichen Text, daß „der Islam Staatsreligion ist“. Es blieben jedoch die folgenden Sätze: „der Sozialismus beruht auf der Zurückweisung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf der Wissenschaft“, „der Sozialismus ist keine Religion, sondern eine theoretische und strategische Waffe.“¹³ Das ausgesprochene oder vertuschte Ziel der Vertreter der konservativen islamischen Tendenzen ist es, die Veränderung der politischen Orientierung zu erreichen. Ihre Vorstellungen qualifizierte Präsident Sadli als „gegensätzlich zur heiligen Schrift des Koran“, da ihre Verwirklichung erreichen würde, daß das Land sich in sich verschließen, nach innen richten würde. Mit einem Wort: Ihre anarchistischen Vorstellungen „würden zwischen Nation und Fortschritt ein Hindernis schaffen“.¹⁴

Auf dem letzten Kongreß der FLN (Dezember 1983) wurde ebenfalls die Zurückweisung der konservativen islamischen Meinungen formuliert, und zwar, als der Generalsekretär in seinem Bericht feststellte, daß der Sozialismus kein ausländischer Import, sondern die Praxis des Volkes ist. „Dem Volk wurde im Verlauf des bewaffneten Kampfes bewußt, daß es zwischen der kolonialen Ausbeutung und der kapitalistischen Organisation einen Zusammenhang gibt ... deshalb zögerte es nicht, den Sozialismus als ein Mittel, das Nationalvermögen zu verteilen, und als eine

¹¹ Afrique-Asie, Juli 1980, Nr. 217

¹² Michel Muller: Algérie: congrés du parti du FLN. Cahiers du communisme, Februar 1984, S. 110

¹³ Algérie, naissance d'une société nouvelle. Charte nationale du peuple algérien. Paris, 1976

¹⁴ Révolution africaine, Dezember 1982, Nr. 981

Methode, die verhindert, daß sich das Kapital in den Händen weniger anhäuft und zu einem das Volk unterdrückendem Mittel wird, zu akzeptieren.“¹⁵

Die Dokumente der FLN bestärken also in ihrer eigenen, die algerische gesellschaftliche Realität widerspiegelnden Formulierung die Wahl des Weges sozialistischer Orientierung. Gleichzeitig widerspiegelt sich in dieser eigenen, mit der nationalen Realität abrechnenden Formulierung, daß die Wegwahl noch nicht umkehrbar ist, daß noch nicht entschieden ist, ob die Entwicklung der Gesellschaft in (nationalen oder abhängigen) Kapitalismus oder in bestimmten sozialistische Orientierung umschlagen wird. Auf jeden Fall bezeugt die Geschichte des algerischen gesellschaftlich-politischen Kampfes auch, daß das revolutionäre nationalistische Kleinbürgertum gestützt auf die Volksmassen auf Grund der Lehren der politischen Praxis fähig ist, die sozialistische Orientierung nicht nur zu verteidigen, sondern auch weiterzuführen.

J. NAGY LÁSZLÓ:

A független Algéria társadalmi fejlődésének néhány jellegzetessége

(Rezümé)

A tanulmány a független Algéria társadalmi fejlődésének elsősorban a politikai vonulatát mutatja be, döntően algériai kiadványokra, FLN dokumentumokra támaszkodva.

Bemutatásra kerülnek az ún. Ben Bella korszak heves politikai küzdelmei, amelyek a társadalmi fejlődés neokolonialista útját (eviani szerződés) torlaszolták el.

Az ún. Bumedienn korszak a nagy átalakulások időszaka: jelentős iparosítás, mélyreható agrárreform, pártépítés. Ezen időszakban körvonalazódnak markánsan az algériai szocialista építés jellegzetességei. Ezeket több FLN — Párt Kongresszus is tömören úgy fogalmazta meg, hogy „szocializmus iszlám keretek között” vagyis nem konfrontálva az iszlámmal, hanem bizonyos — a társadalmi igazságosságra és a nemzeti identitásra vonatkozó jegyeinek felhasználásával.

Ma még nem dőlt el egyértelműen, hogy a szocialista orientáció meggyökeresedik-e vagy sem, mindenesetre a független Algéria, politikai küzdelmeinek eddigi története azt bizonyítja, hogy a társadalom építésében nem a kapitalista irányvonal erősödik.

¹⁵ Révolution africaine, Dezenber 1983, Nr. 1036

1. Die historischen Voraussetzungen der Gründung des KISZ

Die auf die Befreiung folgende demokratische Entfaltung des ungarischen Volkes veränderte auch die Jugendpolitik der Parteien — darunter die der Kommunistischen Partei (MKP- Ungarische Kommunistische Partei) — von Grund auf. Sie konnten vor allem mit der aktiven Teilnahme der Jugendlichen rechnen. Die Kommunistische Partei drang von Anfang an auf die Schaffung einer einheitlichen, demokratischen Jugendorganisation. Dies wurde aber — insbesondere, wenn man die Besonderheiten des Übergangs in Betracht zieht — zuerst in besonderen Organisationen der einzelnen Schichten verwirklicht. (In den Organisationen der Schichten der Arbeiter, der Bauern, des Hoch- und Mittelschulwesens sowie in der Pionierorganisation) (1944—48). Nach der Gründung der vereinigten ungarischen Arbeiterpartei (MDP — Partei der ungarischen Werktätigen) wurde der Gedanke der Bildung einer einheitlichen Jugendorganisation wieder zeitgemäß. Dem Beispiel des Komsomol in mehreren Beziehungen folgend, wurde in unserer Heimat 1950 *unter dem Namen DISZ* (Bund der werktätigen Jugend) eine einheitliche kommunistische Jugendorganisation geschaffen.

Die Geschichte der Tätigkeit des DISZ (1950—56), seine organisatorischen Lehren konnten wir — aus verschiedenen Gründen — nur zum Teil aufdecken. Jedoch kann man aus den bisherigen Analysen feststellen,¹ daß der DISZ gerade auf Grund seines Charakters die dogmatischen Übertreibungen und später die revisionistische Unsicherheit der MDP hauptsächlich kopierte und wiederholte. Davon sind die schwerwiegenden Fehler die „Verwischung“ der Rolle der Schichten, die Vorrangigkeit der führenden Rolle der Jugendarbeiter, die Umgestaltung der kulturellen und Sportarbeit zum Wettbewerb, später die Nachahmung des Personenkults sowie die „Ablösung“ der Bewegung durch Zahlen und Aktionen. Auch neben der Parteiführung der Jugendorganisation ist es verständlich, daß die auf annähernd eine Million Mitglieder angewachsene einheitliche Organisation ihrem Namen und Charakter nur teilweise entsprechen konnte. Gerade auf dem Gebiet der Jugend rief der Sturm der Konterrevolution zuerst das anfängliche Kümmeren um die Interessenvertretung, die Wichtigkeit der Diskussionen, das auch die Aufgaben des Alltags in Betracht ziehende politische Neudurchdenken hervor. (Oktober 1956)² Die Schwere und Bedeutung der Frage erhob sich im Verlaufe der politischen Konsolidierung mehrmals. Die erneuerte ungarische kommunistische Arbeiterpartei (USAP) schlug den Jugendlichen gegenüber Geduld, politische Überzeugungsarbeit vor. Später, im März 1957 beschloß sie erneut *die Gründung einer einheitlichen kommunistischen*

¹ Die Geschichte der ungarischen Jugendbewegung 1956—60

² Die Studenten und ihre Organisationen

*Jugendorganisation.*³ Die jüngeren Mitglieder der Kommunistischen Partei drangen — im Geiste der Beschlüsse der USAP — auf die Organisation des KISZ. Es war eine besondere Möglichkeit der Geschichte, daß die Funktion des Ersten Sekretärs von *Zoltán Komócsin*, der aus Szeged stammte, ausgeübt wurde, der schon im Herbst 1944 als aktiver Jugendarbeiter wirkte.⁴

Der KISZ grenzte sich schon bei seiner Gründung von den Fehlern der vorangegangenen kommunistischen Jugendorganisation (DISZ) ab. Gleichzeitig sah er die wesentlichen Voraussetzungen der Erneuerung in der Unterstützung des durch die Partei (USAP) verkündeten Zweifrontenkampfes, in der Fortsetzung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft.

Der bereits zitierte Beschluß der USAP faßte als erster die Lehren des DISZ zusammen: „Die Erziehungsarbeit des DISZ rechnete aber trotz der richtigen Zielsetzungen nicht genügend mit den altersbedingten Besonderheiten, der Unterschiedlichkeit des Bildungsniveaus der Jugend, mit den besonderen Ansprüchen einzelner Jugendschichten. Es nahm die Hilfe der erfahrenen Pädagogen nicht genügend in Anspruch. Die alte Parteiführung bereitete die im DISZ arbeitenden jungen Kommunisten nicht genügend auf die Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben vor. Die kommunistische Erziehung der Mitglieder der Organisation hielt mit dem erzwungenen Tempo der Erhöhung der Mitgliederzahl nicht Schritt.“⁵ Aus dieser kritischen Einschätzung zeichnete sich auch das Wesen der neuen Erwartungen heraus. D. h., es wurde die Betonung auf die Schichtenpolitik, die Zusammenarbeit der Jungen und der Älteren und den qualitativen organisatorischen Ausbau gelegt. Die für den KISZ formulierten Parteaufgaben boten in der gegebenen Periode der sozialistischen Erneuerung (1957—62) wesentliche Verwirklichungsmöglichkeiten.

2. Die Rolle des KISZ in der Periode der politischen Konsolidierung

Die allgemeine Aufgabe lautete:

„Die Hauptaufgabe des KISZ ist der Dienst am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. der Kampf innerhalb der Jugend um die Zielstellungen der Partei und die Erziehung der Jugend im kommunistischen Geiste.“⁶

Die Partei bot zu diesen durchaus nicht kleinen Aufgaben nicht nur Hilfe, sondern veranlaßte auch die Sicherung der materiellen Voraussetzungen der Aufgaben (Presse, Buchverlag, Klub- und Sportgeräte, Jugendlager).

Die neuen Voraussetzungen der erneuerten kommunistischen Bewegung auf internationalem Gebiet und der neue Elan beim Aufbau des Sozialismus in unserer Heimat sicherten breiten Schichten der ungarischen Jugend handelnde Aktivität, aufbauende Wirksamkeit. Von den Wirkungsgebieten der damaligen Bewegungsformen des KISZ verdienen Erwähnung: Arbeitslager zum allgemeinen Nutzen, das System der KISZ-Patronate, die Bewegung „Jugendbrigade der sozialistischen Arbeit“, die Verleihung des Titels „Jugendmeister seines Fachs“, die Bewegung „Jugend für den Sozialismus“ (ISzM), die Lesebewegung Attila József, politische Diskussionszirkel, Jugendakademien sowie die Killian-Zirkel zur Vorbereitung auf die Aufnahme in den KISZ.

³ Der Beschluß des der USAP vom 11. März 1957 über einige Fragen der Erziehung der Jugend und die Gründung der kommunistischen Jugendorganisation (KISZ)

⁴ Der Lebensweg Zoltán Komócsins. Ausgewählt und zusammengetellt von Mihály Perneki

⁵ siehe unter 3, S. 158

⁶ siehe unter 3, S. 159

Diese Aktionen drückten gut die berühmte Lösung des I. Kongresses des KISZ aus: *Mit Arbeit und Lernen für den Sozialismus!* (1960) In der Zeit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus (1962) zählte der KISZ mehr als 700 000 Mitglieder, hatte sich zu einer Massenorganisation entwickelt. Dieser Elan spiegelte die damaligen Ereignisse der sozialistischen Entwicklung wider. Die Möglichkeit des erneuerten sozialistischen Aufbaus berührte wirksam die gesamte Jugend und ihre besonderen Schichten. Die intensive Periode der Industrie, die dezentralisierte Industrieansiedlung außerhalb der Hauptstadt und einiger Industriezentren boten für die Arbeiterjugend ebenfalls neue Möglichkeiten. Die Ausbildung in der Industrie spezialisierte sich, es wuchs der Rang der Berufswahl.

Mit der sozialistischen Neuorganisation der Landwirtschaft wurde auch auf dem Dorf die Voraussetzung für die kulturelle und politische Erziehungsarbeit geschaffen. Die bis dahin in die Stadt strebenden Jugendlichen begannen nun auch auf dem Dorf wieder Arbeitsmöglichkeiten und Lebensbedingungen zu sehen und zu finden.

Für die Ausbildung mittleren Grades wurden neue Fachmittelschulen und Gymnasien eröffnet. Die Jugendlichen der Mittelschulen wurden fast vollständig zu KISZ-Mitgliedern erzogen. In dieser Arbeit zeigten die Pädagogen der Schulen und die Jugendleiter der Killian-Zirkel bedeutende Aktivität.

In der Hochschulausbildung wurde bei den Aufnahmeprüfungen der politisch unterscheidende Charakter der Abstammungskategorien gestrichen. Seit 1963 können die dafür würdigen Kinder jeder Gesellschaftsklasse und -schicht weiterlernen. In der ersten Hälfte der 60er Jahre war die Mehrheit der an Hochschulen studierenden Jugendlichen ebenfalls Mitglied des KISZ!

Die wichtigsten Interessenvermittler zwischen der USAP und dem KISZ konnten die jungen Parteimitglieder sein. 1966 wurde die Kandidatenzeit beseitigt, die Altersgrenze auf 18 Jahre festgesetzt. Auch auf politischem Gebiet wuchs das Vertrauen, dessen neueres Zeichen das Recht der KISZ-Grundorganisation war, Parteimitgliedschaft zu empfehlen.

Die USAP wollte also ihre jugendpolitischen Bestrebungen in erster Linie in ihrer Jugendorganisation, *im KISZ und mit Hilfe des KISZ* verwirklichen. Diese Überlegung war 1957 nicht nur prinzipiell richtig, sondern auch ihre praktischen Voraussetzungen schienen gesichert. Ab Mitte der 60er Jahre wurde die praktische Realisierung der verkündeten politischen Zielstellungen schwieriger. Der KISZ konnte insgesamt 30% der Jugendlichen in seinen Tätigkeitsbereich einbeziehen, und dieses Verhältnis war unter den Jugendlichen über 20 Jahre noch kleiner. Es wurden neue Aktionsprogramme formuliert, die auf bessere Arbeit, auf größeres Wissen drangen. (1966) Gleichzeitig lebten im organisatorischen Leben die Diskussionen Massenorganisation oder Vortrupp wieder auf, wurden sogar, verglichen mit dem Beginn, noch heftiger. Die die neue Lage auswertende Stellungnahme betonte, daß die kommunistische Jugendorganisation Rechte gibt, gleichzeitig aber auch von ihren Mitgliedern fordert. In diesem Interesse erwartet die KISZ-Organisation, daß die Grundorganisationen *jährlich die Tätigkeit ihrer Mitglieder auswerten*, und ebenfalls jährlich — gerade dies in Betracht ziehend — das Mitgliedsverhältnis erneuern. Die den einzelnen Mitgliedern geltende Organisationsarbeit steigerte die individuelle Gemeinschaftsarbeit und den Interessenschutz. Mit der jährlichen geheimen Wahl der Leitungen wollte man ebenfalls das Organisationsleben wirksamer machen.

Mit den 1966 begonnen *FIN (forradalmi ifjúsági napok)* — *revolutionäre Jugendtage*) wollte man die Erneuerung des politischen Lebens anstreben. Die besten progressiven geschichtlichen Jahrestage der ungarischen Geschichte fanden merkwürdigerweise immer im Frühjahr. statt und folgen auch in ihrer geschichtlichen Reihenfolge

dem Bogen der Entwicklung. So bedeuten der 15. März, der 21. März und der 4. April den Beginn der ungarischen Unabhängigkeit und des Freiheitskampfes (1848), den Ausruf der ungarischen Räterepublik (1919) und die Befreiung vom Faschismus. In diesen geschichtlichen Kämpfen behauptete sich die ungarische Jugend beispielhaft und kann auch für die heutige Jugend sowohl auf nationalem als auch internationalem Gebiet ein zu bewahrender Wert, wegweisendes Beispiel sein. Auch deshalb werden die jungen KISZ-Mitglieder zu den Feierlichkeiten am 21. März feierlich aufgenommen.

Der Regierungsbeschluß zum *Interessenschutz*, der in jeder die Jugend berührenden Frage auf die Meinung des KISZ zählt (und diese auch fordert), wollte der 10 Jahre alten Organisation des KISZ neue Möglichkeiten schaffen. Der entsprechende Kongreß des KISZ (1967) formulierte, daß die Schaffung einer zeitgemäßen Bildung nicht nur Aufgabe der Schule ist. Hier gelangten auch die Erneuerung des ungarischen Wirtschaftslebens (neuer Wirtschaftsmechanismus) und die aktive Teilnahme der Jugendlichen an diesem Prozeß auf die Tagesordnung.

Mit den Möglichkeiten einer Erneuerung des wirtschaftlichen Lebens konnte auch der Interessenschutz der Jugendlichen auf immer neuen Gebieten intensiver gestaltet werden. „Der vollständige Aufbau des Sozialismus ist Interesse und patriotische Pflicht der Jugend.“ — lautete die neue Losung. (1967) Im Interesse der Jugend konnten wirklich *neue Aktionen beginnen*: Schaffung von Jugendclubs, Initiierung und Organisierung des Wohnungsbaus, Schaffung von Reise- und Erholungsermäßigungen.

Parallel zur Steigerung der Funktion der Interessenvertretung verstärkte sich der politische Charakter des KISZ nicht in dem erwarteten Maße. Der bereits zitierte Kongreß setzte die Stärkung des *sozialistischen Bewußtseins* der Jugend, die erfolgreiche Aneignung des Marxismus/Leninismus, die wirksamere Protagierung der Politik der Partei zum Ziel. Das ZK der USAP setzte 1970 in vollem Einklang mit den gesellschaftspolitischen Zielen *einige Fragen der Jugendpolitik* auf die Tagesordnung.⁷ Die Analyse untersuchte, welche neuen Aufgaben auf Grund der zwischen 1957 und 1970 erreichten jugendpolitischen Ergebnisse und Mängel gestellt werden können und müssen. Das Parteidokument, welches großes gesellschaftliches Echo fand, faßte wie folgt zusammen: Die 1957 gegründete Organisation des KISZ gab eine gute Grundlage zur sozialistischen Erziehung der Jugend; gleichzeitig muß diese Erziehung zur *Sache der ganzen Gesellschaft* gemacht werden. Es muß bewußt gemacht werden, betonte der Parteibeschuß, daß die Jugend nicht nur eine zu erziehende, zu formende, sondern auch eine der Aktivität bedürftende gesellschaftliche Schicht ist. In diesem Sinne wurden Aktivität der Jugend, Demokratismus und deren neue Schauplätze untersucht: „Diese Tätigkeit muß in erster Linie Selbsterziehung, eine durch eigene praktische Erfahrungen vonstatten gehende Erziehung sein. Es besteht die Notwendigkeit solcher kommunistischer Gemeinschaften, die in den „gesellschaftlichen Stromkreis“ eingeschaltet sind und in ihren Mitgliedern kollektive, vor allem politische, Erlebnisse vermitteln.“⁸

Die Partei erwartete im allgemeinen von den Mitgliedern des KISZ das politische Erlebnis, die gesellschaftliche Erfahrung. Gleichzeitig schlug sie auch den KISZ-Organisationen gegenüber die Erweiterung der Parteaufträge vor.

Auf dem Gebiet der *Führung des KISZ durch die Partei* wurden neue Vorschläge und Angebote gemacht, die die elastischen Möglichkeiten der unmittelbaren Führung

⁷ Einige Fragen der Jugendpolitik der Partei Die Sitzung des ZK der USAP vom 18/19. Februar 1970

⁸ siehe unter 7, S. 66

und das gegenseitige Vertrauen betonten. Auf gesellschaftlichem und staatlichem Gebiet schließlich beschloß die Partei neues Durchdenken, die Schaffung materieller und technischer Voraussetzungen. Im Sinne der neuesten Beschlüsse entstand 1971 das *Jugendgesetz*, das durch das Parlament bekräftigt wurde. Nach dem Gesetz wurden auch zahlenmäßig mehr Jugendliche unter 30 Jahre in die gesellschaftlichen leitenden Körperschaften und die des öffentlichen Lebens einbezogen. Es entstand das Staatliche Jugendkomitee auf Landesniveau; in der KISZ-Organisation wurden die Schichtenräte ausgebaut.

Es wurden neue Versuche zur Umgestaltung des inneren organisatorischen Lebens des KISZ begonnen. Allerdings ist im nachhinein festzustellen, daß die automatische Ablösung der Klassengemeinschaften durch vertikale Rahmen nicht unbedingt zu neuen Ergebnissen führt. Die Organisationsdiskussionen waren insbesondere in den Kreisen der lernenden Jugend sehr lebhaft, wo die Organisiertheit fast vollständige Mitgliederzahl bedeutete.

Der Beginn der 70er Jahre brachte der ungarischen Gesellschaft als Ganzes bedeutende Veränderungen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbesserten sich, das Lebensniveau stieg. Dies bezog sich auch auf die Jugendlichen unter 30 Jahre, die mehr als 40% der Gesellschaft ausmachten.

4. *Interessenvertretung und politische Aktivität*

Das neue Forum der Jugendinteressenvertretung, das *Jugendparlament*, wurde ab 1974 in das öffentliche Leben der Gesellschaft eingebaut. Die politischen Aktionen wurden hauptsächlich auf dem Gebiet der internationalen Solidarität stärker, wie z. B. die Unterstützung Vietnams und Chiles, ungarisch-sowjetische Freundschaftsfestivals, Friedensinitiativen usw. Gleichzeitig wurde spürbar, daß *die politische Aktivität der KISZ-Mitglieder* in ihrer Gesamtheit dennoch hinter dem gewünschten und erreichbaren Niveau zurückblieb. Dies veranschaulichte der Beschluß des ZK des KISZ von 1974, der diesen Themenkreis analysierte.⁹ Der sogenannte Aprilbeschluß wünschte den kommunistischen, politischen Charakter des KISZ zu verstärken. Im Kampfsjahr erwartete man von jedem Mitglied einen persönlichen Auftrag. Zur Forderung wurde auch die Veränderung und Unmittelbarergestaltung des Arbeitsstiles des KISZ. Die Killian-Probe und das Patronatsystem bekamen wieder eine Rolle. Der Charakter der politischen Ausbildung veränderte sich, die Rolle der Grundorganisationen verstärkte sich. Der folgende Kongreß des KISZ erhob 1976 diese gut beginnenden Initiativen zur allgemeinen Erwartung.

Dieser Kongreß tagte in der Phase der friedlichen Koexistenz und in einer noch Aufschwung zeigenden Periode der wirtschaftlichen und politischen Erneuerung in unserer Heimat. Die Programme formulierten deshalb *Perspektiven, die vielleicht optimistischer als die Realität waren*. Letztere wurden auch durch die Programmdeklaration der USAP über den entwickelten Sozialismus bekräftigt. (1975) Auch der letzte Kongreß des KISZ (1981) zeigte bestimmte Widersprüche der Programmpläne und der Realität. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Erwartungen machte der *X. Kongreß des KISZ* vorsichtige Vorschläge und rief zu gewissen „Reformen“ auf.¹⁰ Wir zitieren: Der Zusammenklang zwischen den Bedürfnissen der Volkswirtschaft

⁹ Für die Steigerung der ideologisch-politischen Wirkung des KISZ und die Verstärkung seines komm. Charakters Beschluß des ZK des KISZ, 17/18. April 1974

¹⁰ Siehe ...

und der Ausbildung von Fachkräften soll verbessert werden, wir schlagen eine Untersuchung der Einkommensverhältnisse der am Beginn ihrer Laufbahn stehenden jugendlichen Intellektuellen vor, die Schülerarbeit mit Bedarfscharakter muß entsprechend entlohnt werden. Wir unterstützen die auf Unternehmung bruhende Arbeit usw.

Die Verwirklichung jedes kleineren oder größeren Vorschlages, der sich auf die wirtschaftliche Aufbauarbeit bezieht, ist abhängig von der Arbeit der verschiedenen staatlich-gesellschaftlichen Organe. Diese Feststellung ist im großen und ganzen auch auf dem Gebiet *des gesellschaftlichen und individuellen Interesses* gültig. Die Propagierung der idealen sozialistischen Lebensweise als Lebensideal ist nämlich relativ schwierig für die Organisation des KISZ, wenn die Praxis des Alltags dem oft widerspricht. Die interessenorientierte Vermittlung der Werte kann jedoch eine grundlegende Aufgabe des KISZ sein. Dies hat besonderes Gewicht im Jugendalter, das für alles Neue aufnahmebereit ist und oft der Aktivität bedarf. Auf diese Grundprinzipien machen auch die Vertreter der Wissenschaft mit Nachdruck aufmerksam.¹¹

Gegen Anfang der 80er Jahre entstanden die ersten umfassenderen, wissenschaftlichen Analysen, die das Verhältnis der ungarischen Gesellschaft und der Jugend zueinander aufzeigten. Besondere Betonung erangte die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Rolle und des Platzes des KISZ und der gegenwärtigen geschichtlichen Periode.¹²

Im letzten Jahrzehnt müssen wir auch in unserem Land mit eigentümlich neuen Erscheinungen rechnen. Entsprechend den konsequenten politischen Vorstellungen der USAP setzen wir die wirtschaftlichen Reformen, die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, die Erneuerung des politischen Systems fort. Diese Tendenzen können sich zwar auf längere Sicht in der Hauptsache gut ergänzen, können aber auch in kürzeren Perioden im Gegensatz zueinander stehen. Diese eigene Wechselwirkung kann man heute auch an der ungarischen Jugendpolitik wahrnehmen, deren eine bedeutende Tendenz im wirtschaftlichen Leben zu finden ist. Die Sozialpolitik ist nämlich auf dem jetzigen Niveau der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Bedingungen nicht in der Lage, auf jede Schicht Rücksicht zu nehmen. Deshalb begann der Beginn der Laufbahn oder die Gründung einer neuen Familie für Jugendliche, die in relativ ausgeglichenen Familienverhältnissen gelebt hatten, unter schwierigen Voraussetzungen. Die neuen Formen und Initiativen des Wirtschaftslebens bieten auch den Jugendlichen materielle Möglichkeiten, engen diese aber gleichzeitig ein und erschweren einige Seiten des Gemeinschaftslebens. Wir müssen die Möglichkeiten der Gegenwart und die Perspektiven der Zukunft im Bewußtsein dieses Übergangswiderspruches durchdenken. Wir müssen sagen, daß ernste Kraftanstrengungen unternommen werden bei der Ausarbeitung einer realen Politik der Partei, was sich im wesentlichen auch auf die Jugendpolitik bezieht.

5. Neue Ergebnisse und Widersprüche

Nach der Zusammenfassung der wissenschaftlichen Analysen und politischen Vorschläge setzte die USAP wiederum die *Jugendfragen* auf die Tagesordnung. (1984) Der bereits vorbereitete Diskussionsstoff zog in erster Linie die Ergebnisse und Widersprüche zwischen 1970 und 1984 in Betracht. Aus der Reihe der zeitgemäßen

¹¹ Unsere Wertsysteme

¹² Siehe letzteres in: Die ungarische Jugend in den 80 er Jahren

Dokumente ragt die Stellungnahme *zur ideologischen Arbeit des KISZ* heraus.¹³ Ihre wichtigsten Feststellungen: Die neuen Widersprüche der Entwicklung erschweren die ideologische Orientierung der Jugendlichen die Möglichkeiten und die Zukunft des Sozialismus lösen auch in unserem Land Diskussionen aus, in den Kreisen der Jugend sind die neuen Ergebnisse der Massenkommunikation und der wissenschaftlichen Forschung nicht genügend erschlossen.

Wir müssen die Jugend, darunter besonders die KISZ-Mitglieder bewußt für die alltäglichen Aufgaben *des sozialistischen Aufbaus* gewinnen. Eine Bedingung dafür ist die Sicherung einer wesentlichen Teilnahme am Handeln. Bewußtseinsmäßig müssen die fortschrittlichen Traditionen der nationalen Vergangenheit ein größeres Gewicht gewinnen, damit diese zu einer gemeinschafts- und wertbildenden Kraft werden.

Unsere im Sozialismus wirkenden *moralischen und menschlichen Werte* (Gleichheit der gesellschaftlichen Chancen, Entwicklung der Demokratie, individuelle und kollektive Initiative, Selbsttätigkeit, Verwirklichung der Interessen, Bestehen schaffender Kleingemeinschaften usw.) können nur im Frieden verwirklicht werden. Wir müssen in der Jugend — wenn nötig, auch heftige Diskussionen auf uns nehmend — die Zielstellungen der Partei klären, müssen uns um die Annäherung von Wort und Tat bemühen. *Der KISZ erwartet von seinen Mitgliedern*, daß die Jugendlichen zu überzeugten Vertretern des Sozialismus werden und dazu sich die notwendigen theoretischen Kenntnisse und die Praxis im öffentlichen Leben aneignen. Es ist zweckmäßig, dies aktualisiert von Zeit zu Zeit neu zu durchdenken. Indem wir uns auf den 40. Jahrestag der Befreiung unserer Heimat und auf den programmgebenden Parteitag vorbereiten, werden auch für die Jugendlichen mehrere spektakuläre Aktionen durchgeführt.

Auf internationalem Gebiet schließlich können die Vorbereitungen zum XII. Internationalen Jugendfestival die demonstrativen Möglichkeiten des Ausdruckes der Sehnsucht der Jugend nach Frieden erweitern. Dies alles kann selbstverständlich nicht die erfolgreiche Bewältigung der täglichen Obliegenheiten ersetzen. Mit dem vorherigen Diskussionsstoff wollte die USAP *die gesellschaftliche Lage der Jugend in ihrem Ganzen* überblicken. Diese Versuche sind nicht nur mit dem Anstieg der gesellschaftlichen Rolle der Jugend, sondern auch mit einer Veränderung der Größenverhältnisse zu erklären. Wir zitieren die wichtigsten Kennziffern: 1980 betrug die Anzahl der Einwohner zwischen 14 und 29 Jahren in Ungarn 4,7 Mio, das sind 44% der Gesamtbevölkerung. In den letzten Jahren ist eine starke Abnahme kennzeichnend. Bei den Facharbeitern ist der Anteil der Jugendlichen auch weiterhin sehr hoch, (45%) gleichzeitig sank er aber bei den geistig Beschäftigten (35—27%). Bereits die obigen Zahlen machen den Charakter der Berufswahl, die Sorgen des Laufbahnbeginns und die z. T. ungelösten Wohnungsprobleme deutlich. Dabei sind zahlreiche Widersprüche nicht für die Jugend kennzeichnend, sondern die Widerspiegelung der allgemeinen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse in den jugendlichen Altersklassen.¹⁴

Das des ZK der USAP bemühte sich neben der Skizzierungen der allgemeinen Situation auch darum, die besonderen Abweichungen darzustellen. Die Weiterentwicklung der Jugendpolitik ist ein reales Bedürfnis. Der Beschluß des ZK der USAP von 1970 ist in seinen Grundlagen auch heute noch gültig., da seine Hauptprinzipien zeitbeständig sind; mehrere Punkte warten jedoch auch weiterhin auf eine Lösung,

¹³ Der Standpunkt des ZK des KISZ im Januar 1984 zu zeitgemäßen Fragen, sein Beschluß über seine Aufgaben im Zusammenhang mit der Verbesserung der ideologischen Arbeit des KISZ.

¹⁴ Die Hauptcharaktere und Konflikte des selbständigen Lebens- und Laufbahnbeginns der Jugend.

so zB. die Wiederherstellung des Gewichtes der familiären Erziehung, die Verbesserung der sozialen Schülerversorgung, die Hilfe bei der Erlangung eigenständiger Wohnungen, eine sinnvolle gesellschaftliche Arbeitsteilung bei der Erziehung der Jugend, ein organischeres Arbeitsverhältnis zwischen KISZ und USAP.

Der KISZ ist auch weiterhin die Jugendorganisation der Partei und arbeitet organisatorisch eigenständig unter ihrer politischen Führung. In den letzten Jahren sank die Organisiertheit hauptsächlich im Kreis der Jugendlichen in der Hochschulbildung in bedeutendem Maße. Der Anteil zum letzten KISZ-Kongreß (1981) an der Unterteilung der Jugend in Altersgruppen ist von den etwa 900 000 Mitgliedern ungefähr zu dritteln; gleichzeitig *in den einzelnen Schichten außerordentlich abweichend*. So setzt sich zB. das aus der Altersgruppe von 14—23 Jahre genommene Drittel wie folgt zusammen: körperlich Arbeitende 22%, nicht körperlich Arbeitende 55%, Mittelschule 72%, Studenten der Universitäten und Hochschulen 81% KISZ-Mitglieder. Das Absinken auf dem Gebiet des Hochschulwesens (von Fall zu Fall bis auf die Hälfte des Standes) kann nicht nur Mißtrauen gegenüber der Jugendorganisation, sondern auch den Prestigeverlust einiger intellektueller Laufbahnen (hauptsächlich der pädagogischen und technischen) und die Schwierigkeiten der Stellungssuche und des Laufbahnbeginnes signalisieren. Deswegen gestaltet sich auf diesem Gebiet die interessensvermittelnde und -vertretende Funktion des KISZ um. Die Verwirklichung der Schichtenpolitik, sei es eine wirksamere Abtrennung der Organisation in ihrem Ganzen, ist nicht nur eine neue Möglichkeit, sondern kann auch Quelle neuer Ergebnisse sein.

6. Die Funktion des KISZ in Ungarn heute

Der KISZ ist in unserem Lande heute die Jugendorganisation der USAP. Daraus folgt, daß er ideologisch gesehen eine kommunistische, organisatorisch gesehen eine Massenorganisation ist. Seine Zielstellungen werden auch heute noch durch den Beschluß von 1957 bestimmt, d. h. der Dienst am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und der Kampf um die Zielstellungen der Partei im Kreise der Jugend. Diese pathetisch erscheinende Erwartung bedeutet, sich in Arbeit und Studium gleichermaßen zu behaupten. Im KISZ ist die persönliche politische Beispielwirkung der jungen Kommunisten (dieses Verhältnis lag 1980 bei 13%) bedeutend. Gleichzeitig können sie eine wichtige orientierende Rolle zwischen den beiden Organisationen (KISZ und USAP) einnehmen.

Es ist ohne Zweifel, daß in den letzten Jahren auch im KISZ die Rolle des *Interessenschutzes*, der Interessenvertretung wuchs. Zeitweise entsteht die Frage, ob diese Funktion nicht den politischen Charakter, die ideologische Bildung, die gesellschaftliche Aktivität verdrängt. Unserer Interpretation nach trennen sich diese beiden Gebiete nur scheinbar voneinander, aus diesem Grund ist auch ihre Widersprüchlichkeit schwer zu glauben. Es kann jedoch fraglich sein, ob der KISZ seine grundlegenden Funktionen (d. h. wenigstens seine Aktivität politischen und interessensvertretenden Charakters) nur in Bezug auf seine Mitglieder oder auf die zwei Drittel größere Gesamtheit der ungarischen Jugend gesehen ausüben will. Die Praxis und bestimmte prinzipielle Überlegungen streben ebenfalls an, daß der KISZ letztere Erwartung nur in ganz allgemeinen Grundprinzipien erfüllen kann.

Unserem Urteil nach können die so gewonnenen Energien die derzeitige Arbeit des KISZ wirksamer machen und lassen gleichzeitig anderen Jugendorganisationen

¹⁵ Der Bericht des ZK an den X. Kongreß des KISZ. Daten über den KISZ.

Raum und Möglichkeiten. Es mag als politisch evident erscheinen und ist trotzdem zweckdienlich festzustellen, daß eine den Grundprinzipien des Sozialismus entgegengesetzte Organisation auch in jugendlichem „Gewand“ nicht arbeiten kann. In diesem Bewußtsein kann sich gleichzeitig die Sektion der staatlichen und gesellschaftlichen Organe verstärken.

In der inneren Organisation des KISZ müssen wir wirksamer als bisher auf die Rolle der *erhaltenden Kleingemeinschaften* bauen. Es ist Fakt, daß sich die Rolle der Kleingruppen in den verschiedenen Perioden unserer gesellschaftlichen Entwicklung verändert hat. Die multifunktionalen (d. h. also verschiedene Bedürfnisse befriedigenden) Kleingruppen können heute und in Zukunft neue Kräfte freisetzen. Wir können ihre Organisation auf alte Art und Weise unterstützen, als wir die formell geschaffenen Grundorganisationen wirksamer machen wollten, können dies aber auch auf neue Art tun, als wir den Rahmen des KISZ auf die Zirkel aufziehen wollten. Jedoch hilft vielleicht richtig erst der vernünftige Zusammenklang von *Organisation und Selbstorganisation*. Gleichzeitig darf dies nicht überlassend-liberale Leitung bedeuten. Darauf weisen auch die Sachverständigen der Gruppenforschung hin: „... die Menschengruppe ist kein ideologisches Gebilde, sondern ontologische Realität. Die Gruppe existiert als reales gesellschaftliches Gebilde, und ihre Existenz ist nicht identisch mit der einfachen Menge Ihrer Mitglieder, der einfachen Menge ihrer individuellen Existenz und ihres Verhaltens.“¹⁶

Wenn sich die Leiter des KISZ, die Jugendverantwortlichen der Partei auch dieses Satzes bewußt sind, dann wird auch die Leitung und Tätigkeit der Organisation wirksamer werden. Dadurch kann sich die Erwartung der USAP und auch das individuelle Interesse der KISZ-Mitglieder verwirklichen. Diese Dualität verlangt ebenfalls ernste Konsequenz, verspricht aber auch nicht wenig. Die Aufnahme, Meldung und spätere Tätigkeit der Jugendlichen im KISZ kann nur dann freiwillig bleiben, wenn die Ziele und die Organisation als Ganzes anziehend, farbig und jugendlich sind. Es wird sich auszahlen.

7. Die ungarische Jugend und die Gesellschaft

Mit dem obigen meinen wir ausreichend bewiesen zu haben, daß heute in Ungarn die Gesellschaft als Ganzes für die Jugend als Ganzes verantwortlich ist. Diese allgemeine Erwartung hat noch eine schwere Überleitung und auch neue Sorgen entstehen lassen. Die Partei betrachtet das Gewicht der Verantwortung zuerst als ihr eigenes; ihr politischer „Arbeitskollege“ in der Vermittlung ist die Organisation des KISZ.

Auch heute verfeinert sich die weitere Arbeitsteilung auf gesellschaftlichem und staatlichem Niveau. So beginnen zB. der Landesfriedensrat, die Gesellschaft für ungarisch-sowjetische Freundschaft, die Nationalitätenbünde, neuerdings auch der Landesrat der Gewerkschaften usw. neue Möglichkeiten auszunutzen. Die verantwortlichen Leiter der staatlichen Arbeitsplätze schließlich können besondere Verantwortung für die Jugend — in erster Linie natürlich im Rahmen ihrer eigenen Betriebe und Einrichtungen — ausüben. Insgesamt müssen wir aber zuallererst eine *reale Perspektive*, ein zu erreichendes Bild von der Zukunft aufzeigen. Unser sich auf reale Lagekenntnis gründende Programm ist die wichtigste Sicherung dafür, daß es weniger Wertstörungen und Mangel an Identifizierung geben wird. Gerade deshalb ge-

¹⁶ Das Dilemma der Kleingruppenforschung

nügt es heute nicht mehr, zu sagen, daß man die Jugend im sozialistischem Geist erziehen muß. Diese Erwartung kann erst dann zu einem funktionierenden Programm werden, wenn wir in der Kontinuität der sozialistischen gesellschaftlichen Entwicklung den organischen Prozeß des *Erwachsenwerdens der Jugendlichen* garantieren. Wie einer der verantwortlichen Sachverständigen (István Huszár) formulierte: „Die Jugendpolitik ist ein strategisches Element der Gesellschaftspolitik der Partei, aber nur Element, deshalb kann man die Jugendpolitischen Aufgaben nur im Rahmen eines gesellschaftspolitischen Programms in längerer Perspektive wahrnehmen. Ihre organische Einfügung in die breiteren wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programme bedeutet also nicht, daß wir Möglichkeiten für die Verbesserung der gesellschaftlichen Lage der Jugend notwendig gewordenen Schritte innerhalb des Rahmens davon unabhängig ausgearbeiteter Programme suchen.“¹⁷

Diese Garantie schließlich kann auf längere Sicht nicht nur die jugendpolitischen Fragen lösen, sondern unterstützt auch die dynamische Entwicklung der Gesellschaft. Und schließlich ist dies das Ziel unserer in Jugendfragen empfindlichen Gesellschaft. Die perspektivischen Ziele und täglichen Jugendinteressen unserer sozialistischen Gesellschaft sind also immer besser als bisher annäherbar, ihre Aufgaben verwirklichtbar.

MICHELLER MAGDOLNA

Az MSZMP ifjúságpolitikai törekvései (1957—1984)

Rezümé

A szerző tanulmánya az MSZMP ifjúságpolitikai törekvéseit történeti folyamatában és elsősorban ifjúsági szervezetének (KISZ) tevékenysége tükrében vizsgálja.

Bemutatja a KISZ (Kommunista Ifjúsági Szervezet) zászlóbontásának történelmi körülményeit, a KISZ szerepét a politikai konszolidáció időszakában. Majd a KISZ funkcióinak módosulásait elemzi, amikor is a közösségteremtés, politikai képzés mellett az érdekvédelmi szinterek is fel erősödtek.

A tanulmány második része az újabb eredményeket és ellentmondásokat veszi sorra. A helyzet-elemzés a nyolcvanas évek magyar ifjúságának tudományos háttéranyagára és mozgalmi dokumentumokra épül.

A tanulságok sorában a KISZ mai funkcióit gondolhatjuk újra, s szélesebb képet kapunk az ifjúság és a társadalom mai ellentmondásairól, s a lehetséges kibontakozás biztató távlatairól.

¹⁷ Jugend und Gesellschaft

DIE PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTLICHE BAUERNSCHAFT

in Ungarn

Nach der Befreiung bewirkten zwei revolutionäre Prozesse wesentliche Veränderungen in den Klassenverhältnissen der ungarischen Bauernschaft.

Der eine war die demokratische Agrarrevolution in der ersten Phase der demokratischen Volksrevolution, die das Grundbesitzsystem feudalistischen Ursprungs zerschlug und dabei auch dem Landkapital einen schweren Schlag zufügte. In Ungarn wurde eine demokratische Bodenreform vorbereitet, die geschichtlich, politisch und gesellschaftlich notwendig war. Die *wirtschaftliche Notwendigkeit* war begründet, da auf Grund der Kriegshandlungen das Getreide in den bedeutendsten Gegenden des Landes nicht eingebracht werden konnte, das Wintergetreide nicht ausgesät werden konnte und der Neuaufbau der Landwirtschaft nicht begonnen werden konnte. Die ehemaligen Ländarbeiter und Tagelöhner waren nur in der Hoffnung auf Landaufteilung bereit, die Einbringung des Getreides zu beginnen, des weiteren arbeiteten sie nur dann auf Großgrundbesitz, wenn sie das Gesamtergebnis ihrer Arbeit in Besitz nehmen konnten. Die Neuorganisierung und der Neuaufbau der Landwirtschaft verlangten ebenfalls, daß anstelle des alten Systems des Großgrundbesitzes eine Produktion, die auf dem kleinbäuerlichen Besitz beruht, begonnen wird. Die durch den Krieg zerstörten Produktionsmittel konnten nur durch die Anwendung der kleinbäuerlichen Arbeitsmittel ersetzt werden.

Die *geschichtliche Notwendigkeit* folgte daraus, daß die bürgerliche demokratische Revolution (1848/49) eine Niederlage erlitten hatte und mit der Festigung der alten Besitzverhältnisse endete. Erst nach der Befreiung gelangte die Beseitigung der alten Besitzverhältnisse wieder auf die Tagesordnung.

Die sich entfaltende demokratische Volksrevolution erforderte notwendigerweise das Zustandekommen eines festen Arbeiter-und-Bauern-Bündnisses. Die arbeitende Bauernschaft nahm dieses Bündnis mit der Bedingung auf sich, daß das alte Großgrundbesitztum beseitigt wird. Die Bodenreform spielte sowohl im Programm der Provisorischen Nationalversammlung als auch im Programm der 1944 gebildeten Provisorischen Nationalregierung eine Rolle. Der 1945 ausgearbeitete Bodenreformplan schließlich arbeitete genau die Art und Weise der Durchführung, das Maß der Länder, die in Anspruch genommen werden konnten, aus und — und dies ist das Wesentliche — ermächtigte die aus der armen Bauernschaft entstandenen Volkskommissionen mit der Durchführung. Für den gesamten Prozeß der Umgestaltung wurde der Prozeß landproletarischen Charakters kennzeichnend. Im Laufe der Durchführung überschritt die Agrarumgestaltung den Rahmen der Reform, wurde zu einer demokratischen Agrarrevolution, die den alten Großgrundbesitz von Grund auf beseitigte und die landarmen Bauern zu Kleinbesitz gelangen ließ.

Demnach änderten sich die *ungesunden Besitzverhältnisse* und damit die bäuerlichen Gesellschaftsverhältnisse. Der Großgrundbesitz feudalen Ursprungs stand der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im Wege. Eine der herrschenden Klassen Ungarns verlor ihre wirtschaftliche und politische Macht. Jene nationale Einheit, die Ende 1944 entstanden war, beschloß die Beseitigung des Großgrundbesitzes. Die aus der armen Bauernschaft entstandenen Volksorgane führten in Ungarn entsprechend ihren eigenen Interessen — in Inhalt und Form — konsequent und mit revolutionären Mitteln die erste revolutionäre Agrarumgestaltung durch. Dieser Prozeß bildete einen Bestandteil der demokratischen Volksrevolution und war eine Bedingung für die Entfaltung und den Sieg der Revolution. Es entstand ein festes Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Landproletariat. Gemeinsam beschlossen sie die demokratische Agrarrevolution, führten sie gemeinsam durch und schützten sie gemeinsam.

Die Agrarumgestaltung brachte auch im Aufbau der bäuerlichen Gesellschaft Veränderungen. Eine bedeutende Anzahl von Landarbeitern und Tagelöhnern bekam Land. Die Besitzlosen wurden zu Kleineigentümern. In der Landwirtschaft wurde das kleinbäuerliche Besitztum zur herrschenden Form. Dieses Besitztum ist aber als begrenztes Privateigentum zu betrachten, da es den Eigentümer und seine Familie dazu veranlaßte, sein Land zu bearbeiten. Wer dies versäumte, mußte auf sein Eigentum verzichten. Es wurde auch das An- und Verkaufsrecht von Boden begrenzt, der Staat behielt sich das Erstkaufsrecht vor. Das neue Eigentum konnte also nicht zu Kapitaleigentum werden. Während der landwirtschaftlichen Umgestaltung erhielten 640 000 Bauernfamilien Land. Dadurch wurden aber nicht sämtliche berechtigten Bedürfnisse befriedigt. 35,6% der Landbedürftigen, die auf Grund des Gesetzes über die Bodenreform berechtigt waren, Land in Anspruch zu nehmen, bekamen kein Land. Aber auch so spielte diese Agrarumgestaltung eine entscheidende Rolle bei der Festigung des Arbeiter-und-Bauern-Bündnisses. In dieser Periode kann man den Neuaufbau der Landwirtschaft nicht anders durchführen als mit der aktiven Mitarbeit der „kleinbäuerlichen Produktionskräfte“ jenes Teils der Bauernschaft, der über neuen Boden verfügt. Allerdings waren auch schon während der Durchführung der „Reform“ bestimmte Widersprüche erkennbar. Die erste Agrarrevolution löste die Probleme der Landwirtschaft und der Bauern nicht endgültig. In dieser Periode wurde die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung schon offenbar. Dies ist ein innerlich zusammenhängender Prozeß. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes folgte ebenfalls aus den Notwendigkeiten. Die erste, die demokratische Agrarrevolution schließlich schuf neue Notwendigkeiten und die Bedingungen für einen neuen Prozeß höheren Niveaus, die Voraussetzungen der sozialistischen Agrarrevolution. Diese zweite Agrarrevolution gestaltete die früheren Verhältnisse der Bauernschaft von Grund auf um.

In Ungarn wurden schon 1944/45 bestimmte Genossenschaften geschaffen. Die Historiker nennen diese Notgenossenschaften. Der Mangel an Produktionsmitteln veranlaßte die zu Land gelangten Bauern, sich im Interesse der Bearbeitung der Felder zusammenzuschließen. Im Interesse des ungestörten gemeinsamen Arbeitens schufen sie eigene genossenschaftliche Regeln. Als der Notstand behoben wurde, wurden diese Notgenossenschaften unzeitgemäß und „zerfielen“. Nach dem Neuaufbau der Landwirtschaft nach dem Krieg, also nach 1950 stellten, — nun auf höherem Niveau — neue Bedürfnisse den Zusammenschluß auf die Tagesordnung. Jedoch waren damals — 1950 — nicht sämtliche objektive und subjektive Voraussetzungen für die genossenschaftlichen Formen auf höherem Niveau gegeben. Die in die Genossenschaft eintretenden Kleinbauern brachten einen gewissen Anteil ihrer Produk-

tionsinstrumente in die Genossenschaft. In den gemeinsamen Wirtschaften entstand ein gewisses Gemeineigentum. Es stellte sich aber bald heraus, daß die kleinbäuerlichen Mittel nicht zu geeigneten Mitteln der Ausbildung großbetrieblicher Wirtschaften sozialistischen Typs werden konnten. Sie mußten innerhalb kurzer Zeit ausgesondert werden. Das neue Produktionsgenossenschaftliche Eigentum entstand erst als Ergebnis des beim gemeinsamen Wirtschaften entstandenen genossenschaftlichen Eigentums auf höherem Niveau; die neuen Arbeitsinstrumente wurden erst im Ergebnis der gemeinsamen Arbeit sowie bedeutender Unterstützung von staatlicher Seite geschaffen. Das neue Eigentum schuf neue Verhältnisse. Es veränderte sich die Eigentumsqualität der produktionsgenossenschaftlichen Bauernschaft. Die genossenchaftliche Bauernschaft entwickelte sich auf Grund dieses neuen gemeinschaftlichen Eigentums sozialistischen Typs und der entstandenen neuen Verhältnisse weiter, die auch in ihrer Klassenstruktur, in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, in ihrem Bewußtsein und ihrer politischen Haltung Veränderungen hervorriefen. Heute ist sie schon ein Glied der den Sozialismus aufbauenden Gesellschaft. Die neuen Umstände, die Bindung an das sozialistische Eigentum, die Zugehörigkeit zur neuen Gesellschaft formen weiter ihr Leben und ihre Weltanschauung. Die erste Lebensbedingung der Genossenschaftsmitglieder ist das gemeinschaftliche Eigentum. Die individuelle Wirtschaft und Produktion hängt vom gemeinschaftlichen Eigentum und von der in der Gemeinschaft geleisteten Arbeit ab. Die individuelle Wirtschaft ergänzt in den meisten Fällen „gesund“ die gemeinsame Wirtschaft und verschmilzt mit ihr. Sie bezieht die Familienmitglieder besser in die Arbeit ein und erhöht das Einkommen der Familie.

In Folge der Veränderung der Produktions- und in erster Linie der Eigentumsverhältnisse ist der Begriff der Bauernschaft, ihre alte Interpretation veraltet. Die Genossenschaftsmitglieder sind nicht mehr Bauern im Sinne der traditionellen Interpretation. Stufenweise sinkt der zahlenmäßige Anteil jener Mitglieder, die über Eigentum an Boden verfügen und gemeinsam mit ihren kleinbäuerlichen Produktionsmitteln eingetreten sind und auch heute noch aktive Arbeit leisten. In Hinsicht auf Arbeitseinteilung des auf der Vollversammlung aufgenommenen Genossenschaftsmitgliedes und die Art und Weise des Einkommens stehen sie dem landwirtschaftlichen Arbeiter nahe. Jedoch ist für sie die Mitgliedschaft in der Genossenschaft vorteilhafter als Angestellte zu arbeiten. Die Genossenschaftsmitglieder sind nach ihrer Arbeitseinteilung — und viele von ihnen auch nach ihrer Qualifikation — „Fachleute“, die in einem großbetrieblichen Fachbereich arbeiten. Auch dann leisten sie spezialisierte Arbeit und verfügen über entsprechende Produktionserfahrungen, wenn sie keinen Facharbeiterbrief besitzen. Die Mehrheit der ehemaligen Bauern, die jetzt noch in der Genossenschaft arbeiten, geht auf das Rentenalter zu. In den Genossenschaften wächst die Zahl und der Anteil der gut ausgebildeten Fachkräfte. Die gesellschaftliche Entwicklung der Genossenschaftsarbeiter (zur Klasse) hat die noch gar nicht so alte Auffassung überwunden, nach der sich eine „einheitliche genossenschaftliche Klasse“ ausbilden wird. Diese Klasse — nach der älteren Auffassung — kann sich nicht ausbilden. Die in den Genossenschaften Arbeitenden kann man — auch wenn sie in der Zukunft eine einige Klasse bilden — nicht als „genossenschaftsbauerliche“ Klasse bezeichnen. Die Mehrheit der Mitglieder, die ehemals Bauern waren, geht auf das Rentenalter zu oder ist schon Rentner bzw. genießt auf Grund ihrer genossenschaftlichen Arbeit oder des in die Genossenschaft eingebrachten Vermögens eine gewisse „Rente“. 1970 waren in Ungarn 49,2% der Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften inaktive Verdienner.¹ Das bedeutet, daß bis 1980 die bis 1962 in die Genossenschaften

eingetretenen Werktätigen fast vollständig Rentner bzw. Rentner der Genossenschaften wurden. In dieser Periode verliefen demnach zwei wesentliche Prozesse. Die „Pioniere“ der Produktionsgenossenschaften erlangten den Rentnerstatus, gleichzeitig entstand die große gesellschaftliche Gruppe der neuen genossenschaftlichen Werktätigen, die sich schon auf dem Boden der neuen, großbetrieblichen Produktionskräfte herausbildete und sich unter neuen Produktionsverhältnissen zu einer besonderen „Gruppe“ der den Sozialismus aufbauenden Gesellschaft, zur neuen „Klasse“ der sozialistischen Gesellschaft formte.

Diese beiden Prozesse veranschaulicht die folgende Tabelle:

Aktive Genossenschaftsmitglieder		Inaktive Genossenschaftsmitglieder	
1970	1980	1970	1980
100%	37,6%	28,1%	68,6%

Wenn wir die Anzahl der aktiv arbeitenden Mitglieder 1970 als 100 betrachten, so sank im Vergleich dazu ihr Anteil 1980 auf 37,6. Der Anteil der inaktiven Mitglieder stieg in derselben Zeit von 28,1 auf 68,6.

Die Anzahl und der Anteil der aktiven und inaktiven Erwerbstätigen in den Produktionsgenossenschaften

In Ungarn sank nach der Bildung der Genossenschaften der Anteil der Werktätigen in der Landwirtschaft bzw. in den Produktionsgenossenschaften in schnellem Tempo. 1970 war die Anzahl der genossenschaftlichen Werktätigen 857 234, bis 1980 war sie schon auf 598 700 gesunken. Davon betrug die Zahl der landwirtschaftlich physisch Beschäftigten 1970 694 472, 1980 346 350.

Von den genossenschaftlichen Werktätigen betrug die Anzahl der nicht landwirtschaftlich physisch Arbeitenden 1970 162 812, 1980 dagegen 251 350. Die Anzahl der unmittelbar produktionsleitenden genossenschaftlichen Werktätigen war 1970 22 089, 1980 9 000.

Anzahl und Anteil der genossenschaftlichen Werktätigen, bezogen auf die aktiven Erwerbstätigen

Bezeichnung	1970		1980	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Phys. Arbeitende davon:	857 284	17,2	597 700	11,8
in der LW	694 472	13,9	346 350	6,8
nicht in der LW	162 812	3,3	251 350	5,0
unmittelbare Produktionsleitung	22 089	0,4	9 000	0,2
aktive Werktätige in den LPG	879 373	17,6	606 700	12,0

Einer der Gründe für den Rückgang der Anzahl der genossenschaftlichen Werktätigen absolut und verglichen zur Gesamtzahl der aktiven Erwerbstätigen ist zweifellos das Abwandern der Werktätigen aus der Landwirtschaft in andere Zweige der Volkswirtschaft. Ein weiterer Grund dafür ist der Fakt, daß eine große Anzahl der Genossenschaftsmitglieder innerhalb von zwei Jahrzehnten die Rentenaltersgrenze erreichte und damit aus aktiven inaktive Verdienner, ihre Rente genießende Genossenschaftsmitglieder wurden. Wenn wir die statistischen Angaben vergleichen, können wir sehen, daß die Zahl der aktiv verdienenden Genossenschaftsmitglieder in Ungarn kaum die Anzahl der inaktiv verdienenden bzw. Rente beziehenden „Genossenschaftsmitglieder“ überschreitet. Von den Genossenschaftsmitgliedern waren 1980 495 450 Rentner. Unter den physisch Arbeitenden waren 484 350 Genossenschaftsmitglieder Rentner. Die Mehrheit der Mitglieder, die in den 50er Jahren und zu Beginn der 60er Jahre mit ihrem Land, ihren Mitteln und einem Teil ihres Tierbestandes in die LPG eintraten, also kleinbäuerlicher Abstammung sind, verdient heute nicht mehr aktiv. Neue Produktionsmittel lösten das alte Eigentum und die alten bäuerlichen Mittel ab. Die neuen Produktionsmittel entstanden schon im Ergebnis der gemeinsamen Arbeit. Eine neue Qualität schuf neue Verhältnisse auf höherem Niveau. Diese Veränderungen erzeugten keine Konflikte gesellschaftlichen Ausmaßes.

Inaktive Verdienner in den LPG

gesamt		495 450
davon:	physisch	484 350
	geistig	11 100

Die Genossenschaftsmitglieder im aktiven Alter

Der Großteil der Genossenschaftsmitglieder im aktiven Alter leistet den größten Teil seiner Produktionstätigkeit in den Genossenschaften. Ihr Leben und ihre Arbeitsbedingungen sind enger an die Genossenschaften gebunden. Ihre materielle und Besitzlage hängt in großem Maße davon ab, daß sie jene Möglichkeit erkannt und ausgenutzt haben, die sich in der gemeinsamen der in der LPG geleisteten gemeinsamen Arbeit und der individuellen Produktion und Absatz verbirgt.

Die maschinelle Arbeit drängte in der Landwirtschaft die traditionelle bäuerliche körperliche Arbeit in den Hintergrund. Die Maschinenarbeit und die Produktionssysteme sozialistischen Typs ziehen die jugendlichen Altersklassen mehr zur Landwirtschaft. In den Berufen, die größere technische und fachliche Kenntnisse erfordern, wächst stufenweise der Anteil der jüngeren Altersklassen. Die Maschine, die Technik und der Übergang zu industriemäßigen Produktionssystemen revolutionierten die Landwirtschaft und dies übt auf die jungen Altersgruppen eine größere Anziehungskraft aus als früher. Die Mehrzahl der aktiven Werktätigen arbeitet das ganze Jahr über in der gemeinsamen Wirtschaft. Der Anteil jener, die weniger als ein halbes Jahr in der LPG arbeiten, ist gering (16,7%).

In bestimmten Gegenden Ungarns, in erster Linie in den wein- und obstproduzierenden Gegenden bildeten sich sogenannte Fachgenossenschaften. Die zu den Fachgenossenschaften gehörenden Gebiete erstrecken sich auf 8,7% der gesamten

Bodenfläche der Genossenschaften. Ihr Reinvermögen wächst in schnellem Tempo, jedoch vertreten sie verglichen mit den LPG entwickelteren Typs einen kleineren Anteil. Ihre weitere Entwicklung ist durch das kontinuierliche Wachstum des Gemein- und des Reinvermögens möglich. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß die dem fachlichen Profil der Genossenschaften entsprechenden Produktionsflächen, die gemeinsam bearbeitet werden, im Ergebnis der Mitarbeit der Mitglieder und der gemeinsamen Arbeit erhöht werden.

Der Anteil der Bodenflächen, die in Privateigentum sind, ist gering. Das hängt damit zusammen, daß in Ungarn ein bedeutender Prozentsatz der Einwohner auf Einzelgehöften lebt. Ein Teil der Einzelgehöfte geht jedoch allmählich zugrunde, da sie nicht in Ordnung gehalten werden, ihr Baustoff allmählich zerstört wird, sie vernachlässigt werden und sie für die Gesellschaft nach und nach ihre Bedeutung verlieren. Heute ist allerdings die Mehrzahl der Einzelgehöfteunentbehrlicher Wohnraum und spielt in der Produktion eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Außerdem liefern sie auch Arbeitskräfte und eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe hält an ihnen fest. Die Beseitigung der Einzelgehöfte ist in Wirklichkeit ein allmählicher, stufenweiser Prozeß, und insofern die Bewohner der Einzelgehöfte fähig sind, gesünderen Wohnraum, angemessenere kommunale, soziale und kulturelle Bedingungen zu schaffen, werden die Einzelgehöfte noch auf lange Sicht eine Rolle spielen. Allerdings kann man nicht gleichgültig auf den „Untergang“ der Einzelgehöfte warten, da mehr als 30 000 Menschen auf Einzelgehöften leben, unter ihnen eine bedeutende Anzahl Schulkinder, insgesamt 21,1% der Bewohner von Einzelgehöften. Das Studium, das Weiterlernen, die Berufswahl und die geistige und Bewußtseinsentwicklung der Schulkinder bedarf der Fürsorge durch die Gesellschaft. 50,5% der Bewohner von Einzelgehöften sind aktive Werktätige. Von ihnen arbeiten 15,2% in der Industrie und in der Bauindustrie, 77,4% in der Landwirtschaft und 7,4% auf sonstigen Arbeitsplätzen. Insbesondere in solchen Gebieten, wo es keine Stromversorgung gibt oder wo sogar die Gehöftsschulen geschlossen wurden und es keine angemessene Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten gibt, ist die gesundheitliche und soziale Fürsorge schwieriger, die Versorgung mit Konsumgütern mangelhaft und der Verkehr langsamer. Die Genossenschaften können das Leben der Einzelgehöftsbesohner unterstützen und infolge dessen können sich ihr Allgemeinbefinden und ihre Lebensbedingungen verändern. Im übrigen konserviert die Welt der Einzelgehöfte die alten Bräuche und Traditionen und die kleinbäuerliche Denkweise und verlangsamt ihre Veränderung.

Zusammenfassung

1. Die in der Klassenstruktur der Bauernschaft eingetretenen Veränderungen hängen also mit dem Sieg der demokratischen Volksrevolution, des weiteren mit den Ergebnissen des Aufbaus des Sozialismus zusammen. Die demokratische Volksrevolution schuf das kleinbäuerliche Eigentum und das kleinbäuerliche Produktionssystem. Charakteristisch wurde das kleinbäuerliche Eigentum. Der Neuaufbau der Landwirtschaft konnte nur unter diesen Umständen realisiert werden. Diese Form schuf jedoch nicht die wichtigsten Voraussetzungen für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Die Voraussetzungen für die staatliche Unterstützung kamen nicht zustande und auch das Bewußtsein der Bauernschaft war noch nicht reif dafür, die sozialistische Umorganisation der Landwirtschaft in vollem Maße zu akzeptieren. Die Bauernschaft schützte 1956 dennoch die Produktionsgenossenschaften. Dabei spielte die Hilfe, die die sozialistischen Länder boten, eine große Rolle.

Wir bekamen eine so große Zahl an Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten von der Sowjetunion, der DDR, der CSSR, Polen, Bulgarien und andern Ländern, die wirklich die materiellen Voraussetzungen für die sozialistische Umgestaltung schufen.

2. Die Umgestaltung und die Veränderungen in der Klassenstruktur der Bauernschaft beschleunigten sich in den letzten Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus. Das gesellschaftliche Eigentum des wichtigsten Produktionsmittel und die sich daraus ergebenden neuen Verhältnisse beseitigten die Unterschiede, die sich aus der früheren Schichtung ergaben und noch eine Zeitlang erhalten blieben. Auf dem Boden der neuen Produktionsverhältnisse entstand eine neue gesellschaftliche Klasse, die ihren früheren Klassencharakter schon verloren hatte. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse begünstigen die Entwicklung der produktionsgenossenschaftlichen Werktätigen zu einer neuen Klasse.

3. Die „industriemäßigen“ Produktionssysteme der Landwirtschaft beschleunigen die Beseitigung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land. Die maschinellen Produktionssysteme erfordern die systematische Ausbildung der landwirtschaftlich Produzierenden. Die traditionelle „bäuerliche“ Arbeit wird durch einen ähnlich wie in der Industrie organisierten Arbeitsprozeß abgelöst. Dies differenziert gleichzeitig die Werktätigen in der Landwirtschaft.

4. Die Produktionsgenossenschaften spielen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kommunalen Leben und Versorgung des Dorfes schon heute eine unentbehrliche Rolle, und diese Rolle wird in der Zukunft durch die bessere und sinnvollere Ausnutzung der Möglichkeiten noch wachsen.

5. Die Entwicklung der Fachgenossenschaften beschleunigt sich. Das gemeinsame Vermögen und der gemeinsam bearbeitete Boden wächst schnell und die individuelle Bearbeitung wird stufenweise auf kleinere Flächen zurückgeerängt. Sie hängt — ähnlich wie in den LPG und in den individuellen Wirtschaften — von der gemeinsamen Wirtschaft ab.

6. Der Untergang der Welt der Einzelgehöfte ist ein langer Prozeß, da z. Z. ihre Erhaltung auch im Interesse der gemeinsamen Wirtschaft, der Gesellschaft und der Bewohner der Einzelgehöfte liegt. Ein Teil der Einwohnerschaft wohnt auch auf den Einzelgehöften in gut eingerichteten Wohnungen und unter günstigen Bedingungen.

7. Die individuellen Wirtschaften erbringen 39% der landwirtschaftlichen Produkte. Sie sind in der Warenversorgung unentbehrlich. Die individuellen Wirtschaften können aber nur mit Hilfe der LPG und durch gegenseitige Mitarbeit ihre Rolle ausfüllen. Das Einkommen der Werktätigen in der Landwirtschaft stammt in größerem Maß aus der in der Gemeinschaft verrichteten Arbeit, aus den lohnartigen Einkommen und den Zuwendungen außerhalb des Lohns.

8. In der Landwirtschaft besteht in der Zeit der „Arbeitsspitzen“, der Saisonarbeiten Arbeitskräftemangel, dies ist aber keine charakteristische Erscheinung mehr.

9. Innerhalb der Produktionsgenossenschaftlichen Bauernschaft geht auf Grund der neuen Faktoren eine Differenzierung vonstatten, die von den Produktionsverhältnissen nicht unabhängig ist, aber aus der Arbeitsteilung, der allgemeinen und fachlichen Bildung, den Einkommensunterschieden und vielen anderen Faktoren stammt.

SZABÓ ISTVÁN

A termelőszövetkezeti parasztság Magyarországon

(Rezümé)

A tanulmány a felszabadulás utáni magyar agrárfejlődés fő vonásait foglalja össze. Ismerteti a szövetkezeti parasztság kialakulásának folyamatát, fejlődését, jelenlegi helyzetét. Bizonyítani kívánja a földosztás szükségességét, majd a mezőgazdaság szocialista átszervezésének indokoltságát. Bemutatja, hogy az első agrárforradalom nem oldotta ugyan meg véglegesen a mezőgazdaság és parasztság problémáit, de a parasztság gazdasági és társadalmi viszonyai tekintetében jelentős változásokat eredményezett. Utal a mezőgazdaság szocialista átalakulásának első spontán kezdeményezéseire 1944—45-ben, és összefoglalja a mezőgazdaság szocialista átszervezésének sajátosságait. E második agrárforradalomnak nevezett folyamat tanulságai, annak első sikertelen, és második, sikeres kísérletének tapasztalatai, hatása nagy jelentőségűek a termelőszövetkezeti parasztság további fejlődése szempontjából. A tanulmány megkísérli bemutatni a paraszti társadalom átalakulását, a parasztság belső viszonyainak megváltozását az 1970-es, 1980-as években. Legfőbb vonásnak a parasztság tulajdonosi minőségének megváltozását, az új társadalmi munkamegosztásban elfoglalt helyét, az ennek alapján létrejött szakmai rétegződését, a paraszti munka, a parasztság fogalma teljes átalakulását, az ún. „elparasztiatlanodási” folyamatot tartja.

HERAUSBILDUNG UND REPRODUKTION DER KLASSE DER
GENOSSENSCHAFTSBAUERN IN DER DDR

Den Besonderheiten der Vergesellschaftung im Bereich Landwirtschaft entspricht das gesellschaftliche Produktionsmitteleigentum werktätiger Kollektive. Sozialer Träger dieser Eigentumsform ist die Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Agrarpolitik der führenden marxistisch-leninistischen Partei ist unter diesen Voraussetzungen Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft wurde im Osten Deutschlands im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der Jahre 1945—1948/49 geschaffen. Insbesondere die demokratische Bodenreform befreite die Bauernschaft von der verhängnisvollen Macht der junkerlich-kapitalistischen Großgrundbesitzer und ermöglichte es deren Landarbeitern, sich eine einzelbäuerliche Existenz aufzubauen.

Die Zahl der bäuerlichen Betriebe (Landwirtschaftsbetriebe mit mehr als 0,5 ha LN) betrug 1946 745 000 gegenüber 573 000 i. J. 1939, wobei sich die Zahl der Betriebe mit 5—20 ha nahezu verdoppelte. Ihr Anteil an der Zahl aller Betriebe stieg von 33 auf 47,5 und ihr Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche sogar von 31,7 auf 53,4%.¹

Nach wie vor jedoch war die Bauernschaft in sich klassenmäßig differenziert. Neben den sog. Mittelbauern, die sich im wesentlichen auf familieneigene Arbeitskräfte stützten, existierten auch weiterhin Großbauern, die ohne Ausbeutung von Lohnarbeit nicht auskamen und also kapitalistisch wirtschafteten, sowie die halbproletarischen Kleinbauern, die sich selbst als Lohnarbeiter verdingen mußten.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung schuf als erste Phase des einheitlichen revolutionären Prozesses des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus für die Bauernschaft insgesamt neue Entwicklungsmöglichkeiten. Die Errichtung eines starken volkseigenen Sektors in Industrie, Handel und Landwirtschaft stärkte die Positionen der werktätigen Bauernschaft und beschnitt zugleich die Möglichkeiten der erweiterten, tendenziell kapitalistischen Reproduktion des Privateigentums. Die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht sicherte und schützte die gemeinsamen revolutionären Errungenschaften. Die Brechung des Bildungsprivilegs der Ausbeuterklassen eröffnete auch den Kindern der werktätigen Bauern breiten Zugang zu Bildung, Kultur und Wissenschaft, was ihre persönlichen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten vervielfachte.

Mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, also in den Jahren nach der Gründung der DDR, wurde die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zur historischen Notwendigkeit. Sie war im Sinne der Weiterentwicklung des Bündnisses

¹ Vgl. Hauk, R.: Das bäuerliche Privateigentum am Boden und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1956. S. 21.

von Arbeiterklasse und Bauernschaft, also auf der Grundlage der Prinzipien Lenin-scher Genossenschaftspolitik von der II. Parteikonferenz der SED im Juni 1952 initiiert worden.

Unsere Geschichte zeigt, daß die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus den Übergang zu sozialistischen Agrarverhältnissen notwendig einschließt. Die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, die sozialistische Industrialisierung, erzeugte eine Sogwirkung auf die Arbeitskräfte der privatbäuerlichen Landwirtschaft.

Gesicherte Perspektive und zahlreiche soziale Errungenschaften im volkseigenen Wirtschaftsbereich sowie der staatliche Schutz der Interessen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter schränkten die Möglichkeiten der Ausbeutung fremder, aber auch familieneigener Arbeitskräfte in den Bauernwirtschaften ein. Gleichzeitig mit diesem Rückgang des Arbeitskräftepotentials der privatbäuerlichen Landwirtschaft wuchs im Zuge des voranschreitenden sozialistischen Aufbaus der Bedarf an Agrarprodukten beträchtlich. Weniger Agrarproduzenten konnten aber nur dann mehr und bessere Produkte liefern, wenn es ihnen gelang, die Arbeitsproduktivität bedeutend zu steigern. Das erforderte aber im Bereich der Produktivkräfte Mechanisierung der Landwirtschaft. Sie war mit den hergebrachten Produktionsverhältnissen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe nicht vereinbar. Tendenziell kapitalistische Konzentrationsprozesse innerhalb des bäuerlichen Privateigentums an Produktionsmitteln wiesen keinen akzeptablen Ausweg. Sie liefen den Interessen der Werktätigen zuwider, stärkten die Kräfte, die an einer Restauration des Kapitalismus interessiert waren und mußten im Interesse des planmäßigen friedlichen sozialistischen Aufbaus unterbunden werden.

Unter den monopolkapitalistischen Verhältnissen Westdeutschlands bedeutete Mechanisierung der Landwirtschaft zwischen 1949 und 1970 für 778 600 bäuerliche Existenzen Expropriation.² In der DDR ermöglichte die herrschende Arbeiterklasse den werktätigen Bauern durch die Profilierung der Maschinen-Traktoren-Stationen, die moderne Großtechnik zu günstigen Bedingungen auf ihren unrentablen Splitterflächen einzusetzen. Gleichzeitig wurden zielstrebig die ökonomischen, politischen und ideologischen Voraussetzungen für den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern geschaffen. Die werktätigen Bauern konnten ihn bis zum Frühjahr 1960, also in der historisch außerordentlich kurzen Zeitspanne von acht Jahren vollziehen.

Die Klasse der Genossenschaftsbauern konstituierte sich aus den unterschiedlichsten sozialen Elementen. Dazu gehörten 140 000 Neubauern, die durch die demokratische Bodenreform wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt hatten, und 260 000 sog. Altbauern, deren Privateigentum meist eine lange, schwer erarbeitete Familientradition besaß.³ Auch hinsichtlich des Umfangs und Erfolgs ihrer Wirtschaften und ihrer Stellung im Sozialgefüge des Dorfes waren die Bauern, die nun eine Klasse bildeten, stark differenziert, 16,6% der Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) des Jahres 1960 waren ehemalige Land- und 5,1% ehemalige Industriearbeiter.⁴

Der Übergang zu genossenschaftlicher Arbeit und Aneignung erbrachte für die werktätigen Bauern eine so bedeutende Verbesserung ihrer sozialen Lage, daß eine

² IPW-Forschungsheft 1/1974, S. 60.

³ Hauk, R.: Das Wechselverhältnis zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Habilitationsschrift. Berlin 1962. S. 98.

⁴ Sommer, J.: Die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von 1952 bis 1960. In: Wiss. Zeitschrift der Hochschule für LPG, Meißen 1962, 5. Jg., H. 3, S. 253.

Rückkehr zu den einzelbäuerlichen Verhältnissen nicht nur materiell-technisch, sondern auch bewußtseinmäßig undenkbar wurde. Kürzere Arbeitszeit, kollektiv verbürgtes Einkommen, Möglichkeiten für Urlaub und Erholung, gesellschaftliche Krankenversicherung und Altersversorgung stellten für jeden Bauern spürbare Fortschritte dar. Die neuen Produktionsverhältnisse verlangten und ermöglichten Entfaltung von Fähigkeiten, Bildung und Kultur, die in der Enge der einzelbäuerlichen Verhältnisse unvorstellbar war.

Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Stadt und Land hat sich die Sozialstruktur herausgebildet, die für die sozialistische Gesellschaft charakteristisch ist. Arbeiterklasse, Klasse der Genossenschaftsbauern und sozialistische Intelligenz sind durch die Übereinstimmung ihrer Grundinteressen miteinander verbunden.

Als Träger der beiden Grundformen sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln, des allgemeinen Volkseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums sind Arbeiter und Genossenschaftsbauern zugleich die Hauptproduzenten des materiellen Reichtums unserer Gesellschaft. „Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern ist die politische Grundlage der sozialistischen Gesellschaft.“⁵ Mit der Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden und der weiteren Verringerung hemmender Unterschiede zwischen Stadt und Land und der sozialen Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit nähern sich die Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft einander an. Das Tempo des sozialen Annäherungsprozesses zwischen Stadt und Land, das zeitweilig überschätzt wurde, ist abhängig von einem ganzen Komplex von Faktoren, deren richtige Erfassung für die Agrar- und Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse von erst-rangiger Bedeutung ist. Das Niveau von Arbeitsteilung, Spezialisierung, Konzentration und Zentralisation, das für die sozialistische Industrie kennzeichnend ist, kann in der landwirtschaftlichen Primärerzeugung gegenwärtig nicht erreicht werden. Das findet seine optimale Entsprechung im kollektiven Produktionsmitteleigentum der Genossenschaftsbauern. Diese Eigentumsform fördert in besonderer Weise eine enge Beziehung von Mensch und Natur, die in der Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist. Umfassende Nutzung der Potenzen des genossenschaftlichen Eigentums und soziale Reproduktion der Klasse der Genossenschaftsbauern liegen also im gesamtgesellschaftlichen Interesse und sind Aufgaben von strategischem Rang.

Mit der Konstituierung der Klasse der Genossenschaftsbauern ist der Prozeß tiefgreifender ökonomischer, sozialer, politischer und geistig-kultureller Wandlungen, als den das Programm der SED die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft charakterisiert⁶, keineswegs abgeschlossen. Er vollzieht sich aber von nun an auf sozialistischer Grundlage und im Rahmen des genossenschaftlichen Eigentums.

In den Jahren nach 1960 ging es zunächst um eine Optimierung der Größe der genossenschaftlichen Betriebe. Mehrere kleine LPG, die ihren Sitz oftmals in ein und demselben Dorf hatten, schlossen sich zu leistungsfähigeren Produktionseinheiten zusammen. Zwischen 1960 und 1970 verringerte sich infolgedessen die Zahl der LPG des Typ III (in ihnen sind Pflanzen- und Tierproduktion vergesellschaftet) von 6 337 auf 5524, während ihre durchschnittliche Nutzfläche von 534 auf 819 ha stieg. Die Zahl der LPG Typ I und II (kollektive Feld- oder/und Grünlandwirtschaft, aber vorwiegend individuelle Tierproduktion) sank im gleichen Zeitraum sogar von 12 976 auf 3485, wobei sich die durchschnittliche Nutzfläche je Genossenschaft von

⁵ Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1976. S. 38.

⁶ Ebenda, S. 19.

156 auf 248 ha erhöhte.⁷ Die weitere Vergesellschaftung der Pflanzenproduktion fand in den Jahren 1968—1975 ihren Niederschlag darin, daß mehrere LPG gemeinsame kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion bildeten. Aus ihnen gingen seit 1974 die spezialisierten LPG-Pflanzenproduktion hervor, die ihre Entsprechung in der Bildung von LPG-Tierproduktion fanden. Während die LPG des Jahres 1969 durchschnittlich 550 ha bewirtschafteten, waren es zehn Jahre später in den LPG Pflanzenproduktion 4500 ha. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gleichzeitig von 75 auf 260.⁸ Diese Genossenschaftsbauern sind verantwortlich für materielle Fonds, die in Wert und Umfang mit früheren Entwicklungsabschnitten kaum noch zu vergleichen sind.

Gegenwärtig existieren in der DDR 1131 LPG-Pflanzenproduktion und 2807 LPG-Tierproduktion.⁹ In der genossenschaftlichen Pflanzenproduktion waren 1982 287 487 ständig Beschäftigte und in der Tierproduktion 320 953.¹⁰

Die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Eigentums und der Klasse der Genossenschaftsbauern ist darauf gerichtet, alle territorialen Reserven effektiver zu nutzen, die Kooperation zwischen Pflanzen- und Tierproduktion wirksamer zu gestalten und so den Kreislauf Boden — Pflanze — Tier — Boden besser zu beherrschen. Dementsprechend werden seit 1981 die LPG-Pflanzenproduktion unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten in Territorialabteilungen bzw. -brigaden gegliedert, deren jede der LPG-Tierproduktion ihres Standortbereiches fest zugeordnet ist. Die qualitative Entwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern hängt unmittelbar mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse zusammen. Qualitative Entwicklung heißt hier vor allem Entwicklung der Tätigkeiten, Verantwortung, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse der Genossenschaftsbauern. Wie sich die Beschäftigten der genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe gegenwärtig auf die verschiedenen Tätigkeitsbereiche verteilen, zeigt nebenstehende Übersicht.

Im Rahmen der Klasse der Genossenschaftsbauern, zum Teil aus den Reihen der fähigsten und bewußtesten unter den ehemaligen Einzelbauern hat sich eine genossenschaftliche Intelligenz herausgebildet. Andererseits verweist der hohe Anteil der Handarbeitskräfte auf noch zu schließende Mechanisierungslücken. Doch auch der überwiegende Teil der Handarbeitskräfte verfügt über ein Facharbeiterzeugnis oder andere Qualifikationsnachweise. Zu einem beträchtlichen Teil üben sie Tätig-

Übersicht

Tätigkeitsgruppen in den LPG und ihren kooperativen Einrichtungen¹¹

Tätigkeitsbereiche	LPG u. kE	LPG (P)	LPG (T)
Mechanisatoren	18,8	29,1	11,0
Handarbeit	50,8	38,4	60,2
sonstige Berufe	12,4	13,6	11,9
Verwaltung/Betreuung	8,7	8,9	8,5
Leitungskader/Spezialisten	9,7	10,4	8,4
	%	%	%

⁷ Autorenkollektiv (Groschoff/Heinrich): Die Landwirtschaft der DDR. Berlin 1980. S. 38.

⁸ Ebenda, S. 309.

⁹ Statistisches Taschenbuch der DDR. Berlin 1984. S. 68/69.

¹⁰ Autorenkollektiv (Krambach): Die Genossenschaftsbauern in den achtziger Jahren. Berlin 1984. S. 113.

¹¹ Ebenda, S. 115.

keiten aus, die besondere Qualifikationen verlangen (Pflanzenschutz, Tierpflege u. a.). Zu den Werten und Errungenschaften des Sozialismus gehört die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Leben der Genossenschaften. 1981 waren 42% der ständig mitarbeitenden Genossenschaftsbauern Frauen.¹² Der Anteil der Frauen, die in der unmittelbaren Produktion (vor allem in der Pflanzenproduktion) tätig sind, ist rückläufig, was als unbefriedigend angesehen wird. Jede 18. Frau in der Landwirtschaft besitzt einen Hoch- oder Fachschulabschluß, aber ihr Anteil an den Handarbeitskräften ist zu hoch und ihr Anteil an den ausgebildeten und erst recht an den eingesetzten Mechanisatoren ist zu gering.

Die soziale Reproduktion der Klasse der Genossenschaftsbauern verlangt zielstrebige Jugendarbeit. Andere Voraussetzungen, Bedürfnisse und Haltungen als bei der Generation, die die Genossenschaften bildeten und festigten, wirken auf die Entscheidung für oder gegen eine LPG-Mitgliedschaft eines Jugendlichen der 80er Jahre ein. Bei der Gründergeneration ist die Verbundenheit mit der Genossenschaft, ihren Produktionsmitteln und Belangen historisch mit den LPG gewachsen. Die Ausprägung solcher Verbundenheit mit dem Dorf und seinen Produktionsstätten auch der heranwachsenden Generation zu vermitteln, ist eine schwierige Aufgabe. Hierbei ist in Rechnung zu stellen, daß das einheitliche sozialistische Bildungswesen auch die Kinder aus ländlichen Siedlungen befähigt, ohne irgend ein soziales Risiko eine beliebige berufliche Entwicklung zu wählen.

Die soziale Mobilität der Individuen in der sozialistischen Gesellschaft hebt sich ganz klar von den sozialen Reproduktionsmechanismen der Ausbeutergesellschaften ab. In einer auf privatem Produktionsmitteleigentum gegründeten Gesellschaft wird eine bestimmte Verteilung von Reichtum, Macht und Privilegien von den Eltern auf die Kinder vererbt. Bürgerliche und feudale Familie sind Institutionen zur Vererbung des Privateigentums. In diesem Licht ist auch die mitunter glorifizierte „Bodenständigkeit“ der Bauernschaft zu betrachten. Die Übernahme des Hofes durch die Kinder sichert diesen ein Maß sozialer Sicherheit, wie es für Besitzlose nicht existiert. Das ökonomische Interesse der Eltern an der Weiterführung der Wirtschaft durch ihre Kinder besteht in der Sicherstellung ihrer Altersversorgung. Die sozialistische Revolution hat die Knechtung der Individuen durch das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt. Im Sozialismus ist es allen Bürgern im Rahmen ihrer Fähigkeiten und Leistungen möglich, ihren Platz im sozialen Gefüge selbst zu bestimmen. Natürlich kann es soziale Sicherheit und dynamisches Wachstum des Volkswohls nur bei einer optimalen Verteilung der Werkstätigen auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche geben. Doch eine unverzichtbare Ausgangsgröße für die Planung und Leitung der entsprechenden sozialen Entwicklungen ist das persönliche Recht eines jeden Bürgers, seinen beruflichen und damit gesellschaftlichen Entwicklungsweg selbst zu bestimmen.

Die Gesellschaft kann auf diese persönliche Entscheidung einwirken durch Erziehung zu verantwortungsbewußtem Handeln, durch politisch-ideologische Überzeugungsarbeit aber auch durch die gezielte Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch für die Genossenschaftsbauern gibt es keinen sozialen Zwang, ihre Kinder auf eine Mitgliedschaft in der LPG vorzubereiten, aber die Sesshaftmachung Jugendlicher auf dem Lande und ihre Integration in den landwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß ist für die Zukunft einer jeden LPG von entscheidender Bedeutung.

¹² Ebenda, S. 125.

Das Durchschnittsalter der Genossenschaftsbauern liegt gegenwärtig um vier bis fünf Jahre über dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt.¹³

Bis zum Jahre 1990 werden etwa 20% der ständig mitarbeitenden Genossenschaftsmitglieder das Rentenalter erreichen¹⁴. Der Anteil der Altersgruppe bis 25 ist zwar seit 1968 steigend,¹⁵ reicht allerdings noch nicht aus und die Fluktuation ist gerade in dieser Altersgruppe zu hoch. Dem entgegenzuwirken ist Anliegen der ganzen Gesellschaft.

Genossenschaftsbauern, Gemeindevertretungen, Schulen, sozialistischer Jugendverband, Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sowie weitere staatliche und gesellschaftliche Institutionen und Organisationen richten ihre gemeinsamen Anstrengungen immer erfolgreicher auf die „Verjüngung“ der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

An der Seite der Arbeiterklasse trägt die Klasse der Genossenschaftsbauern eine große Verantwortung für die materielle Absicherung der Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auch unter den komplizierten Bedingungen der 80er Jahre.

Die weitere personelle Reproduktion der Klasse der Genossenschaftsbauern ist dabei unerlässlich. Dabei wird sich die qualitative Zusammensetzung der Klasse zugunsten höherer fachlicher und politischer Qualifikation verändern. Die weitere Verringerung hemmender Unterschiede zwischen Stadt und Land ist auch in diesem Zusammenhang ein objektives Erfordernis.

DR. PHIL. JÜRGEN TRINKUS

A szövetségi parasztság mint osztály kialakulásáról és újratermelődéséről az NDK-ban

(Rezümé)

A tanulmány a szövetségi parasztság kialakulásának történelmi folyamatát vizsgálja. Ennek kezdete az antifasiszta demokratikus átalakulás időszaka, a munkás-paraszt szövetség létrejötte. A demokratikus földreform után a parasztság továbbra is erősen differenciált maradt, létezett a nagy-paraszti és félproletár kisparaszti réteg is. A mezőgazdaság szocialista átszervezése a szocializmus alapjai megteremtésének történelmileg szükségszerű feladata volt. Ez a folyamat történelmileg rövid idő alatt végbement. A szövetségi parasztság osztálya társadalmilag heterogén elemekből, különböző szociális csoportokból alakult ki. A tanulmány bemutatja azokat a legfontosabb anyagi-technikai, társadalmi és szociális változásokat, amelyeket a kibontakozó és mind erőteljesebbé váló szövetségi gazdálkodás a szövetségi parasztság társadalmi-gazdasági helyzetében eredményezett. Utal a tanulmány a város és a falu közeledésének folyamatára, amelyet egy időben túlértékeltek. Jelzi, hogy a szövetségi parasztság mint osztály kialakulásának folyamata még nem fejeződött be, a szövetségi tulajdon keretei között fog végbemenni. Megállapítja, hogy a szövetségi paraszti osztály továbbfejlődésének folyamata a két alapvető osztály egyikéként bontakozik ki, melyet jelentős létszámbeli csökkenés kísér. Jelenleg a személyes létszám biztosítása egyre inkább a nők és fiatalok sikeres beintegrálódása révén megy végbe. Az ezzel járó társadalmi folyamatok komplexitása különböző társadalmi erők együttes cselekvését teszi szükségessé.

¹³ Schieck, H.: Aufgaben und Rolle der Klasse der Genossenschaftsbauern bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. In: Kooperation, 18. Jg., Berlin 1984, H. 3, S. 112.

¹⁴ Autorenkollektiv (Krambach): a. a. O., S. 159.

¹⁵ Vgl. ebenda. — Zwischen 1972 und 1981 stieg der Anteil Jugendlicher in den LPG von 7,2 auf 12%. In der gesamten Volkswirtschaft beträgt er aber 15 und in der Industrie sogar 16%.

PROF. DR. SC. HARRI WIEDERHÖFT—DR. PHIL. JÜRGEN WEIDEMANN
35 JAHRE DDR — 35 JAHRE ERFOLGE BEI DER DURCHSETZUNG
DER GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU

In einem Brief an Ludwig Kugelmann aus dem Jahre 1868 schrieb Karl Marx:
„Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, das große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts ...“¹

Können wir in unserer 35-jährigen Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik diese Feststellung von Karl Marx bestätigen?

Um das Erreichte beurteilen zu können, ist es wichtig, daran zu erinnern, welches Erbe wir 1945 übernahmen.

In der kapitalistischen Gesellschaft waren (und sind) die Frauen besonders unterdrückt und entrechtet. Sie hatten kaum Chancen sich zu bilden, sie waren gezwungen, geringer bewertete Arbeiten zu verrichten, bekamen selbst für die gleiche Arbeit weniger Lohn als der Mann. Am gesellschaftlichen Leben waren sie kaum beteiligt. Der Lebensinhalt der meisten Frauen des Volkes bestand darin, so gut es eben ging für die Familie zu sorgen, Kinder zur Welt zu bringen und oft unter großen persönlichen Entbehrungen großzuziehen.

Aus wirtschaftlicher Notlage und in Abhängigkeit vom Krisenzyklus der kapitalistischen Produktion waren Proletarierfrauen stets unter diskriminierenden Bedingungen berufstätig, um das Familieneinkommen aufzubessern.

Nicht selten war aber die Frau auch der einzige Verdiener der Familie.

Wie die konkrete Situation für die einzelne Frau sich auch gestaltete, die Lasten, die Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wie in den Familien waren äußerst ungleich verteilt.

Was für das Leben der Proletarierfrauen in den Städten typisch war, traf noch drastischer für Landarbeiterinnen und Bäuerinnen zu.

Die Rückständigkeit der ländlichen Produktions- und Lebensweise brachte auch entsprechende Lebensbedingungen für die Landfrauen mit sich. Hatten Proletarierfrauen immerhin noch gewisse Möglichkeiten, durch organisiertes Vorgehen in einer Frauen- oder Gewerkschaftsorganisation, in einer Arbeiterpartei zumindest zu versuchen, ihre Lage zu verbessern, so blieb dieser Weg den Landarbeiterinnen beim Gutsbesitzer oder Großbauern generell verschlossen. Auch das außerordentlich niedrige Bildungsniveau war ein entscheidendes Hindernis für die Mitwirkung von Landfrauen in politischen Organisationen. Die „mithelfenden Bäuerinnen“ mußten ihre persönlichen Interessen, Wünsche und Ziele gänzlich denen des Hofes, den Erfordernissen der kleinen Warenproduktion unterordnen.

¹ Marx, K.: Brief an Kugelmann 1868, MEW Bd. 32, Berlin 1952, S. 582

Die Zerschlagung des deutschen Faschismus im Mai 1945 leitete auch eine Wende in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen ein.

Im Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945 wurden die Frauen aufgefordert, sich aktiv am demokratischen Neuaufbau zu beteiligen. Viele Frauen folgten dem Aufruf so u. a. durch Mitarbeit in den von der SMAD am 30. 10. 1945 zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Frauenausschüssen.

Im Jahre 1946 verfügte der SMAD-Befehl Nr. 253: „Die gleiche Entlohnung für Arbeiter und Angestellte für die gleiche Arbeit, unabhängig von Geschlecht und Alter.“ Im gleichen Dokument wurde angewiesen, „die Berufsnomenklatur zu überprüfen, nach der für einzelne Berufe die Arbeit von Frauen aus verschiedenen Gründen eingeschränkt oder untersagt war.“² Mit diesem Befehl wurde ein wichtiger Prozeß für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau in der Volkswirtschaft eingeleitet. Dessen Bedeutsamkeit ergibt sich auch daraus, daß sofort nach Kriegsende an vielen Brennpunkten des Neuaufbaus, bedingt durch die Folgen des faschistischen Krieges, Frauen standen und Großes leisteten.

Mit der Gründung der DDR wurde die Gleichberechtigung von Frau und Mann Verfassungsgrundsatz. Im Artikel 7 heißt es: „Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.“³

Die die Macht ausübende Arbeiterklasse beließ es aber nicht bei der Anerkennung der Gleichberechtigung im Grundgesetz des Staates.

Auf Antrag der Fraktion der SED beschloß die Volkskammer 1950 das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“.

Dieses Gesetz enthielt neben den Schutzbestimmungen auch bedeutsame Festlegungen zur stärkeren Einbeziehung von Frauen in das staatlich-politische und wirtschaftliche Leben. In der Begründung dieses Gesetzes forderte Ministerpräsident Otto Grotewohl, besonders auch den Frauen auf dem Lande Hilfe und Unterstützung zu gewähren.⁴

Die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes trug wesentlich dazu bei, daß für die überwiegende Zahl der Frauen unseres jungen Staates Anfang der 60er Jahre die Gleichberechtigung, vor allem in den gesellschaftlichen Bereichen, Wirklichkeit geworden war.

Bei der Beurteilung dieses Entwicklungsprozesses ist es wichtig daran zu erinnern, daß Lenin den Arbeiterinnen sagte, daß „die werktätige Frau nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Leben die Gleichberechtigung mit dem Mann erobern muß.“⁵

Lenin ließ keinen Zweifel daran, daß dies eine langfristige Aufgabe sei.

Entscheidend für die weitere Verwirklichung der gleichberechtigten Stellung der Frau war die darauf orientierende Politik unserer Partei.

Programmatischen Charakter trug das Frauenkommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 16. 12. 1961. „Die Frau, der Frieden und der Sozialismus“. Nach dem Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft, wurden

² Befehl Nr. 253 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) über gleiche Entlohnung von Arbeitern und Angestellten für gleiche Arbeitsleistung, unabhängig von Geschlecht und Alter vom 17.08. 1946. In: Dokumente der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Frauenfrage 1848—1979, Leipzig, 1975, S. 156

³ Verfassung der DDR, Berlin 1949, S. 18

⁴ Grotewohl, O.: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1959, S. 211

⁵ Lenin, W. I.: An die Arbeiterinnen. Werke Bd. 30, S. 363

darin neue Aufgaben festgelegt, „damit die Frauen beim Aufbau des Sozialismus mehr als bisher zur Geltung kommen und ihre Lebensbedingungen verbessert werden“,⁶ damit sich ihre großen Fähigkeiten und Leistungen entfalten konnten. Mit Nachdruck soll unterstrichen werden: Es gibt keinen Erfolg unserer gesellschaftlichen Entwicklung, an dem nicht Frauen hervorragenden Anteil hätten!

Von großer Bedeutung für die weitere Ausprägung der gleichberechtigten Stellung der Frau war die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe.

Planmäßig wird seither diese strategische Aufgabe in der dialektischen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gelöst. Die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, als Herzstück der Sozialpolitik, vielfältige weitere sozialpolitische Maßnahmen dienen in erster Linie der Förderung der berufstätigen Frauen und Mütter, der Unterstützung der Familien als Keimzellen der sozialistischen Gesellschaft. Umfangreiche soziale Leistungen des Staates kommen Frauen aller sozialer Gruppen auf dem Lande wie in der Stadt zugute.

10 Jahre nach dem VIII. Parteitag schätzte Inge Lange, Kandidat des Politbüros des ZK der SED ein, daß sich bei den Frauen ein neues Bewußtsein entwickelt hat. „Dank der sozialistischen Verhältnisse können sie gleiche Rechte wahrnehmen, ihre Fähigkeiten und Talente entfalten, ist ihr Selbstvertrauen gewaschen, sind sie im tiefsten Sinne des Wortes andere Menschen geworden — in nichts mehr vergleichbar mit der doppelt unterdrückten und ausgebeuteten Frau der kapitalistischen Vergangenheit.“⁷

Für die werktätigen Frauen der Landwirtschaft muß hinzugesetzt werden, daß die bis zum Jahre 1960 noch verbreiteten einzelbäuerlichen Verhältnisse vielen Bäuerinnen Grenzen für die Gleichberechtigung setzten. Erst mit der vollständigen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bildeten sich Bedingungen heraus, die es allen berufstätigen Frauen ermöglichten, von ihren gleichen Rechten zunehmend Gebrauch zu machen.

Inwiefern sind die Frauen „andere Menschen“ geworden?

- 89% Frauen im arbeitsfähigen Alter nehmen an der gesellschaftlichen Produktion teil und erhalten gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- 40,4% aller Werktätigen der Landwirtschaft sind Frauen
- uneingeschränkt können sich Frauen am politischen Leben der sozialistischen Gesellschaft beteiligen und tun dies auch in zunehmenden Maße.

Einige Beispiele:

Frauen sind:

jeder 2. Gewerkschaftsfunktionär

jeder 2. Schöffe

jeder 4. Volkskontrolleur der ABI

jeder 2. Mitglied der Konfliktkommission

jeder 2. Mitglied der Schiedskommission

fast jeder 2. Mitglied der Ausschüsse der Nationalen Front

fast jeder 2. Mitglied der Elternaktive, Elternbeiräte; 72% der Mitglieder von Kundenbeiräten und Verkaufstellenausschüssen

⁶ Die Frau — der Frieden und der Sozialismus. Komminique des Politbüros des ZK der SED vom 16. 12. 1961. In: Dokumente der SED, Bd. VIII, Berlin 1962, S. 504

⁷ Lange, I.: Zu aktuellen Fragen der Verwirklichung der Frauenpolitik nach dem X. Parteitag der SED. In: Informationen des Wissenschaftlichen Beirats „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ 1981, Heft 6, S. 28f.

- Bestimmungen und gesellschaftliche Bedingungen fördern Frauen dabei, sich hohe und höchste Bildung anzueignen und im Beruf zu nutzen; nicht nur das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse, sondern auch das der Männer ist bei uns längst gebrochen.

Beispiele:

1. Anteil Frauen mit abgeschlossener Ausbildung von allen berufstätigen Frauen der sozialistischen Landwirtschaft

1963	1970	1982
8,5%	49,3%	87,84

2. 1/3 aller Leitungsfunktionen werden von Frauen ausgeübt.

- im familiären Bereich schließlich haben sich vielfach neue Formen der Arbeitsteilung durchgesetzt. Frau und Mann sind Ehepartner geworden, die sich Hausarbeit und Kindererziehung teilen, so daß nach und nach auch die traditionelle Doppelbelastung der berufstätigen Frau und Mutter überwunden werden wird.

So hat sich im Verlaufe der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR die soziale Lage der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen wesentlich verändert. Dies wurde bewirkt vor allem durch:

- die rasche Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft
- die weitere Festigung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft
- die Ausprägung von Elementen einer sozialistischen Lebensweise auf dem Lande. Diese höhere Qualität der gesellschaftlichen Stellung von Bäuerinnen und Landarbeiterinnen wird sichtbar an
 - deren zunehmenden Einbeziehung in die Gestaltung und Leitung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses
 - Veränderungen ihrer arbeitsfunktionellen Stellung, Übernahme höher bewerteter Arbeitsaufgaben
 - ihrer wachsenden Teilnahme am politischen Leben der Gesellschaft.

Mit der stärkeren Einbeziehung von Bäuerinnen und Landarbeiterinnen in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß wird zugleich ein Grundanliegen der Frauenpolitik der SED realisiert. Seit längerem ist auch die ganzjährige Berufstätigkeit der Frauen dieses Volkswirtschaftsbereiches gesichert.

Dieser Prozeß vollzog sich nicht im Selbstlauf, sondern bedurfte einer ständigen Lenkung und Kontrolle durch unsere Partei. Darüber mußten neben den bereits vorhandenen Bedingungen zur Wahrnehmung des Rechts auf Arbeit weitere gesellschaftliche Einrichtungen, wie Kindergärten und -krippen sowie Versorgungseinrichtungen geschaffen werden, damit die Bäuerinnen und Landarbeiterinnen Berufstätigkeit und Mutterschaft möglichst gut miteinander vereinbaren können. In diesem Zusammenhang muß auch die rückläufige Tendenz der Teilzeitbeschäftigung positiv bewertet werden.

Drückt dieser Rückgang einerseits das gewachsene Engagement der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen für ihre uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß aus, so wird andererseits auch erkennbar, daß von der Gesellschaft erfolgreiche Schritte unternommen wurden, um allen Frauen der saisonal betriebenen Pflanzenproduktion eine ganzjährige Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Numehr gilt es, in den LPG und VEG und Dorfgemeinden solche Bedingungen zu

schaffen, die es Bäuerinnen und Landarbeiterinnen ermöglichen, Berufstätigkeit, Mutterschaft und das Betreiben individueller Hauswirtschaft zu vereinbaren, ohne daß die zeitlichen Belastungen für werktätige Mütter größer werden.

Damit verbunden ist auch eine bedeutsame qualitative Veränderung hinsichtlich ihrer arbeitsfunktionellen Stellung. So wurde im Prozeß der Intensivierung der Landwirtschaft aus der nur „Handarbeit“ auch Technik-bediene-Arbeit sowohl in der Pflanzen- als auch Tierproduktion. Das bedeutete für viele werktätige Frauen auch zunehmende komplizierte Arbeit mit höherem Anteil geistiger Arbeit zu leisten.

Gegenwärtig sind im Bezirk Neubrandenburg von den weiblichen Berufstätigen in der Tierproduktion 24,3% und in der Pflanzenproduktion 11,1% als Mechanisatoren ausgebildet. Dabei wurden die höchsten Zugänge an ausgebildeten Mechanisatoren nach dem IX. Parteitag der SED verzeichnet. 1975 waren in der Tierproduktion lediglich 6,6% und in der Pflanzenproduktion 9,9% Frauen als Mechanisatoren ausgebildet.

Ein wichtiges Kennzeichen gewachsener Qualität der gesellschaftlichen Stellung unserer Bäuerinnen und Landarbeiterinnen ist das hohe Niveau ihrer beruflichen Qualifikation.

So hat sich die Zahl der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen die über eine abgeschlossene Hochschul-, Fachschul- oder Meisterausbildung verfügen im Bezirk Neubrandenburg 1981 gegenüber 1975 nahezu verdoppelt. Das führte erfreulicherweise zu einem verstärktem Einsatz als Leiter in den verschiedenen Leitungsebenen vom VEG-Direktor bzw. LPG-Vorsitzenden bis zum Brigadeführer. Etwa 20% der landwirtschaftlichen Leitungskader sind Frauen. Sie beweisen täglich ihr Können und ihre Fähigkeiten bei der Lenkung des Produktions- und Reproduktionsprozesses ihrer Betriebe.

Eine von uns durchgeführte soziologische Befragung von Bäuerinnen und Landarbeiterinnen läßt den Schluß zu, daß gerade auf dem Gebiet der Qualifizierung einiges neu durchdacht werden muß und daß das System der Aus- und Weiterbildung dem neuen Entwicklungsstand besser angepaßt werden muß. So sind solche wie Fragen wie

- Inhalte künftiger Weiterbildung
- überzeugende materielle Stimulierung
- Erhöhung des Anteils politischer Bildung rasch zu klären.

Für die weitere Festigung der gesellschaftlichen Stellung der Bäuerinnen und Landarbeiterinnen wurden im Beschluß des 12. Bauernkongresses grundsätzliche Aufgaben für die 80er Jahre gestellt. So heißt es darin:

„Mehr denn je geht es jetzt darum, den Frauen auch und gerade unter den Bedingungen und mit den Möglichkeiten der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion weitere bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sie ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Initiativen noch wirksamer für die gute genossenschaftliche Arbeit und deren Leitung einsetzen können.“⁸

Darunter verstehen wir u. a. günstige Lösungen für den Einsatz an der modernen Technik im Pflanzenbau ebenso wie wesentliche Erleichterungen für die körperlich schweren Arbeiten in Altbau-Stallanlagen zu schaffen, zumal der Tierpflege stets die besondere Aufmerksamkeit der Bäuerin gehörte. Schließlich geht es auch um die Unterstützung des Anliegens vieler Bäuerinnen und Landarbeiterinnen, durch die

⁸ Beschluß des XII. Bauernkongresses der DDR. in: XII. Bauernkongreß der DDR. Überarbeitetes Protokoll, Berlin 1982, S. 53

individuelle Hauswirtschaft und andere Formen der Kleinproduktion einen Beitrag zur Versorgung der Gesellschaft mit Nahrungsmitteln zu erbringen.

Die seit Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft steigende Teilnahme von Bäuerinnen und Landarbeiterinnen an den innergenossenschaftlichen demokratischen Prozessen wie am gesellschaftlichen Leben in den Dörfern kann vielfältig belegt werden. Die damit verbundenen Erscheinungen lassen sich als Heraus-treten der Landfrauen aus der Enge der bäuerlichen Wirtschaften in das politische Leben von Dorfgemeinschaften und genossenschaftlicher Großraumwirtschaften charakterisieren.

Bäuerinnen üben politische Macht aus, sind an der Diskussion und Beschlußfassung staatlicher Maßnahmen ebenso beteiligt wie an der Realisierung dieser Beschlüsse.

Die wachsende Integration von Bäuerinnen in die Politik und damit auch in die Gesamtgesellschaft äußert sich z. B. in der Mitgliedschaft und aktiven Arbeit in der marxistisch-leninistischen Führungskraft der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, der Partei der Arbeiterklasse. Der Frauenanteil an den Genossenschaftsbauern, die Parteimitglied sind, liegt über dem Gesamtdurchschnitt des Frauenanteils der SED.

Darin widerspiegelt sich eine bedeutende positive Wandlung in der gesellschaftlichen Stellung von Bäuerinnen, für die eine Verallgemeinerung zutrifft, die Inge Lange in einer Rede vor Schülern der Parteihochschule „Karl Marx“ formuliert hat: „Das heißt, ..., zu den Erscheinungen, die ein für allemal der Vergangenheit angehören, gehört auch die bei vielen Frauen ausgeprägte Zurückhaltung, sich parteipolitisch zu organisieren oder die Auffassung, daß es genügen würde, wenn der Mann Mitglied der Partei ist.“⁹

In den jüngeren Altersgruppen liegt der Frauenanteil beträchtlich höher als der der Männer, so daß in den Altersgruppen bis 40 Jahre Frauen sowohl in der Tier- als auch in den Grundorganisationen der Pflanzenproduktionsbetriebe fast die Hälfte der Mitgliedschaft bilden.

Dies halten wir für einen äußerst wichtigen Durchbruch zur Annäherung an die volle politische Gleichstellung auch der Bäuerinnen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft. Wachsendes Engagement in der Partei wird auch spürbar in den Aktivitäten von Bäuerinnen in den Parteileitungen. In den Tierproduktionsbetrieben des genossenschaftlichen Sektors ist jedes 3. Leitungsmitglied und in den Pflanzenproduktionsgenossenschaften jedes 5. Leitungsmitglied eine Frau. Besonders beeindruckt die Tatsache, daß jeder 7. Parteisekretär der PG des Bezirkes und sogar jeder 5. Parteisekretär der Genossenschaften der Tierproduktion eine Bäuerin ist. Auch und gerade darin bestehen Beweise für die revolutionären Veränderungen, die sich in der Stellung von Frauen auf dem Lande vollzogen haben, wenn die politische Leitung von landwirtschaftlichen Großbetrieben heute in den Händen von Frauen liegt, denen in kapitalistischen Ländern nach wie vor in verschiedenen Formen politische Unmündigkeit unterstellt wird und politische Gleichberechtigung vorenthalten wird. Zu den bedeutenden Möglichkeiten politischen Engagements für die Gesellschaft zählt im Sozialismus zweifellos die Mitarbeit in den Volksvertretungen auf den verschiedenen kommunalen Ebenen. Sowohl durch das Vertrauen der Wähler als auch durch die komplexe Aufgabenstellung und Verantwortung sind Abgeordnete in hervorragender Weise politisch profiliert. Bei der Einbeziehung von Bäuerinnen in die Tätigkeit vor allem

⁹ Lange, i.: a. a. O., S. 26

der Gemeindevertretungen wurde ein Stand erreicht, der einerseits Ausdruck der gleichberechtigten gesellschaftlichen Stellung ist und andererseits auch die Fortentwicklung der Gleichberechtigung hin zur sozialen Gleichstellung von Männern und Frauen fördern wird.

Quantitativ wie qualitativ widerspiegelt das Wirken von Bäuerinnen in den Gemeindeparlamenten

- das hohe Ansehen der in den Genossenschaften tätigen Frauen,
- die politische Interessiertheit und Aktivität dieser Frauen,
- das beträchtliche staatspolitische Gewicht von Bäuerinnen als sozialer Gruppe innerhalb ihrer Klasse, aber auch über die Klassengrenzen hinaus.

Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß der zahlenmäßige Anteil von Bäuerinnen im Vergleich zu LPG-Bauern noch nicht überall befriedigen kann, so wie in der Gesamrelation der Anteil weiblicher Abgeordneter noch nicht das Optimum gesellschaftlicher Repräsentanz von Frauen ausmacht.

Der umfangreiche Komplex der genossenschaftlichen Demokratie und deren Bereicherung und Nutzung durch die Genossenschaftsbäuerinnen, die in den Voll- und Brigadeversammlungen auftreten, im Vorstand und dessen Kommissionen, im Kooperationsrat, im Frauenausschuß mitarbeiten, bleibt hier unberührt. Auch andere staatsbürgerliche Aktivitäten wie z. B. in den Elternvertretungen, in den Schiedskommissionen, in den Verkaufsstellenausschüssen, in den Volkskontrollausschüssen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektionen können nicht ausführlich dargestellt werden. Aber in all diesen Gremien stehen mehr und mehr Bäuerinnen ihren Mann, werden sie im Interesse sozialer Gruppen und der ganzen Gesellschaft wirksam. Diese unterscheidet die heutige Genossenschaftsbäuerin von der Landfrau, wie sie vor der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und auch bis Mitte der sechziger Jahre als Durchschnittstyp der Bäuerin in unseren Dörfern anzutreffen war. Die bedeutenden Veränderungen, die sich in der Einstellung zum sozialistischen Staat, zur Gesellschaft, zur genossenschaftlichen Arbeit und nicht zuletzt der Mehrheit der Bäuerinnen auch zu ihrem eigenen Wert und Platz in der Gesellschaft vollzogen haben, berechtigen, von einer neuen Qualität in der gesellschaftlichen Stellung der Frau zu sprechen, die im Prozeß der Sozialismusentwicklung in der DDR erreicht werden konnte.

PROF. DR. SC. HARRI WIEDERHÖFT/DR. PHIL. JÜRGEN WEIDEMANN

Az NDK 35 éve — 35 év eredményei a nők egyenjogúságának kivívásában

(Rezümé)

A tanulmány a nők helyzetének alakulását követi nyomon az NDK megalakulásától napjainkig. Elsősorban azt igyekszik bizonyítani, hogy milyen eredményeket értek el a nők helyzetének megváltoztatásában, a nők tényleges egyenjogúságának biztosításában a szocializmust építő NDK-ban. Bizonyítja, hogy a nők helyzetének alakulása megfelel a női egyenjogúságról vallott marxista-leninista elképzeléseknek. Ezt a foglalkoztatottság biztosításával, az alkotmánnyal, az 1950-es anya- és gyermekvédelmi törvénnyel, és a többi, a nők társadalmi- gazdasági helyzetét javítani kívánó intézkedéssel, törvénnyel bizonyítja.

A munkaképes korú nők 89%-a részt vesz a társadalmi életben és a termelésben. Statisztikai adatokkal, szociológiai felmérésekkel támasztja alá a női egyenjogúság megvalósulását a társadalmi és a gazdasági élet minden területén. A tanulmány ugyanakkor jelzi, hogy a nők erőteljesebb bevonására a gazdasági és politikai életbe még több erőfeszítést kell tenni.

RICHARD WUNDRAK, FRANZ STEPANEK, PETER PHILIPP
ASPEKTE DER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN SCHWEDENS MIT
DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Ähnlich anderen imperialistischen Staaten versucht auch Schweden als relativ kleines industrialisiertes Land, dessen Stellung in der internationalen Arbeitsteilung durch spezialisierte, auf den Export orientierte Produktion gekennzeichnet ist, Auswirkungen der langwierigen Wirtschaftskrise der achtziger Jahre auf die Entwicklungsländer abzuwälzen, sie arbeitsteilig fester an sich zu binden und verstärkt in sie mit Kapital einzudringen. Die verschlechterten Austauschbeziehungen und die gewaltigen Auslandsverschuldungen der Entwicklungsländer widersprechen in mancher Hinsicht schwedischen Wirtschaftsinteressen. Das schwedische Monopolkapital und der schwedische Staat verfolgen daher bei der Kreditgewährung, bei der „Entwicklungshilfe“ und gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer nach der Demokratisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen eine komplexere und flexiblere Strategie als viele ihrer imperialistischen Konkurrenten. Zugleich treten in den Wirtschaftsbeziehungen Schwedens mit diesen Ländern spezifische neokolonialistische Tendenzen zutage. Schwedens Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern werden weniger von der Konfrontationspolitik, als vielmehr von der Anpassung an die veränderte politische und ökonomische Rolle der Entwicklungsländer im System der internationalen Arbeitsteilung und deren spezifischen Bedürfnissen geprägt.¹

*1. Die strategische Zielstellung der schwedischen Wirtschaftsbeziehungen mit den
Entwicklungsländern*

Schwedens Wirtschaft ist auf Export ausgerichtete, spezialisierte Produktion bestimmter technisch komplizierter, intelligenzintensiver und qualitativ hochwertiger Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie, des Anlagenbaus, des Fahrzeugbaus und der chemischen, insbesondere pharmazeutischen Industrie. Sie sichert der Monopolbourgeoisie nicht nur günstige Konkurrenzpositionen auf dem Weltmarkt und damit Monopolprofite. Die Industrialisierungstendenzen in den Entwicklungsländern, ihre steigende Nachfrage nach Ausrüstungen, Maschinen, Lizenzen und Patenten, know how, speziellen Rohstoffen und Halbfabrikaten vergrößern die Möglichkeiten Schwedens, seinen Außenhandel auszudehnen und zu erhöhen; den Kapitalexport zu verstärken, seine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer bestimmten Anzahl ausgewählter Entwicklungsländer, den sogenannten Programmländern, zu vertiefen.

¹ Dazu siehe: Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe „Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit“, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1984, S. 4/5.

Obwohl Schweden als „privilegierte kleine Nation“², um mit Lenin zu sprechen, ein „wichtiges Kettenglied der Operationen des Weltfinanzkapitals“³ ist, geht es den herrschenden Kreisen und einflußreichen politischen Kräften des Landes darum, ihre Positionen zu nutzen, um die wirtschaftliche Expansion nach außen in ihrem eigenem Interesse und als Bindeglied zwischen den imperialistischen Hauptländern und den Entwicklungsländern optimal zu verstärken. Durch die materielle und die politische Unterstützung progressiver Regierungen (z. B. der südafrikanischen Frontstaaten und Nikaraguas) und nationaler Befreiungsbewegungen (der MPLA, der FRELIMO, der Patriotischen Front während ihres Befreiungskampfes, der SWAPO in Namibia und des ANC in Südafrika) tragen sie einerseits dem veränderten internationalem Kräfteverhältnis Rechnung und versuchen, sozialreformistische Auffassungen und Konzeptionen in die revolutionäre Befreiungsbewegung einfließen zu lassen. Andererseits erwarben sie sich ein derartiges Image, das es ihnen ermöglichte, neue Rohstoff- und Absatzmärkte in Afrika, Lateinamerika und Asien zu erschließen. „Was wir heute brauchen“, sagte der Vorstandsvorsitzende des Volvo-Konzerns und Führungsmitglied der Schwedischen Volkspartei, Pehr Gyllenhammer, „ist ein neuer Marshall-Plan“, ein Ingangsetzungsplan, um die Weltwirtschaft anzukurbeln“. Er forderte, mehr Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern zu importieren und ihnen zu ermöglichen, „ein Motor der Weltwirtschaft zu sein.“⁴

2. Die schwedische „Entwicklungshilfe“

Die schwedische „Entwicklungshilfe“, eine Hauptform des staatlichen Kapital-exports in die Entwicklungsländer, betrug im Haushaltsjahr 1983/84 rund 6,7 Milliarden Schwedenkronen (skr.). Das entsprach mit etwa einem Prozent des Brutto-sozialprodukts einer Größe, die über dem Durchschnitt der „Entwicklungshilfe“ der meisten anderen entwickelten kapitalistischen Ländern liegt und trotz vielfältiger Angriffe der konservativen Vertreter des schwedischen Monopolkapitals in den letzten Jahren konstant blieb. Sie soll, wie es in der Begründung zu dem Gesetz über die „Entwicklungspolitik“ heißt, der „ökonomischen Selbständigkeit“ und der „demokratischen Entwicklung“ in den Empfängerländern dienen und sich langfristig als „exportfördernd“ und „beschäftigungsstimulierend“ in Schweden auswirken.⁵

Zentrales Koordinierungsorgan aller Aktivitäten der schwedischen „Entwicklungshilfe“ ist das Schwedische Reichsamt für internationale Entwicklungshilfe SIDA (Swedish International Development Authority), eine Abteilung des Außenministeriums. Ursprünglich sollte die schwedische „Entwicklungshilfe“ stark multilateral ausgerichtet sein. Aber die immer größere Anzahl bilateraler Projekte, die in den Entwicklungsländern begonnen wurden, führte zum schrittweisen Abbau der anfänglichen Absichten und zwangen zur Konzentration auf weniger Projekte und ausgewählte Länder. 1983/84 wurde etwa ein Viertel (1,87 Mrd skr) gegenüber einem Drittel 1981/82 der „Entwicklungshilfe“ in multilateraler Form vorwiegend internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt. So erhielt u. a. das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UVDP rund 410 Mill. skr (1981/82 500 Mill.

² W. I. Lenin, Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, in: Werke 22, Berlin 1960, S. 346.

³ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ebenda, S. 268

⁴ Dagens Nyheter, Stockholm, vom 21. 2. 1982.

⁵ Frågor och svar om bistånd och utveckling, Stockholm 1980, S. 7, 24.

skr). Der Betrag für die Internationale Entwicklungsorganisation SIDA belief sich auf 500 Mill. skr. Für das Weltkinderhilfswerk UNICEF waren 140 Mill. skr (150 Mill skr) veranschlagt worden. Für das Welternährungsprogramm und für andere Lebensmittelprogramme wurden etwa 232 Mill. skr (200 Mill. skr) bereitgestellt, ebensoviel wie für die regionalen Entwicklungsbanken in Afrika, Asien und Lateinamerika. Internationale Organisationen, die auf Gebieten wie der Geburtenregelung, der tropischen Krankheiten und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Forschung tätig sind, erhielten etwa 100 Mill. skr.⁶ Ein immer größerer Teil der schwedischen „Entwicklungshilfe“ fließt seit den siebziger Jahren direkt und zielgerichtet in gegenwärtig 18 ausgewählte „Programmländer“. Neben der Unterstützung der gegen das terroristische Rassistenregime in Südafrika kämpfenden Frontstaaten Angola, Mozambique, Simbabwe, Sambia, Tansania und Botswana gehören bzw. gehörten sozialistische Länder wie Vietnam, Laos und Kuba sowie solche Länder wie Nikaragua, Indien und Äthiopien zu den „Programmländern“. So erhielt beispielweise Nikaragua bisher ungefähr 300 Mill. skr, die vor allem für die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und für das Gesundheitswesen verwendet wurden. Auch Getreide lieferte Schweden an das mittelamerikanische Land.⁷

Die bilaterale „Entwicklungshilfe“ auf der Grundlage von Verträgen betrug im Haushaltsjahr 1983/84 4,87 Mrd. skr. Ein großer Teil dieser Finanzmittel wird als Importstützung (33 Prozent), als kaufgebundene Anleihe (20 Prozent) und als Entwicklungshilfskredite verausgabt. Die Importstützung ist nicht an einzelne spezielle Projekte gebunden, muß jedoch von dem Empfängerland für den Import von Waren und Diensten aus Schweden verwandt werden. Von den 18 „Programmländern“ Schwedens haben 1983/84 13 Importstützungen erhalten, die der Finanzierung der Warenimporte und der daran geknüpften Dienstleistungen, der Beraterdienste, die nicht an die Warenlieferungen gebunden sind, der Hilfe bei der Lebensmittelversorgung (z. B. Saatgut, Düngemittel), der Stützung der Zahlungsbilanz und den Kreditsubventionen dienen.

Von der kaufgebundenen Anleihe fließen zirka 40 bis 50 Prozent direkt nach Schweden zurück, was als ein „willkommender Nebeneffekt der schwedischen Entwicklungshilfe“ betrachtet wird.⁸ Der Entwicklungshilfskredit, 1983/84 rund 500 Mill. skr, ist für die technische Zusammenarbeit mit den „Programmländern“ vorgesehen und an den Kauf von Technik aus Schweden gebunden.

Damit wird deutlich, daß die „Entwicklungshilfe“ in erster Linie den Interessen des schwedischen Monopolkapitals dient und wohl auch deshalb der bilaterale Einsatz immer mehr in den Vordergrund tritt. Nicht zufällig bildeten in der Debatte über die „Entwicklungshilfe“ am 4. Mai 1983 im Reichstag für das Haushaltsjahr 1983/84 „die kommerzielle Unterwanderung der Entwicklungshilfe, die Hilfe für Diktaturen und die Effektivierung des Beistandes“ die Schwerpunkte.⁹ Bei allem Bemühen, den demokratischen Charakter zu wahren, ist auch die schwedische „Entwicklungshilfe“ als Instrument des Neokolonialismus auf die Ausplünderung der Entwicklungsländer und ihre festere arbeitsteilige Bindung an die imperialistischen Zentren gerichtet.

⁶ Vgl. Svenskt bistånd, Värnamo 1983, S. 12.

⁷ Vgl. Neues Deutschland vom 17. 2. 1984.

⁸ Svenskt bistånd, a. a. O., S. 9.

⁹ Vergleiche: Hetsigt om u-landsbiståndet, in: Nordisk kontakt, Stockholm 1983/9, S. 769.

3. Der schwedische Außenhandel mit den Entwicklungsländern

Der im Vergleich zu den meisten imperialistischen Hauptländern scheinbar „demokratischere“ Charakter bei der „Entwicklungshilfe“ setzt sich im schwedischen Außenhandel mit den Entwicklungsländern nur teilweise fort, obwohl in der Export- und Importstruktur Tendenzen zur Anpassung an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer sichtbar werden.

Fast ein Drittel des schwedischen Bruttosozialproduktes wurde 1980 durch den Außenhandel realisiert, während des 1965 erst ein Fünftel war. Die Hälfte aller industrieller Erzeugnisse wird exportiert. Von der schwedischen Eisen- und Stahlproduktion gehen 56 Prozent und den Fertigerzeugnissen 63 Prozent in das Ausland.¹⁰ 1982 wurden 78 Prozent des schwedischen Außenhandels mit kapitalistischen Ländern, 18 Prozent mit Entwicklungsländern und 4 Prozent mit sozialistischen Ländern abgewickelt. Bemerkenswert sind die strukturellen Veränderungen im schwedischen Export der letzten Jahre. Die traditionellen Rohstoffausfuhren haben allmählich an Bedeutung verloren, obwohl sie noch ungefähr ein Siebentel des Gesamtexports ausmachen. Stark abgenommen hat der Export von Holz, Zellulose, Erzen, Eisen und Stahl, während er bei Papier und Pappe gestiegen ist. Bedeutend erhöhte sich der Export von Erzeugnissen der chemischen Industrie, insbesondere Pharmazeutika, der metallverarbeitenden Industrie, auf die etwa 45 Prozent des Gesamtexports entfällt, des Anlagenbaus, der vor alken Dingen schlüsselfertige Anlagen liefert, sowie der Export von Lizenzen und Patenten, obwohl Schweden insgesamt ein Nettoimporteur von Technik und know how ist.

Bei einigen Rohstoffen scheint Schweden aufzuhören, Konkurrent von Entwicklungsländern zu sein, während sich die schwedische Wirtschaft mit dem Anlagenbau und Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie stärker an die Industrialisierungs- und die Entwicklungsbedürfnisse in den Ländern der „Dritten Welt“ einstellt.

Aber Schweden ist nicht nur exportsensibel, sondern auch stark importabhängig. Das Land gehört zu den Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Importen in der Welt. Der schwedische Import ist stärker differenziert als der Export. Auch beim Import ist die Verlagerung des Schwerpunkts von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu Fertigwaren feststellbar. Diese Tendenz widerspricht nicht generell den Exportinteressen der Entwicklungsländer, wenn keine Restriktionsmaßnahmen ergriffen werden. Sie kann aber zu einer noch höheren Konzentration im schwedischen Außenhandel auf einige wenige Länder dieser Gruppe führen. Zwanzig Prozent der schwedischen Importe entfallen auf Brennstoffe und weitere dreißig Prozent kommen auf die metallverarbeitende Industrie.

Die Regionalstruktur des schwedischen Außenhandels mit den Entwicklungsländern zeigt, daß Schweden zu Beginn der achtziger Jahre nicht, wie viele andere kapitalistische Länder, seinen Außenhandel mit den Entwicklungsländern einschränkte. Als stark außenwirtschaftlich abhängiges Land kann Schweden offensichtlich weniger mit offenem Druck und Erpressung, Androhung und Anwendung von Gewalt gegenüber den Entwicklungsländern sie fester in das kapitalistische System einbinden, sondern ihm bleiben nur die Ausnutzung der arbeitsteiligen Vorteile, sein politischer Einfluß und Ansehen.

¹⁰ Vgl. S. Iger, Om svenska ekonomins internationalisering (Drivkrafter och utvecklingsmönster) — En delrapport, Stockholm 1977, S. 2.

Regionalstruktur des schwedischen Außenhandels mit den Entwicklungsländern
(Prozent am Gesamtaußenhandel)*

Region	Export			Import		
	1960	1970	1982	1960	1970	1982
Afrika	3,2	2,7	3,7	1,7	2,1	3,6
Amerika (ohne USA/Kanada)	5,7	3,5	3,3	6,5	4,3	7,9
Asien	3,8	2,8	10,1	5,0	3,6	9,5
Insgesamt	12,3	9,0	17,1	13,2	10,0	21,0

* Quelle: Nordisk statistisk årsbok 1983, Stockholm 1984, S. 186 ff., Svensk ekonomin, Stockholm 1974, S. 514.

Die Widersprüchlichkeit des schwedischen Außenhandels, sein spezifisch imperialistischer Charakter, zeigt sich nicht in den Export- oder Importanteilen mit den Entwicklungsländern. Sie treten erst zutage, wenn ermittelt wird, mit welchen Ländern aus den entsprechenden Regionen hauptsächlich gehandelt wird. Schwedens Außenhandel ist stark auf die erdölfördernden Länder, insbesondere OPEC-Länder, wie Saudiarabien, Irak, Iran, aber auch Nigeria, Libyen und Venezuela, sowie auf die „Neuen Industrieländer“ (NIC — Newly Industrialised Countries), wie Brasilien, Mexiko oder Singapur, ausgerichtet. Sie, und nicht die sogenannten „Programmländer“ Schwedens, nehmen im schwedischen Außenhandel mit den Entwicklungsländern erste Plätze ein. Von ihnen hatten zu Beginn der achtziger Jahre nur Sambia, Mexiko und Indien im schwedischen Export eine Position unter den jeweils sechs wichtigsten Exportländern Schwedens in ihrer Region. Importseitig spielen diese Länder eine noch geringere Rolle. (Dazu siehe Tabelle auf Seite 68).

Offensichtlich kann der schwedische Kapitalismus nur wachsen, in dem er immer ungleichmäßiger seine Wirtschaftsbeziehungen entwickelt und immer stärker in Widerspruch zu den Interessen bestimmter Gruppen von Entwicklungsländern gerät, trotz flexibler Strategie.

4. Schwedens Technologieexport

„Dort, wo man auf alle oder die wichtigsten Rohstoffquellen die Hand legen kann“, schrieb W. I. Lenin, „geht die Entstehung von Kartellen und die Bildung von Monopolen besonders leicht vonstatten. Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß Monopole nicht auch in anderen Industriezweigen entstehen, in denen es möglich ist, sich der Rohstoffquellen zu bemächtigen.“¹¹ Ein modernes Beispiel, sich der Rohstoffquellen mit Hilfe von Technik und Technologie zu bemächtigen, ist der schwedische Kapital- und Projektexport im Bereich des Bergbaus und der Bergwerk-ausrüstungen.

¹¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus ..., a. a. O., S. 211f.

Die jeweils 6 wichtigsten Export- und Importländer Schwedens in Afrika, Lateinamerika und Asien im Jahre 1982

Region/Export Land	Gesamtanteil in Prozent	Region/Import Land	Gesamtanteil in Prozent
Afrika	3,7	Afrika	3,6
Nigeria	1,5	Nigeria	1,4
Lybien	1,2	Lybien	1,2
Algerien	0,3	Algerien	0,3
Südafrika	0,2	Südafrika	0,2
Marokko	0,1	Marokko	0,1
Sambia	0,1	Sambia	0,1
Lateinamerika	3,3	Lateinamerika	7,9
Brasilien	0,9	Venezuela	1,0
Mexiko	0,4	Brasilien	0,8
Kolumbien	0,3	Kolumbien	0,4
Venezuela	0,3	Chile	0,2
Panama	0,2	Argentinien	0,1
Argentinien	0,2	Peru	0,1
Asien (ohne Japan)	9,5	Asien (ohne Japan)	9,5
Saudiarabien	2,1	Saudiarabien	1,5
Irak	1,8	Hongkong	0,8
Iran	0,8	Iran	0,7
Singapore	0,7	Südkorea	0,5
Indonesien	0,4	Taiwan	0,4
Indien	0,4	VR China	0,3

Quelle: Berechnet nach Nordisk Statistisk Årsbok, Stockholm 1984, S. 186 ff.

Einerseits soll der Kapital- und der Projektexport Maximalprofite sichern. Zum anderen soll er die wachsende Disproportion zwischen der eigenen Rohstoffbasis und dem Bedarf der Wirtschaft nach Rohstoffen beseitigen helfen. Drittens soll er neue Absatzmärkte erschließen. Schließlich soll er die innere Überakkumulation steuern. Das ist ein wichtiger Faktor staatsmonopolistischer Regulierung in Schweden, der der Kapitalentwertung und der Tendenz der fallenden Profitrate infolge erhöhter Technisierung in der schwedischen Wirtschaft entgegenwirken soll. Die schwedischen Bergbauunternehmen und die Unternehmen, die Bergwerksausrüstungen herstellen bzw. Bergwerke und ihren Betrieb projektieren, wie Gränges, LKAB, Boliden, Atlas Copco oder Sandvik, spielen eine Schlüsselrolle in dieser Strategie. Für den Export schwedischer Bergbautechnik und Bergwerktechnologie wurden spezielle Konsultationsfirmen geschaffen. Sie verkaufen keine Waren, sondern Dienste. Die bedeutendsten schwedischen Konsultationsfirmen auf dem Gebiet des Bergbaus sind Gränges International Mining, LKAB International, Boliden Metall und Swedish Consulting Group (SWECO). SWECO ist Schwedens größtes Konsultationsunternehmen mit 1800 Angestellten und einem Jahresumsatz von 500 Millionen skr. Sie projiziert alle Teile eines Bergwerks oder Schmelzwerke einschließlich der notwen-

digen Infrastruktur. Achtzig Prozent ihrer Tätigkeit entfallen auf das Ausland.¹² Zu der Gruppe gehören außer den angestellten Technikern auch die an das Unternehmen SWECO gebundenen Konsultanten aus schwedischen Bergbauunternehmen, Universitäten und Technischen Hochschulen.

„Die Konsultanten sind“, wie die „Svensk Konsulttidning“ 1978 schrieb, „Schwedens Speerspitzen auf den internationalen Märkten. Das Resultat ihrer Arbeit kommt oft den schwedischen Betrieben und der schwedischen Wirtschaft zugute, die die schwedische Wirtschaft stärken und Beschäftigung schaffen.“¹³ Auch die staatliche Schwedische Geologische Erkundung (Sveriges Geologiske Undersökning — SGU) orientiert sich darauf, Wissen in das Ausland zu verkaufen, beispielsweise nach Bangladesh, Botswana, Tansania, Saudiarabien.

Die multinationalen Unternehmen und die imperialistischen Staaten nutzen nach der Nationalisierung der Bergbauindustrie in vielen jungen Nationalstaaten eine Reihe von Mechanismen, um die Abhängigkeit aufrechtzuerhalten bzw. neue Abhängigkeiten zu schaffen. Die direkte Abhängigkeit wird durch indirekte, wirtschaftliche und technische Abhängigkeit und Kontrolle ersetzt worden. Sie nutzen heute stärker die ökonomischen und die arbeitsteiligen Faktoren sowie politische Beziehungen konsequent für die Profitmaximierung. Um neue Bergwerke zu erschließen oder Schmelzwerke zu errichten, wird Kapital benötigt, das zum größten Teil nur von Banken aus den imperialistischen Ländern zu bekommen ist. Um die in der Regel niedriggehaltigen Erze aufzubereiten, sind Forschungs- und Entwicklungsleistungen erforderlich, die von den internationalen Bergwerksgesellschaften weitgehend monopolisiert sind. Die Maschinen und die Ersatzteile werden von der Bergwerksausrüstungsindustrie in den imperialistischen Ländern hergestellt, d. h. die Herstellung dieser Produktionsmittel wird von den transnationalen Unternehmen kontrolliert. Das für ein Bergwerk erforderliche Fachpersonal mit hoher Ausbildung und entsprechenden technischen und administrativen Erfahrungen kann in der Regel nur aus den großen internationalen Bergwerksgesellschaften kommen. Einige junge Nationalstaaten, die Bergwerke nationalisierten, sind gezwungen, sogenannte Management-Abkommen mit den alten Eigentümern zu schließen. Sie können die Produktion kontrollieren und steuern ohne irgendwelches Kapital in die Anlagen binden zu müssen. Die Hauptmärkte für Brenn- und Rohstoffe befinden sich in Europa, Nordamerika und Japan.

Der Imperialismus, darunter der schwedische, ersetzt den Kapitalexport, die unmittelbare Kontrolle und den Besitz von Bergwerken stärker durch verschiedene Formen indirekter Kontrolle, um sich der Rohstoffquellen zu bemächtigen. Dabei spielen aus schwedischer Sicht die Bergwerkstechnik und die Bergwerkstechnologie eine besondere Rolle. Mittels dieser Methoden konnte der Imperialismus den Kampf der nationalrevolutionären Kräfte um die wirtschaftliche Befreiung in einigen Ländern verzögern, abbremsten, aber nicht aufheben. Die jungen Nationalstaaten haben infolge des Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Rivalen heute größere Möglichkeiten, Technologie zu kaufen, die mit weniger Abhängigkeit verbunden ist. Auf diesen Sachverhalt setzt offensichtlich das schwedische Kapital, das in diesem Bereich tätig ist. Außerdem können die Entwicklungsländer ihre Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern verstärken.

Die Besonderheit des schwedischen Imperialismus auf dem Gebiete der Bergwerkstätigkeit und der Herstellung von Bergwerksausrüstung besteht in der Herr-

¹² Vgl. Plundring eller Planhushållning, Stockholm 1980, S. 235.

¹³ Svensk Konsulttidning, Stockholm 1978/2.

schaft der Großunternehmen, die allerdings selbst mit Unterstützung des Staates nicht imstande sind, alle interessierenden Rohstoffquellen in einer Hand zusammenzufassen, aber versuchen, die Technologie für die Projektierung, Erschließung und Betreibung von Bergwerken zu kontrollieren.

1974 erhielt Gränges International Mining (GIM) von der National Iran Steel Industries Co. den Auftrag, an den Projektierungsarbeiten für die Erzgruben im südlichen Iran teilzunehmen. GIM setzte kein eigenes Kapital ein, sondern verkaufte nur know how und Dienste. Das Abkommen betraf außer der Projektierung auch das Management für den sieben Jahre später vorgesehenen Betrieb. GIM hat aus dem Sturz des Schahs keinerlei wirtschaftliche Verluste erlitten, weil das staatliche Schwedische Kreditexportamt voll die Kosten trug.

Gränges Großauftrag in Saudiarabien betrifft den Phosphatabbau in Thaniyet. 1976 wurde mit der staatlichen Saudiarabischen Erdöl- und Mineralgesellschaft „Petromin“ ein Abkommen geschlossen. 1977 erhielten beide Gesellschaften für fünf Jahre das Recht zu einem 10 000 km² großem Territorium bei Nuqrah Erze abzubauen: Zink, Blei, Gold und Kupfer. Ein drittes Abkommen wurde 1979 mit Saudiarabien über den Bau von Straßen, Eisenbahnen und die übrige Infrastruktur in Thaniyat abgeschlossen.¹⁴

In der Wirtschaftsstrategie der schwedischen Unternehmen und des schwedischen Staates nehmen Indien und Mexiko als „Programmländer“ eine gewisse Sonderstellung ein. „Schweden und Mexiko“, schrieb die führende Zeitschrift des schwedischen Finanzkapitals „Veckans affärer“, „haben die besten Verbindungen und Schweden steht zuoberst in der Liste der fünf Länder, die Mexiko beschloß, in seinem Handel zu bevorzugen.“¹⁵ Dreißig schwedische Unternehmen sind durch Tochtergesellschaften, davon siebzehn mit Produktion, in Mexiko stabliert. Ihr Umsatz betrug 1979 1,5 Mrd. skr. „Das ist eine expansive Wirtschaftspolitik mit vielen Problemen und einem verlockendem Markt,“¹⁶ resümierte „Veckans affärer“, Eine ähnliche Entwicklung nahmen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Schweden und Indien.

5. Die Internationalisierung des schwedischen Kapitals und die Entwicklungsländer

„Für den alten Kapitalismus mit voller Herrschaft der freien Konkurrenz war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden.“¹⁷ Nach W. I. Lenin stehen in den einzelnen Entwicklungsabschnitten des Kapitalismus unterschiedliche Formen im Mittelpunkt des Exports. Unter der zunehmenden Herrschaft der internationalen Monopole ist der Export von Technologie und know how stärker in den Vordergrund gerückt. Der Export von Kapital verschwand jedoch nicht, ebensowenig wie der Export von Waren. Der Kapitalismus entwickelt neue Herrschafts- und Abhängigkeitsformen. Für Schweden ist der Kapitalexport, oder wie er klassenindifferent in der bürgerlichen Literatur genannt wird, die Direktinvestitionen, zusammen mit dem Projektexport eine Hauptform des Exports.

¹⁴ Plundring eller Planhushållning, a. a. O., S. 272.

¹⁵ Veckans affärer, Stockholm 1982/3.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ W. I. Lenin, Der Imperialismus ..., a. a. O., S. 244.

„Die schwedische Industrie ist in höherem Grade multinational als die amerikanische“, meint die bürgerliche „Dagens Nyheter“. Insgesamt gibt es 1700 Tochtergesellschaften schwedischer Firmen im Ausland mit 300 000 Angestellten. Unter den größten multinationalen Unternehmen ist die Tendenz zur Verringerung ihrer schwedischen Beschäftigten zugunsten ihrer Niederlassungen im Auslande auffallend.¹⁸

Dem absolutem Umfange nach sind die schwedischen „Direktinvestitionen“ relativ niedrig. Gemessen pro Kopf der Einwohner waren sie im Jahre 1980 jedoch die höchsten in der Welt: Schweden 400 skr, USA 3700 skr, BRD 2300 skr, Japan 1000 und Italien 300 skr.¹⁹

Den Anteil an den in der kapitalistischen Welt insgesamt getätigten schwedischen „Direktinvestitionen“ schätzt man auf 3 bis 5 Prozent, Das ist gemessen am Anteil an der Weltindustrieproduktion des Landes hoch. Für Schwedens rund 120 internationale Monopole macht die Summe von 8,7 Mrd. skr 1982 „Direktinvestitionen“ im Auslande vierzig Prozent der in der gesamten privaten Wirtschaft des Landes getätigten Investitionen aus.

Schwedens Kapitalexport scheint zu Beginn der achtziger Jahre den allgemeinen Tendenzen in den Entwicklungsländern nur zögernd zu folgen. Siebenundachtzig Prozent sind in den entwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere Europas, und nur dreizehn Prozent in den Entwicklungsländern, davon 7,1 in Lateinamerika, 4 in Süd- und Ostasien und 1,9 Prozent in den übrigen Entwicklungsländern angelegt. Schweden bleibt dabei stark hinter Japan mit 58,2 Prozent, den USA mit 34,7 Prozent und Großbritannien mit 24,2 Prozent der Tochtergesellschaften in den Entwicklungsländern zurück.²⁰ Die hochspezialisierten Erzeugnisse der schwedischen Industrie haben offensichtlich in diesen Ländern bei ihrem heutigem Entwicklungsstand ungünstigere Absatzbedingungen als die der anderen kapitalistischen Länder.

Auch der Projektexport läßt vermuten, daß Schwedens Erzeugnisstruktur noch stärker auf die hochentwickelten Länder als auf die Entwicklungsländer orientiert ist. Er betrug Mitte der siebziger Jahre 21 Prozent. In einer Untersuchung über den „Nordischen Projektexport“ heißt es: „Die Entwicklungsländer machen einen überraschend kleinen Markt für den schwedischen Projektexport aus“²¹. Dänemarks Projektexport ging hingegen zu 45 Prozent in die Entwicklungsländer. Auch in der Tätigkeit der multinationalen Unternehmen bestätigt sich Lenins Erkenntnis, daß die „Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder im Kapitalismus unvermeidlich“ ist.²² Die Möglichkeiten der Kapitalausfuhr Schwedens in die Entwicklungsländer werden in dem Maße wachsen, wie weitere „rückständige Länder ... in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen“²³ werden und sich die Notwendigkeit für das schwedische Monopolkapital ergibt, in diese Länder Kapital zu exportieren, „Entwicklungshilfe“, Außenhandel und Technologieexport bereiten das Feld für den Kapitalexport vor.

Schwedens Kapital nutzt alle Vorteile und Möglichkeiten, die sich aus der Internationalisierung des Kapitals ergeben, u. a. auch die Beschäftigung von Fremd-

¹⁸ Dagens Nyheter, Stockholm vom 4. 6. 1982.

¹⁹ Veckans affärer, Stockholm 1984/6, S. 54.

²⁰ Ebenda.

²¹ N. Pöhhönen/F. Vaivio, Projektexport utförd av nordiska företag. Problem, kartläggning och data angående åren 1973—75, Nordarbprojektet, Helsinki 1980, S. 52.

²² W. I. Lenin, Der Imperialismus ..., a. a. O., S. 244.

²³ Ebenda, S. 245.

arbeitern oder die Verlagerung von Industrien in Billiglohnländer, wie beispielsweise die Textilindustrie. Vor 30 Jahren war sie mit 110 000 Beschäftigten einer der größten Industriezweige des Landes. Seitdem wurden 75 000 Beschäftigte wegrationalisiert, obwohl der Kleiderverbrauch allein der Periode von 1968—1974 um 40% wuchs, Vor 30 Jahren waren 20% der Kleider und Textilien des Landes Importe und 80% schwedische Erzeugnisse.²⁴ In Schweden werden jährlich 20—25 kg Textilfasern pro Einwohner verbraucht. Eine wesentliche Ursache für die Rationalisierung in der schwedischen Textilindustrie ist der verstärkte Ausbau der sogenannten vertikalen Arbeitsteilung, die internationale Arbeitsteilung mit Entwicklungsländern bedeutet und ihre Abhängigkeit bezweckt. Der Mutterbetrieb liefert die Rohwaren, die Technologie und ist für die Marktführung verantwortlich. Die schwedische Textilindustrie konkurriert mit der amerikanischen und der japanischen, die immer intensiver die niedrigen Lohnkosten in Südostasien nutzen. Während die Lohnkosten pro Meter Gewebe in Schweden 1972 bei 2,25 skr, 1975 bei 1,00 skr und 1978 bei 0,85 skr lagen, lagen sie auf Taiwan 1979 bei 0,05 skr und 1980 bei 0,06 skr²⁵. In vielen Entwicklungsländern wird Baumwolle nach den Bedingungen der USA angebaut, auch auf Kosten der Getreideanbaufläche. Der gesamte US-Baumvollexport geht in die Länder Südostasiens. Sie werden nach den Bedingungen des japanischen und des amerikanischen Kapitals schnell industrialisiert. Schweden hat seine handelspolitischen Beziehungen mit diesen Ländern intensiviert. „Wenn wir anerkennen, daß unsere Textilindustrie stillgelegt wird, erkennen wir auch an, daß die Abhängigkeit Schwedens von diesem System wächst. Es ist ein Mythos, daß wir zu diesen Bedingungen den Völkern der ‚Dritten Welt‘ Arbeit geben“²⁶, meint die Sprecherin der Klubleitung in Skallefteå, Lycksele und Norsjö.

Obwohl Schweden nicht zu den traditionellen Kolonialmächten gehört, ist es ein wichtiges Kettenglied zwischen den kapitalistischen Hauptländern und den Entwicklungsländern. Schwedens Imperialismus bzw. Neokolonialismus scheint hingegen weniger ein Handels- und Finanz-, als vielmehr ein „Technologischer“ Imperialismus bzw. Neokolonialismus zu sein, wobei neben den wirtschaftlichen ideologische und strategische Erwägungen von Bedeutung sind. Seine wirtschaftlichen Beziehungen tragen objektiv dazu bei, die Entwicklungsländer stärker in das System der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung und in den internationalen Kapitalkreislauf einzubeziehen.

²⁴ K. Torsson, Strukturwandlungen in der Textilindustrie, in: *Teknik, Samhälle, Klasskamp*, Stockholm 1979, S. 56.

²⁵ Ebenda, S. 56.

²⁶ Ebenda, S. 60.

Svédország fejlődő országokkal való gazdasági kapcsolatainak aspektusai

Svédország relatíve kicsi ipari államként arra törekszik, hogy más imperialista államokhoz hasonlóan az elhúzóvilággazdasági válság hatásait áthárítsa a fejlődő országokra, s hogy jelentős tőkekihelyezés révén is magához kapcsolja őket. A fejlődő országok egyre rosszabbodó gazdasági helyzete, az őket igen érzékenyen érintő cserearányromlás, a fojtogató adósságaik sok vonatkozásban gátolják az exportorientáltsággal jellemezhető — az ipari termelés felét exportáló — svéd gazdaság expanziós szándékait. Ebből következik az is, hogy a svéd monopolizáció és az állam más imperialista konkurrencseihez képest egy rugalmasabb és komplexebb stratégiát folytat a fejlődő országok irányában. Ez tükröződik például a kedvező feltétellel adott „fejlesztési segélyekben” illetve számos vonatkozásban felkarolják a fejlődő országok törekvéseit az új világgazdasági rendet illetően. A svéd monopolizáció komoly presztizst szerzett a harmadik világ országaiban azzal, hogy már huzamosabb ideje bruttó nemzeti termékének egy százalékát — az 1983—84-es költségvetési évben 6,7 milliárd svéd koronát — fordítja a fejlődő országok megsegélyezésére, mely egyúttal természetesen kibővíti az export lehetőségeket is. A „svéd modell” gazdasági sikereit elősegíti az is, hogy a svéd szociáldemokrácia intenzív politikai tevékenységet fejt ki a Dél országokban. A nagy nemzetközi szervezetek s programok — ENSZ, UNICEF, a FAO világelemzési programja — mellett a svéd fejlesztési segélyekből részesültek például az afrikai „frontállamok”, de Vietnam, Kuba, Nicaragua, Etiópia is. A külkereskedelem mintegy ötöde bonyolódik le a fejlődő országokkal, ami összefügg azzal is, hogy az egy főre jutó importhányadot tekintve az ország behozatali függősége a világelső között van. A fő partnerországok az OPEC országai, illetve az újonnan iparosodó államok csoportja. Svédország nem tartozott a tradicionális gyarmatosító hatalmak közé — mely körülményt is kihasználva igyekszik erősíteni pozícióit — de napjainkban ugyanakkor fontos összekötő kapcsolatot játszik a nagy imperialista hatalmak és a fejlődő országok között, ugyanis gazdasági kapcsolatai objektíve elősegítik azt, hogy a fejlődő országok még erősebben kötődjenek a nemzetközi tőkés munkamegosztási rendszerhez.

TARTALOMJEGYZÉK

<i>József Géczy</i> : Einige Fragen der Veränderung und der Entwicklung der Sozialismusaffassung im Spiegel der ungarischen Parteidokumente	3
<i>László J. Nagy</i> : Einige Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung in Algerien	23
<i>Magdolna Micheller</i> : Die jugendpolitischen Bestrebungen der USAP (1957—1984)	31
<i>István Szabó</i> : Die produktionsgenossenschaftliche Bauernschaft in Ungarn	41
<i>Dr. phil. Jürgen Trinkus</i> : Herausbildung und Reproduktion der Klasse der Genossenschaftsbauern in der DDR	59
<i>Prof. Dr. sc. Harri Wiederhöft/Dr. phil. Jürgen Weidemann</i> : 35 Jahre DDR — 35 Jahre Erfolge bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau	55
<i>Richard Wundrak, Franz Stepanek, Peter Philipp</i> : Aspekte der Wirtschaftsbeziehungen Schwedens mit den Entwicklungsländern	63

**A JÓZSEF ATTILA TUDOMÁNYEGYETEM
TUDOMÁNYOS SZOCIALIZMUS TANSZÉKE ACTÁINAK
megjelent számai:**

Tom. III. (1966): CSÉPÁNYI DEZSŐ: A Gömbös-kormány szociálpolitikája 1935—1936.
ДЕЖЕ ЧЕПАНИ: Социальная политика правительства Гембеша в 1935—1936 гг.), pp. 3—62

Tom. IV. (1967): RÁCZ JÁNOS: Az üzemi bizottságok szerepe a magyar népi demokratikus forradalom kibontakozásában 1944—1945.

ÖRDÖGH PIROSKA: Törekvés az antifasiszta munkásegység létrehozására a MÉMOSZ 1936. évi országos kongresszusán és XVIII. küldöttgyűlésén.

ЯНОШ РАЦ: Роль заводских комитетов в ходе венгерской народной демократической революции 1944—1945), pp. 3—22.

ПИРОШКА ЕРДЕГ: Стремление создать единый антифашистский рабочий фронт на X III съезде профсоюза строительных рабочих в 1936 г.), pp. 25—54.

Tom. V. (1967): VARGA LAJOS: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt 1903-as kongresszusának előzményeihez.

(ЛЯЙОШ ВАРГА: К предистории съезда 1903 года Социал-Демократической Партии Венгрии), pp. 3—20.

Tomus VI. FENÉR ISTVÁN: A szegedi munkásság szervezeti helyzete a felszabadulás első éveiben.

(ИШТВАН ФЕХЕР: Организации сегедских рабочих в первые годы после освобождения pp. 23—41. Д. Н. ЩЕРБАКОВ: В. И. ЛЕНИН — организатор и руководитель первой общерусской марксистской политической газеты «Искра»), pp. 45—60.

(ЯНОШ РАЦ: Борьба заводских комитетов против инфляции за стабилизацию), pp. 3—46.

Tom. VII. (1969): FARKAS JÓZSEF: Az 1896—97-es pártszakadás és Várkonyi István fellépése.

SZABÓ ISTVÁN: A szegedi ipar fejlődésének új vonásai 1956 után.

VARGA LAJOS: A Nagy Októberi Szocialista Forradalom és a Magyarországi Szociáldemokrata Párt.

(ЙОЖЕФ ФАРКАШ: Раскол в Социал-Демократической Партии Венгрии в 1896—1897 гг. и выступление Иштвана Варкони), pp. 3—26.

(ИШТВАН САБО: Новые черты развития сегедской промышленности после 1956 г.), pp. 29—54.

(ЛЯЙОШ ВАРГА: Великая Октябрьская Социалистическая Революция и Социал-Демократическая Партия Венгрии), pp. 57—72.

Tom. VIII. (1970): VARGA LAJOS: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt választójogi taktikájának ellenzéki bírálata 1906. április—1908. április.

(ЛЯЙОШ ВАРГА: Критика оппозиции об избирательной тактике Социал-Демократической Партии Венгрии), pp. 2—63.

Tom. IX. (1971): FARKAS JÓZSEF: Az 1898-as „rabszolgatörvény” és a Bánffy-kormány más „törvényes” intézkedései a szocialista szervezkedés visszaszorítására.

ÖRDÖGH PIROSKA: A Nemzetközi Szakszervezeti Szövetség állásfoglalása a fasiszmus és a háború elleni harc kérdésében a harmincas évek elején.

(ЙОЖЕФ ФАРКАШ: «Закон о рабстве» от 1898 г. и другие «законные» мероприятия правительства Банфи против социалистической агитации.)

(ПИРОШКА ЕРДЕГ: Основные взгляды Международного Союза Профсоюзов (МСП) в вопросах борьбы против фашизма и войны в начале 30-ых годов.)

Tom. X. (1971): SZABÓ ISTVÁN: A vihaszarki szegényparasztság harca a földreformért, a birtokok igénybevételeért és felosztásáért.

(ИШТВАН САБО: Борьба крестьянской бедности за аграрную реформу и за раздачу крупных поместий в южно-восточной Венгрии 1945—1947 гг.)

Tom. XI. (1973): RÉTI R. LÁSZLÓ: A Rimamurány—Salgótarjáni Vasmű Rt. a polgári demokratikus forradalom és a Tanácsköztársaság időszakában (1918—1919).

CSÉPÁNYI DEZSŐ: A Hivatásszervezet története 1938—1939.

(ЛАСЛЮ Р. РЕТИ: Металлургический комбинат нестности Римамурань—Шальготарьян в период буржуазно-демократический революции и венгерской советской республики 1918—1919.)
(ДЕЖЕ ЧЕПАНИ: История организации «Призвание» в 1938—1939 гг.)

Tom. XII. (1973): NAGY LÁSZLÓ: A Francia Kommunista Párt harca Algéria függetlenségéért

KANYÓ FERENC: Az Igazoló Bizottságok tevékenysége 1944—1945-ben Szegeden és Csongrád megyében (1944 vége—1945 nyara).

(ЛАСЛЮ НАДЬ: Борьба КЛФ за независимость Алгерии.)

(ФЕРЕНЦ КАНЬО: Деятельность проверочных комиссий в Сегеде и Чонградской области конец 1944 г.—лето 1945 г.)

Tom. XIII. (1974): NAGY LÁSZLÓ: A francia munkásmozgalom és az algériai nemzeti mozgalom kapcsolatáról a két világháború között.

ÖRDÖGH PIROSKA: Törekvések antifasiszta egységfront megteremtésére Magyarországon 1934-ben.

(ЛАСЛЮ НАДЬ: Замечания к отношениям французского рабочего движения и алжирского национального движения между двумя мировыми войнами.)

(ПИРОШКА ЕРДЕГ: Стремление создать антифашистский единый фронт в Венгрии в 1934.)

Tom. XIV. (1975): NAGY LÁSZLÓ: Az algériai háború és a kommunista — szocialista együttműködés lehetősége az 1956. januári választások után.

BELENYI GYULA: A termelőszövetkezeti mozgalom története Szegeden és a szegedi járásban 1948—1953).

(ЛАСЛЮ НАДЬ: Алжирская война и возможности сотрудничества социалистов и коммунистов после выборов и 1956-го года.)

(ДЮЛА БЕЛЕНИ: История коллективизации сельского хозяйства в г. Сегеде и Сегедском районе 1948—1953 гг.)

Tom. XV. (1978): NAGY LÁSZLÓ: A nemzeti felszabadító mozgalom problémái Algériában 1942—1947.

(LÁSZLÓ NAGY: Les problèmes du mouvement national algérien 1942—1947.)

FARKAS JÓZSEF: Az ipari és mezőgazdasági munkásság szakmai szervezkedése és bérharca 1896—1897-ben.

(JÓZSEF FARKAS: Les mouvements syndicalistes et revendicatifs des travailleurs industriels et agricoles dans les années 1896—1897.)

Tom. XVI. (1979): FISCHER FERENC: A chilei hadsereg és a német katonai befolyás (1885—1914).

(FERENC FISCHER: El ejercito chileno y la influencia militar Alemana 1885—1914.)

NAGY LÁSZLÓ: Az öntudatra ébredés kezdete: antikolonialista erők Algériában az 1920-as években.

(LÁSZLÓ NAGY: Aux origines du mouvement national algérien.)

Tom. XVII. (1981): NÉMETH ISTVÁN: Az Olasz Kommunista Párt harca a munkás-akcióegységért, a demokratikus megújulásért.

FÁBIÁN GYÖRGY: A népfront szerepe az európai népi demokratikus forradalomban.
(GYÖRGY FÁBIÁN: The role of the popular front in the European popular democratic revolutions.)

(ИШТВАН НЕМЕТ: Борьба Итальянской коммунистической партии за единство действий рабочих, демократической обновление.)

Tom. XVIII. (1981): Az Odesszai Állami Egyetem Tudományos Kommunizmus Tanszéke és a Szegedi Tudományegyetem Tudományos Szocializmus Tanszéke közös tanulmánygyűjteménye. (Созместный сборник статей кафедры научного коммунизма Одесского государственного университета и кафедры научного социализма Сегедского университета.)

Tom. XIX. (1984): TALEB BENDIAB, J. NAGY LÁSZLÓ: Maghreb-tanulmányok (Etudes sur le Maghreb)

MAJSA JÓZSEF: A Francia Kommunista Párt munkásegység-politikája 1944—1947 (La politique d'unité ouvrière du Parti Communiste Français 1944—1947)